

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - SÜDTIROL

Ufficio resoconti consiliari
Amt für Sitzungsberichte

SEDUTA
38.
SITZUNG

22. 12. 1975

Presidente: NICOLODI

Vicepresidente: OBERHAUSER



Indice

Disegno di legge n. 37: "Bilancio di previsione della Regione Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1976"

pag. 3

Disegno di legge n. 40: "Variazione al bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 1975 (terzo provvedimento)"

pag. 38

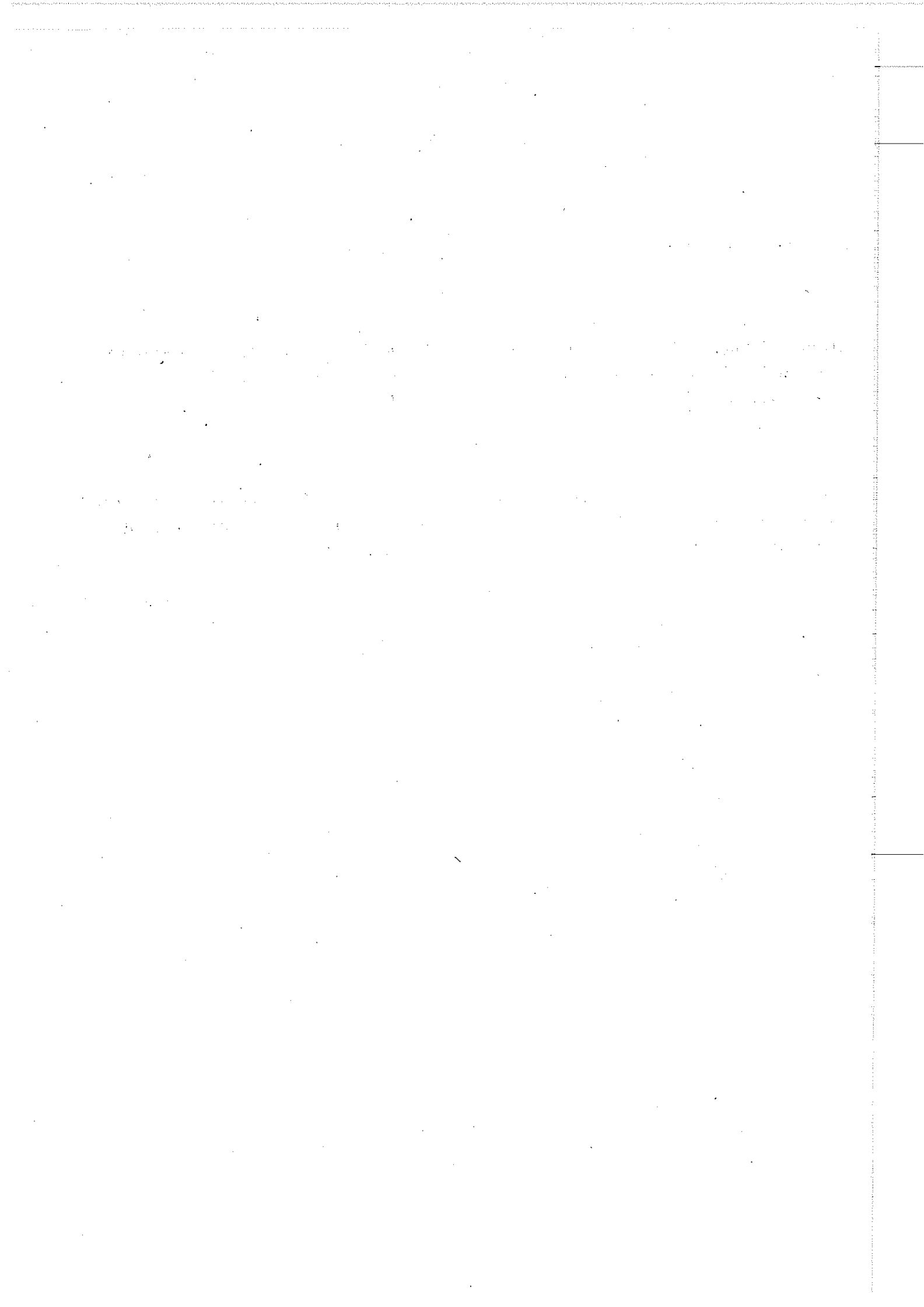
Inhaltsangabe

Geszentwurf Nr. 37: "Haushaltsvoranschlag der Region Trentino-Südtirol für das Finanzjahr 1976"

Seite 3

Geszentwurf Nr. 40: "Änderungen zum Haushaltsvoranschlag für das Rechnungsjahr 1975 (3. Maßnahme)"

Seite 38



Ore 10.14.

PRESIDENTE: La seduta è aperta.
Appello nominale.

DEMETZ (segretario questore -
S.V.P.): (fa l'appello nominale).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 17.12. 1975.

PRUNER (segretario questore -
P.P.T.T.): (legge il processo verbale).

PRESIDENTE: Osservazioni al processo verbale? Nessuna, il processo verbale è approvato. Sono assenti giustificati i conss. Gamper, Marziani, Mengoni, Vaja, Mollignoni, Betta e Tanas. Come da accordi assunti dal Presidente nell'ultima seduta, oggi dovremo lavorare tutto il giorno e in notturna per chiudere i lavori del bilancio. Mi pare che questo è stato l'impegno assunto. Quindi se non vi sono obiezioni rimane così deciso, cioè che si lavora mattina, pomeriggio e, se necessario, notturna per chiudere i lavori.
La parola al Presidente della Giunta.

KESSLER (Presidente G.R.-D.C.): Signor Presidente, ritengo di dovere una spiegazione a qualche collega, che dice presumibilmente io avrei chiesta la sospensione della seduta a mezzogiorno onde poter partecipare a Roma, que

sta sera, alle ore 18, alla riunione di tutti i Presidenti le Regioni, e penso anche dei Presidenti delle Province autonome di Trento e Bolzano, presso il Presidente del Consiglio dei Ministri. Invece dichiaro al Consiglio che ho rinunciato, cioè avevo l'intenzione di chiedere la sospensione della seduta per andare avanti domani, ma avendo dovuto constatare che soprattutto per il Consiglio provinciale di Trento sarebbe uno sconvolgere un pochino l'ordine già ristretto e molto laborioso dei lavori che ha in corso, ho telefonato a Roma scusandomi dell'assenza, motivandola appunto con la seduta del Consiglio regionale. Per cui dichiaro che non chiederò alcuna sospensione e che quindi si va avanti con l'ordine così come il signor Presidente ha dichiarato.

PRESIDENTE: Vi sono obiezioni all'ordine dei lavori, come detto? Io volevo chiedere eventualmente se i signori capigruppo erano d'accordo di fare domani la riunione dei capigruppo per il problema sollevato l'ultima volta dal collega Virgili e da altri sull'assistenza sanitaria ai consiglieri. Non so se domani mattina i capigruppo sono disponibili ad un incontro.

(INTERRUZIONE)

PRESIDENTE: La maggioranza dei capigruppo appartengono al Consiglio provinciale di Bolzano,

quindi anche se manca un consigliere o due... Siccome la convenzione con l'ENPDEDP è scaduta e non è stata rinnovata, mi sono impegnato a parlarne con i capigruppo prima di rinnovarla, quindi io volevo sentire l'opinione dei capigruppo altrimenti non so il prossimo anno cosa facciamo. Quindi basta mettersi d'accordo, per noi va bene tutto. Io posso anche saltare il pranzo e continuare.

BENEDIKTER (S.V.P.): Warum machen wir die Sitzung nicht heute mittag während der Mittagspause?

(Potremo forse trovarci a mezzo giorno e fare la seduta nel corso dell'intervallo pomeridiano.)

PRESIDENTE: Allora facciamo oggi alle 14.30.

Il cons. Benedikter ha chiesto la parola in discussione generale sul disegno di legge n. 37: "Bilancio di previsione della Regione Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1976".

BENEDIKTER (S.V.P.): Ich war am vergangenen Mittwoch nachmittag nicht anwesend, da in Rom die Sechser-Kommission tagte. Jedoch habe ich mir den Bericht des Präsidenten Kessler gelesen und möchte nun, weil ich dann nach Rom fahre, sofort Stellung

nehmen, selbstverständlich besonders zum Bericht über die Arbeiten der Zwölfer-Kommission, was die Durchführungsbestimmungen betrifft.

Dieser bedarf, um ein abgerundetes Bild zu geben vom Standpunkt eines überzeugten Kämpfers für die Autonomie, so wie er im Bericht und in den Erklärungen des Präsidenten Kessler auch für sich und für seine Partei in Anspruch genommen wird, gewisser Ergänzungen. Im Jahre 1975 ist die Zwölfer-Kommission mit den noch ausstehenden Durchführungsbestimmungen nicht weitergekommen. Als Gründe hierfür führe ich an: den üblichen Widerstand der beamteten Staatsvertreter, als Hauptursache jedoch, den, zum Unterschied von früher, nicht mehr gepflegten Zusammenhalt der regionalen Hälfte, also der örtlichen Hälfte der Kommission. Es ist eine Erfahrungstatsache - wir können ja jetzt auf dreieinhalb Jahre zurückblicken -, daß solange die regionale Hälfte einheitlich den autonomen Standpunkt vertreten hat, dieser innerhalb einer annehmbaren Zeit durchgedrungen ist, weil angesichts des Zusammenhaltes der regionalen Seite die staatliche Seite, auch im Zusammenhang mit der allgemeinen Entwicklung der Regionalautonomie in Italien, es sich gar nicht leisten konnte, überholte Staatlichkeitsbegriffe zu verteidigen. Wenn wir hinsichtlich Durchführungsbestimmungen über Industrie und Fernverbindungswesen stecken geblieben sind - hinsichtlich Industrie hat sich in der letzten Zeit ein Fortschritt ergeben -, so ist das, wie ge-

sagt, hauptsächlich auf den mangelnden Zusammenhalt der regionalen Seite zurückzuführen. Die staatliche Seite hat es sich sogar leisten können gegen den autonomen Standpunkt über die Auslegung des Artikels 15, was die Überleitung der Mittel für Industrieförderung in die Landeshaushalte und die Landesgesetzgebung betrifft, zuerst eine Auslegung und dann die entgegengesetzte Auslegung gegen uns ins Treffen zu führen.

Präsident Kessler hat in seinen politischen Erklärungen unter anderem die historische Schicksalsgemeinschaft der zwei Provinzen beschworen und daraus die Notwendigkeit abgeleitet, das Partnerschaftsverhältnis zwischen den beiden Provinzen für alle Eventualitäten in Zukunft zu wahren. Dazu möchte ich nun sagen: Wenn diese Worte einen Sinn haben sollen, dann darf es nicht vorkommen, daß die Südtiroler von den Trentinern in der Kommission in Stich gelassen werden. Ich sage: Es darf nicht vorkommen! Nicht nur, weil das Trentino Nutznießer der neuen Autonomie ist, die von Südtirol erkämpft wurde, sondern weil es in diesem Sinne - im Sinne dieser Ausführungen des Präsidenten Kessler - einfach verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Trentiner ist, sich für den von den Südtirolern verfochtenen Autonomiestandpunkt einzusetzen. Dieser Standpunkt war nie mutwillig oder willkürlich, sonst hätte ihn nicht letzten Endes der Ministerrat jeweils bisher als der

rechtspolitischen Entwicklung angemessen erachtet. Es ist auch der Eindruck entstanden, als ob die Trentiner hin und wieder Angst vor ihrer eigenen Courage bekommen hätten und darauf komme ich noch zurück.

Was nun die noch offenen Durchführungsbestimmungen an sich betrifft, so wie sie vom Präsidenten Kessler auf Seite 3 angeführt worden sind, komme ich eben auf das Fernverbindungswesen zu sprechen, wobei ja die Durchführungsbestimmungen über das Transportwesen seit einem Jahr schon von der Kommission beschlossen, jedoch der oder die Artikel über das Fernverbindungswesen, die Telekommunikationen, eben offen geblieben sind. Der klassische Fall: Warum sind sie offen geblieben? Weil die regionale Hälfte sich noch nicht zu einem einheitlichen autonomistischen Standpunkt zusammengefunden hat. Ich möchte in diesem Zusammenhang, nur als Beispiel, eine von mir verfaßte Denkschrift verteilen, gerade über diesen Artikel hinsichtlich des Fernverbindungswesens. Wenn dieser Artikel durchgeht, wäre - nebenbei gesagt - zum Beispiel auch das Problem der 380 privaten Umsetzer, die es im Trentino gibt, gelöst und wenn hier die autonome Zuständigkeit der Provinzen hinsichtlich Fernverbindungswesen, hinsichtlich "comunicazioni", soweit es Dinge von örtlichem Interesse sind, anerkannt wäre, wäre dies auch hinsichtlich der 380 Umsetzer der Fall und die Provinz Trient könnte eine Regelung, etwa ähn-

lich wie sie in der Provinz Bozen durch frühere Durchführungsbestimmungen bereits getroffen worden ist, dann auch durchsetzen. In diesem Zusammenhang muß ich allerdings sagen, daß es auch bereits erlassene Durchführungsbestimmungen gibt, die vom Staate oder von den vom Staate abhängigen Körperschaften nicht eingehalten werden. Das wäre, meiner Ansicht nach, Gegenstand einer Debatte im Südtiroler Landtag, aber nachdem wir schon über Durchführungsbestimmungen hier reden, muß es doch gesagt werden: Die Durchführungsbestimmungen über den einvernehmlich zwischen der RAI und der Provinz ernannten Koordinator der deutschsprachigen Sendungen, die ja mühselig zustande gekommen sind, werden praktisch nicht eingehalten. Diesbezüglich hat der Präsident des Landesausschusses ein Schreiben an das Ministerpräsidium und an die Kommission gerichtet, damit dafür gesorgt werde, daß die RAI diese Durchführungsbestimmung dem Buchstaben und dem Sinn gemäß einhalte - bis jetzt ist keine Antwort erfolgt. Praktisch kann dieser Koordinator seine Aufgabe, an die ja große Erwartungen geknüpft worden sind und die an sich wichtig wäre, nicht ausüben. Das nebenbei!

Präsident Kessler erwähnt die Maßnahme 118, wofür ich ihm besonders danke; ferner das Votumsgesetz des Regionalrates vom 15. Januar 1970, also aus der Zeit, als das Neuner-Komitee gerade im Begriffe war, das Verfassungsgesetz zu formulieren. Es ist das ein Fall, der nicht für die Person des Präsidenten Kessler gilt, wo, wie mir

scheint, man Angst vor der eigenen Courage bekommen hat, denn der Regionalrat hat am 15. Januar 1970 einstimmig unter anderem ein Votumsgesetz beschlossen, dessen Artikel 2, wie Sie wissen, in das Verfassungsgesetz übernommen worden ist und dessen Artikel 3 nicht in das Verfassungsgesetz übernommen werden konnte, weil er sozusagen eine Art Durchführungsbestimmung, eine Detailbestimmung enthält, wo es eben heißt - so das einstimmige Votumsgesetz des Regionalrates, in Auslegung der Maßnahme 118 -, daß die Gemeinden und deren Verbände unmittelbar die Erzeugung und Verteilung von Energie übernehmen können - das steht an sich wörtlich in der Maßnahme 118 - und die Folgerung gezogen wird, daß dort, wo die Gemeinden oder deren Verbände die Erzeugung und die Verteilung übernehmen, das ENEL gezwungen wird, verpflichtet ist, die bereits nationalisierten Anlagen zurückzugeben, denn sonst hätte ja diese Übernahme, diese Rücknahme der Erzeugung und Verteilung - hier geht es ja in erster Linie um die Verteilung - keinen Sinn, wenn diese Gemeindebetriebe nur Agenten des ENEL bleiben würden. Es heißt in diesem Votumsgesetz, daß das ENEL diese Anlagen zurückgeben muß bzw. daß diese Anlagen dann mit Dekret des Landesausschusses an den jeweiligen Gemeindebetrieb oder Betrieb eines Gemeindeverbandes übertragen werden. Selbstverständlich steht in diesem Artikel 3 auch drinnen, daß zwischen Gemeindewerken aller Art, allen Betrieben, allen

Kommunalbetrieben ein Landesverband zur rationellen Verteilung und zum Austausch der Energie erstellt werden kann. Es ist ja so, daß an diesem Punkt bisher die Durchführungsbestimmungen über die Maßnahme 118 gescheitert sind, obwohl inzwischen, wie Sie wissen, im September ein Staatsgesetz in Kraft getreten ist, wonach die örtlichen Körperschaften (Provinzen, Gemeinden und deren Verbände) anstelle des ENEL ermächtigt worden sind, Erzeugung und Verteilung von Elektroenergie neu zu übernehmen, wenn nachgewiesen werden kann, was ja sehr leicht möglich ist, daß diese örtliche Erzeugung und Verteilung durch örtliche Körperschaften, nicht durch private Körperschaften, im Interesse der besseren, rationelleren Nutzung der Wasserkräfte stehen, ohne daß der Umwelt damit ein Schaden gestiftet werde. Für ganz Italien ist hier eine Lockerung, eine, ich möchte schon sagen, wesentliche Lockerung des ENEL-Monopols eingetreten, so daß mit diesem Gesetz und mit einem noch kommenden Gesetz, wonach die Kleinableitungen zur Erzeugung von Elektroenergie auf 3.000 Kilowatt angehoben werden und dann in die Zuständigkeit der Provinzen fallen würden, die wesentliche Tragweite der Maßnahme 118 zum größten Teil für ganz Italien vorweggenommen ist. Es bleibt nur der Punkt, daß man zugibt, daß die Anlagen, sofern ein kommunalisierter Betrieb wieder die Verteilung übernimmt, vom ENEL zurückgegeben werden müssen. Aber ich bin dankbar - und ich betrachte das als eine Verpflichtung -, daß der Präsident Kessler ausdrücklich

auf dieses Votumsgesetz als Grundlage für unseren Standpunkt hinsichtlich Maßnahme 118 hingewiesen hat.

Wie gesagt, Präsident Kessler erwähnt dann noch als ausständige Durchführungsbestimmungen Industrie, Handel, Ordnung der Handelskammern; nicht erwähnt sind hier die Messen - wo bei ja die Frage der Bozner Messe eine Rolle spielt - und das Handwerk; vielleicht meint jemand, das Handwerk hätten die Provinzen seit 1948; sie hätten auf diesem Sachgebiet bereits Gesetze verabschiedet, daß es keine Durchführungsbestimmungen mehr bräuchte. Ich darf nur erwähnen, daß wir ja unter anderem uns in der Kommission schon mit der Möglichkeit einer Provinzialisierung durch kombiniertes Regional- und Landesgesetz der sogenannten Handwerkskasse, also dieses spezialisierten Kreditinstitutes sozusagen zweiter Stufe für die Förderung des Handwerkes befaßt haben. Zwischen Förderung des Handwerkes in der Provinz Bozen, in Südtirol und Italien ist nämlich ein großer Unterschied. Wir haben eine eigene Handwerksordnung und als Handwerksbetrieb wird dort aufgefaßt, was, glaube ich, im übrigen Europa als Handwerk angesehen wird, aber nicht das, was in Italien gemäß Staatsgesetz als Handwerk eingeteilt ist. Ich nenne nur als Beispiele: Gemäß Staatsgesetz sind Handwerksbetriebe auch die Schreibstuben, die Gepäckträger, die Autotransporte, die Erzeugung und Verteilung von Elektroenergie, Waldarbeiten, Baumschulen, Fischzucht, private Postboten, die Demolierung von Kraftfahrzeugen gehört auch zum

Handwerk und Auf- und Abladearbeiten. Wenn ich sage, dieses spezialisierte Kreditinstitut soll das Handwerk fördern und ich beziehe dann alle diese Tätigkeiten mit ein, dann habe ich alles verzettelt und praktisch habe ich die Mittel, die für das echte Handwerk bestimmt wären, gewissermaßen zweckentfremdet. Es geht also auch um diese Dinge.

Präsident Kessler sagt in seinem Bericht unter anderem, daß hinsichtlich der Durchführungsbestimmungen zur Handelskammerordnung noch die Zuständigkeit der Region unter dem Titel der Ordnung der Handelskammern in Hinblick auf den Präzedenzfall der Durchführungsbestimmungen über die sanitären und die Fürsorgekörperschaften überprüft werden müsse. Auch hier möchte ich ihm danken für diesen Hinweis, weil, wie er weiß, die Handelskammer der Ansicht ist, daß auch hinsichtlich der Ordnung der Handelskammern dasselbe Schema angewendet werden müßte wie hinsichtlich der Ordnungszuständigkeit anderer Körperschaften auf den Sachgebieten Sanität und Sozialfürsorge.

Was die im Bericht auf Seite 4 angeführte Durchführungsbestimmung über die Ordnung der regionalen Kreditanstalten betrifft, möchte ich folgendes bemerken: Anfang November, glaube ich, war die letzte Sitzung der Zwölfer-Kommission, nachher tagte nur mehr die Sechser-Kommission zur Erarbeitung der Durchführungsbestimmungen über den Proporz. Ich habe in der letzten Sitzung der Zwölfer-Kommission Präsidenten Kessler, der in erster Linie unseren gemeinsamen Standpunkt, den ja wir

auch mitverfochten haben, auch wenn es um die Region geht, hinsichtlich Zuständigkeit der Region für die Errichtung von regionalen Kreditanstalten, ausgezeichnet verfochten hat, gratuliert; nun verstehe ich aber nicht, wenn dann hier steht: es seien Schwierigkeiten aufgetreten und wir werden irgendwie ein Einvernehmen mit dem Staat anstreben oder annehmen müssen. Ich habe es damals auch gesagt: Ich bin nach wie vor überzeugt, daß wir uns durchsetzen werden, und zwar weil wir gute Gründe geltend zu machen haben. Ich komme noch darauf zurück. Daher wenn es um eine autonome Befugnis geht, können wir nicht zugehen, daß diese Befugnis im Einvernehmen ausgeübt werden soll und daß wir daher auf dem Standpunkt bestehen müssen, den Präsident Kessler in der Kommission ausgezeichnet verfochten hat. Also ich bin dagegen. Im Bericht wird das Wort "magari" gebraucht; "magari" im Einvernehmen usw. Es haben ja sogar die Vertreter des Schatzministeriums und der Banca d'Italia zuletzt angekündigt, sie würden sich die Sache überlegen und würden ein Zugeständnis machen. Ich bin gegen dieses "magari".

Präsident Kessler befaßt sich dann mit der Aussicht, die Arbeit der Kommission zu beenden, die Durchführungsbestimmungen weiter zu bringen; er befaßt sich in erster Linie selbst verständlich mit der Zwölfer-Kommission, mit den Sachgebieten, die nicht mit den ethnisch-sprachlichen Belangen der Provinz Bozen zu tun haben, obwohl er auch sein Interesse, was die Durchführungsbestimmungen hinsichtlich Proporz und Sprache

betrifft, anmeldet: auch die Provinz Trient als Territorium, nicht nur was die Region betrifft, sondern auch was die Staatsämter und die halbstaatlichen Ämter in der Provinz Trient betrifft, die eine regionale Zuständigkeit haben, sei an der Gleichstellung der Sprachen, an der Erklärung, daß das Deutsche offizielle Sprache ist, gleich wie das Italienische, interessiert, denn diese Festsetzung gilt ja im Artikel 99 des Autonomiestatutes für die Region als solche, nicht nur für die Provinz Bozen.

Präsident Kessler weist auch darauf hin - ich möchte das besonders unterstreichen -, daß wir vor neuen Durchführungsbestimmungen für die Normalregionen stehen. Im Februar sollen diese neuen delegierten Dekrete endgültig feststehen, die eine wesentliche Ausweitung der Autonomie der Normalregionen mit sich bringen sollen - vielleicht erfahren wir heute abends etwas Näheres. Eine wesentliche Neuregelung! Ich möchte sie hier zusammenfassend erwähnen: Es ist vorgesehen, daß in den autonomen Sachgebieten die Funktionen aller halbstaatlichen und interregionalen Körperschaften - zum Beispiel dieser Entwicklungskörperschaften - mit deren Ämtern und dem gesamten Vermögen auf die Regionen übertragen werden, ferner, daß auf die Regionen delegiert, das heißt in den übergeführten Wirkungskreis übertragen wird: die staatlichen Funktionen, die einwandfrei staatlich bleiben und die nicht autonom sind; alle Funktionen, welche die organische Ausübung - so sagt das Gesetz - der autonomen Funktionen

sichern sollen. Es würde zum Beispiel für das von uns von der Region verlangte Übertragen der Katasterämter ausgezeichnet zutreffen, weil sie eben engstens mit der Funktion des Grundbuches zusammenhängen. Auch dort, wo es nur um eine Überführung in den übertragenen Wirkungskreis geht, werden die Ämter das notwendige Personal und die zweckdienlichen Liegenschaften an die Regionen abgetreten. In diesem Vollmachtsgesetz, das im Laufe des Frühjahrs zur oben angedeuteten Ausweitung der Autonomie der Normalregionen führen soll, heißt es ferner, daß zu den autonomen Befugnissen auch alle jene gerechnet werden sollen, die mit den autonomen Sachgebieten irgendwie verwandt oder für dieselben Mittel zum Zweck sind, so daß - wie es wörtlich heißt - die systematische und programmierte Verwaltung des organisch aufgefaßten Sachgebietes ermöglicht wird. Das trifft wohl hundertprozentig für den von uns verfochtenen Standpunkt über Durchführungsbestimmungen hinsichtlich Fernverbindungswesen zu.

Was die noch offenen Durchführungsbestimmungen betrifft, so hat Präsident Kessler auf eine Reihe solcher hingewiesen. Ich möchte hier noch auf andere Sachgebiete hinweisen, wo man in der Zwischenzeit, aufgrund der gemachten Erfahrungen, gesehen hat, daß es noch weiterer Durchführungsbestimmungen bedarf, um Probleme, die nicht gelöst worden sind, zu lösen, und zwar möchte ich erwähnen, daß an uns neue Anliegen herangetragen worden sind, die nur im Wege von Durchführungsbestimmungen erledigt werden können - es

sind zum Teil kleinere Probleme -: der Bücherentleih der Südtiroler - und das gilt auch für das Trentino - der öffentlichen Bibliotheken der Provinzen, Bücherentleih von staatlichen Bibliotheken außerhalb der Region; dann die zu delegierende Befugnis der Bewilligung zur Ausfuhr von Kunstgegenständen; weiters - was nur für Südtirol gilt, weil ja die Provinz Trient im Begriffe ist, ihre eigenen Durchführungsbestimmungen über Schulordnung zu erhalten, welche a journiert sind, während unsere, die auf das Jahr 1973 zurückreichen, nicht a journiert sind - Ergänzung der Durchführungsbestimmung über Schulordnung im Zusammenhang mit den Neuerungen, die inzwischen in Kraft getreten sind: das sogenannte Pädagogische Institut, Initiativen zur Einführung neuer Schularten - also Zuständigkeit der Provinz -, sowie Einstufung des ladinischen Schulamtsleiters. Weiters - es klingt, als ob es eine technische Kleinigkeit wäre, eine rein technische Präzisierung, bedeutet jedoch Ersparnisse von Milliarden für die Provinzen - die Beitragsregelung bei der Pensionskasse für örtliche Angestellte, was das Landespersonal, einschließlich des noch zu überführenden Kindergartenpersonals für die Zeit, wo es beim Nationalen Vorsorgeinstitut versichert war, betrifft. Weiters: Vertretung der Provinz anstelle des Landwirtschaftsministeriums in einer regionalen und in je einer provinziellen Kommission, die sich mit der Erfassung und mit der Entlohnung der Landarbeiter bei vorübergehendem Arbeitsunfall beschäftigt. Wei-

ters: Präzisierung der Verwaltungspolizeibefugnisse der Präsidenten der Landesausschüsse, zum Beispiel zwecks Einweisung von Geisteskranken und, wie gesagt, verschiedene andere nicht geklärte Details auf bereits geregelten Sachgebieten oder neu aufgetauchte Fragen in diesen Sachgebieten.

Ich komme noch kurz zu anderen Punkten der Grundsatzklärung des Präsidenten, und zwar möchte ich mich noch kurz mit seiner Erklärung befassen, wo er zu dem von der Trentiner-Tiroler Volkspartei, als auch von der Südtiroler Volkspartei, unterschriebenen Votumsgesetzesentwurf hinsichtlich der Anerkennung oder des Schutzes als sprachliche Minderheit auch der deutschen Sprachinseln im Trentino Stellung nimmt. Ich bin ihm da wirklich - und ich unterstreiche es - im Namen der Gruppe aufrichtig dankbar, daß er hier in seinem Bericht schreibt: "trotz Bedenken, die wir kennen, die ja im Regionalausschuß ausgesprochen worden sind"; er schreibt hier "in spirito di apertura". Ich möchte ihn in diesem Geiste bestärken, und zwar durch Ausführungen, die von einem der zwei bestinformierten italienischen Rechtssachverständigen hinsichtlich Minderheitenfragen stammen, Alessandro Pizzorusso, Professor in Pisa, der sich mehrfach mit den Fragen, besonders auch mit der Durchführung des Artikels 6 der Verfassung befaßt hat, zuletzt auch im neuen Kommentar zu den ersten zwölf Artikeln der Verfassung, die unter der Leitung des ehemaligen Verfassungsgerichtspräsidenten Branca herausgekommen ist und

wo es eben - und das möchte ich kurz lesen, allerdings in italienisch - heißt: "La mancanza di ogni attuazione sistematica e generale dell'articolo 6, indubbiamente contraddice l'indicazione che emerge dai lavori preparatori, secondo la quale la valorizzazione delle particolarità delle minoranze linguistiche costituisce una finalità, che lo Stato fa propria come obiettivo di politica culturale, indipendentemente dagli impegni specifici assunti verso Stati stranieri e verso singoli gruppi e che corrisponde all'interpretazione dell'articolo 6 che appare adottato dallo stesso costituente, quando ha detto disposizioni transitorie (decima), con cui nello stabilire la provvisoria applicabilità alla Regione Friuli-Venezia-Giulia della disciplina delle Regioni a statuto ordinario, si è preoccupata di far salva la tutela delle minoranze linguistiche in conformità con l'articolo 6". Und weiter führt er als eines der spärlichen Beispiele, wo der Schutz der Minderheiten in Italien für alle Minderheiten, unabhängig von Sonderbestimmungen, dort, wo es eigene Spezialstatute gibt, durchgeführt worden ist, an: "Con la legge delega per la riforma del codice di procedura penale è stato disposto che sia in esso stabilito con norme generali l'obbligo di interrogare gli appartenenti alle minoranze linguistiche nella loro lingua materna e di redigere verbali in tale lingua, indipendentemente dall'eventuale applicazione di regole più specifiche riguardanti singole minoranze". Diese Bestimmung gilt auch für Angehörige

der deutschen Sprachgruppe im Trentino. Im übrigen gilt ja, aufgrund des alten und des neuen Autonomiestatutes, der Artikel 2, wo es heißt, daß die kulturellen und ethnischen Merkmale erhalten und gewährleistet werden müssen für die gesamte Region. Es heißt: Gleichstellung aller Bürger unter Wahrung der kulturellen und ethnischen Merkmale in der Region, ebenso wie der offizielle Charakter der deutschen Sprache neben der italienischen Sprache für die Region festgesetzt wird und nicht nur für die Provinz. Dazu kommt noch, daß der Artikel 4 und, mit Bezugnahme auf die Provinzen, der Artikel 8 unter den Einschränkungen der primären Gesetzgebungsbefugnis im Zusammenhang mit dem nationalen Interesse vorsieht, daß die Provinzen im Rahmen des nationalen Interesses ihre Gesetze erlassen dürfen und in diesem nationalen Interesse ist auch der Schutz der sprachlichen Minderheiten einbezogen. Pizzorusso sagt: Diese Klausel hätte keinen Sinn - und er sagt das gegen eine gewisse bisherige Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes -, wenn nicht die Provinzen zuständig wären, auch Normen für den Schutz der Minderheiten zu erlassen. Pizzorusso sagt dann noch: "Prive della tutela sono rimaste finora nonostante le disposizioni di principio introdotte in alcuni statuti di Regioni a statuto ordinario, anche le altre minoranze linguistiche che vivono fuori del territorio della Regione a statuto speciale ... e quelle di lingua tedesca che vivono nella zona del Monte Rosa ed in alcuni Comuni del Trentino, del Ve-

neto e del Friuli". Noch kurz dieses letzte: "Contro l'opinione secondo cui tali minoranze avrebbero la rilevanza esclusivamente di fatto e non anche giuridica sembra infatti agevole di affermare che rilievo giuridico indubbiamente ha la circostanza che una certa lingua sia o non sia insegnata nelle scuole pubbliche" und da kommt die Zuständigkeit der Provinz, "... il che - salvo a vedere la misura ed i modi - sembra essere il minimo contenuto che possa essere assegnato a una disciplina attuativa dell'articolo 6 della Costituzione inteso come criterio fondamentale di politica culturale".

Auf Seite 11 kündigt Präsident Kessler an, daß ein Gesetz mit Grundsatzbestimmungen hinsichtlich des Dienstrechtes der Angestellten der Krankenkassen vorbereitet wird. Er fügt dabei hinzu: "indem man auch Bedacht nimmt auf die inzwischen vom Staat erfolgte Gesetzgebung hinsichtlich der halbstaatlichen Körperschaften". Jetzt möchte ich kurz dazu nur bemerken, daß etwa hier aufgrund der Artikel 12-bis und 22 des Sanitätsreformeinleitungsgesetzes Nr. 386 vom Jahre 1974 noch einmal gründlich untersucht werden mußte, ob die Region auf diesem Sachgebiet verfassungsrechtlich noch ein Gesetz verabschieden kann - das wäre eines - und zweitens möchte ich ganz mit Bestimmtheit eben behaupten, daß hier der Hinweis auf eine Übernahme von Grundsätzen aus dem Gesetz Nr. 70, das die halbstaatlichen Körperschaften einheitlich geregelt hat, nicht am Platze ist; denn die autonomen Landeskrankenkassen haben mit

den halbstaatlichen Körperschaften wirklich absolut nichts zutun. Es handelt sich um von der Region oder von den Provinzen abhängige örtliche Körperschaften, die ja ausdrücklich im Artikel 1 dieses Gesetzes Nr. 70 ausgeschlossen sind. Im übrigen dürfte es ja interessieren, daß gerade die Normalregionen hinsichtlich Ordnung der Körperschaften, die von den Regionen abhängen, zuständig sind und der Artikel 35 dieses Gesetzes Nr. 70 vom 20. März 1975 sagt diesbezüglich: "Fermi restando i poteri di costituzione, soppressione e fusione degli enti pubblici operanti nelle materie attribuite alla loro competenza", also da haben wir eine Auslegung des Parlaments, was man unter "ordinamento" von Körperschaften, die in den Sachgebieten autonomer Zuständigkeit tätig sind, zu verstehen hat; unter anderem auch die Errichtung "costituzione".

Ich weiß nicht, was Präsident Kessler hier gemeint hat, wenn er davon spricht, daß man eine Initiative zu einem Votumsgesetz für die Einrichtung eines nationalen Dienstes - "servizio nazionale" -, zur Bekämpfung der Waldbrände, ergreift. Es dürfte ein Mißverständnis sein; denn ich hoffe nicht, daß wir hier als autonome Region, wo wir uns erst mit Mühe und Not mittels der Durchführungsbestimmungen über öffentliche Arbeiten irgendwie dem staatlichen Zivilschutz, sagen wir, entzogen haben - die Organe des staatlichen Zivilschutzes dürfen nämlich nur im Einvernehmen mit den Provinzen hier eingreifen -, daß wir hier einem Zentralisierungsmanöver

die Hand leihen, denn das Ganze ist eines der vielen Manöver des Landwirtschaftsministeriums sowie anderer Ministerien, um beim Fenster hereinzuholen, was sie abgeben haben müssen.

KESSLER (D.C.): ... tenere aerei solo per la nostra zona, per il nostro territorio, che è modesto, costa moltissimo!

BENEDIKTER (S.V.P.): Darum geht es nicht! Es steht ja ausdrücklich im Gesetz Nr. 382 über die Ausweitung der Befugnisse der Normalregionen, daß - ich zitiere -: "Le Regioni per attività e servizi, che interessano territori finitimi" - also meinetwegen ganz Norditaliens - "possono addivenire ad intese e costituire uffici o gestioni comuni anche in forma consortile". Meiner Ansicht nach wäre das glänzend gelöst, ohne daß man deswegen wieder eine Zuständigkeit, eine Funktion nach Rom abtritt.

KESSLER (D.C.): Nessuno vuole dare competenze a Roma, quest'è chiaro!

BENEDIKTER (S.V.P.): Ich möchte noch kurz über die vom Präsidenten Kessler verlangte Neufassung der Durchführungsbestimmung über Finanzen, was die Region als solche betrifft, sprechen. Seiner Zeit, wie gesagt, sind im Verfassungsgesetz die veränderlichen Anteile, die alljährlichen Finanzausgleichsverhandlungen zwischen den beiden Provinzen und dem Schatzministerium eingeführt worden, während die Region auf feste Anteile verwiesen wurde. Wie überzeugend ausgeführt, sind diese fe-

sten Anteile nicht ausreichend; es wird dann auf die kommende notwendige Reform, die bis 1. Januar 1978 in Kraft sein muß, die allgemeine Reform - Koordination zwischen Staats- und Regionalfinanz - verwiesen; allerdings wird auch eine Reform des Artikels 69, wo von den festen Anteilen die Rede ist im Einvernehmen zwischen Region und Staat, angedeutet. Ich möchte hier nicht näher darauf eingehen, sondern nur sagen, daß es gefährlich wäre, wenn wir neben Finanzausgleichsverhandlungen über einen veränderlichen Anteil der beiden Provinzen noch einen dritten Finanzausgleich für die Region einführen würden. Ich bin der Ansicht, daß die Region auf andere Art und Weise in ihren Finanzen gestärkt werden soll; meinetwegen ist es gut vorzuzurufen, daß es nicht alle fünf Jahre zu Änderungen der Artikel des Autonomiestatutes kommen muß, aber nicht so, daß dann der Staat mit drei zu verhandeln hat; das würde meiner Ansicht nach die bereits auch noch vor Inkrafttreten der Durchführungsbestimmungen einschlägige, bereits erreichte gute Verhandlungsposition der Provinzen schwächen. Das ist einleuchtend; ich glaube, das brauche ich gar nicht näher ausführen und ist im Interesse beider Provinzen.

Die Region hat sich verpflichtet, eine Konferenz über die Regionalautonomien, über die Entwicklung der örtlichen Autonomien abzuhalten. Es ist auch schon ein Programm entworfen, weil wir ja nicht allein Bestandteil einer Rechtsordnung sind, die uns noch berührt, bin ich der Ansicht, daß man versu-

chen sollte, diese Konferenz meinetwegen in den Herbst hinauszuschieben. Warum? Weil erstens im Laufe des Frühjahrs, jedenfalls aber bis Sommer, die sogenannten delegierten Dekrete in Kraft treten, wo unter anderem, wie Sie wissen, vorgesehen ist, daß eine Neuordnung der Funktionen der Provinzen, der Gemeinden und der Berggemeinschaften im Sinne des Artikels 118 der Verfassung vorgenommen werde und daß diese örtlichen Körperschaften, von deren Autonomie die Rede sein soll, andere Funktionen von örtlichem Interesse, also staatliche Funktionen von örtlichem Interesse übertragen erhalten sollen, um die organische Ausübung ihrer Funktionen zu gewährleisten mit entsprechender - heißt es ausdrücklich - finanzieller Regelung; das bedeutet, daß sie dann auch mehr Mittel von seiten des Staates bekommen sollen, um diese Funktionen auszuüben. Wenn dieser Absatz des Gesetzes Nr. 382 wirklich mit den anderen darin vorgesehenen Vorhaben durchgeführt wird, so bedeutet das eine Neuordnung der Funktionen, der Befugnisse, der Aufgaben der Gemeinden, der Provinzen und der Berggemeinschaften mit neuen Finanzierungskanälen. Ich bin der Ansicht, daß man diese Bestimmungen absolut abwarten sollte. Ebenso wissen wir ja, daß die Neuregelung der Gemeindefinanz, "finanza locale", unterwegs ist. Hier jedoch soll man meines Erachtens bis zur Neuregelung nicht warten, denn das würde bedeuten, daß wir auch das Jahr 1977 verstreichen lassen müßten. Der Minister für Regionen Morlino, zusammen mit dem Innenminister,

haben sich verpflichtet, den Gesetzentwurf jetzt, wie man hört, vorzulegen, damit die Regionen ihn auch sehen können, weil sich diese irgendwie auch für die Gemeindefinanzen verantwortlich fühlen. Also auch dieser Gesetzentwurf soll abgewartet werden, um mit einer besseren Kenntnis dessen, was unterwegs ist oder im Falle der weiter oben genannten Neuregelung bereits dann in Kraft getreten ist, die Probleme zu besprechen, wobei ja auch in einer solchen Konferenz nicht nur die Neuregelung der Gemeindeordnung zur Sprache kommen soll, sondern auch die Neuordnung der sogenannten Gemeindefinanz, für welche die Provinzen zuständig sind.

Damit bin ich am Ende; es dürften wohl andere Mitglieder der Gruppe noch Stellung nehmen und auch eine weitere Stellungnahme vorbringen, bevor die Haushaltsdebatte insgesamt abgeschlossen wird.

(Ero assente alla seduta pomeridiana di mercoledì, in quanto impegnato a Roma con la commissione dei 6. Ho letto comunque la relazione del Presidente Kessler e vorrei prendere subito posizione in merito, dovendomi recare nuovamente a Roma. Desidero prendere posizione in particolar modo in merito a quella parte della relazione, che riguarda i lavori della commissione dei 12 in materia di norme di attuazione.

Per fornire un quadro più completo dal punto di vista di un persuaso propugnatore per l'autonomia, come rivendica il Presi-

dente Kessler per sè ed il suo partito nella sua relazione, detta parte della relazione va in certo qual modo integrata. Nel corso dell'anno 1975 la commissione dei 12 non ha fatto alcun passo avanti riguardo le ancora mancanti norme di attuazione. I motivi vanno ricercati nella solita resistenza opposta dai funzionari, che rappresentano lo Stato, ma soprattutto, a differenza di quanto si verificava in precedenza, nella mancata unità tra i vari componenti regionali della commissione. E' un fatto, dettato dall'esperienza e a tal proposito possiamo ora fare una retrospettiva di tre anni e mezzo, che fino a quando i rappresentanti delle Regioni hanno sostenuto unitariamente il punto di vista dell'autonomia, questo si è affermato entro un accettabile lasso di tempo, poichè di fronte all'unità della parte regionale della commissione, come pure in relazione al generale sviluppo dell'autonomia regionale in Italia, i rappresentanti dello Stato non hanno potuto permettersi di difendere i già superati concetti dello Stato. Se quindi circa le norme di attuazione riguardanti l'industria e le telecomunicazioni ci siamo arrenati - per quanto riguarda l'industria si è registrato in quest'ultimo tempo un progresso - tale circostanza va attribuita soprattutto, ripeto, alla mancata unità tra i rappresentanti della Regione in

seno alla commissione. La rappresentanza statale si è potuta così permettere di condurre in porto contro il punto di vista autonomistico una interpretazione dell'articolo 15, concernente il trasferimento dei mezzi finanziari nei bilanci delle Province per l'incremento industriale, nonchè la legislazione provinciale, e di mutare in seguito avviso dando a detta norma un'interpretazione esattamente opposta alla prima, e ciò naturalmente a nostro danno.

Nelle sue dichiarazioni politiche il Presidente Kessler ha fra l'altro ricordato la storica comunanza dei destini delle due Province, deducendo la necessità per le due Province di mantenere per ogni eventualità futura un rapporto fra "partner". A tal proposito desidero dire che, intendendo dare a queste parole un senso, i trentini non dovrebbero abbandonare in seno alla commissione i sudtirolesi. Questo naturalmente non dovrebbe accadere e ciò non soltanto perchè il Trentino è "usufruttuario" della nuova autonomia, conquistata dall'Alto Adige, ma soprattutto poichè in questo senso, vale a dire nel senso delle dichiarazioni del Presidente Kessler, è un dovere assoluto dei trentini impegnarsi per il punto di vista autonomistico conquistato dai sudtirolesi. Questo non è mai stato arbitrario, altrimenti il Consiglio dei Ministri non lo avrebbe finora considerato ade-

guato allo sviluppo politico e giuridico. E' sorta in noi l' impressione, che i trentini si comportino come se avessero ora paura del loro stesso coraggio, ma su questo punyò avrò ancora modo di ritornarvi.

Per quanto riguarda le norme di attuazione ancora da definire, così come sono state indicate dal Presidente Kessler a pag. 3 della sua relazione, mi permetto di soffermarmi sulle norme concernenti i trasporti, indicando come la commissione le avesse elaborate già un anno fa, lasciando ancora aperti gli articoli sulle telecomunicazioni. Il classico esempio: quale è il motivo? I rappresentanti della Regione non sono ancora giunti ad una comune veduta autonomistica. A tal proposito vorrei distribuire, per fornire un esempio, un mio memoria su detto articolo delle telecomunicazioni. Un'eventuale approvazione della menzionata norma risolverebbe, ad esempio, pure il problema delle 380 trasmissioni private esistenti nel Trentino, in quanto riconoscerebbe, per quanto di interesse locale, la competenza autonoma alle due Province in materia di comunicazioni. La Provincia potrebbe così, avendo riconosciuta la competenza per detti 380 ripetitori, regolamentare tale questione sulla falsariga della regolamentazione già attuata in Provincia di Bolzano, mediante norme di attuazione precedentemente emanate. A tal riguardo devo fare presen-

te come lo Stato o enti da esso dipendenti non rispettino norme di attuazione già emanate. A mio avviso questo dovrebbe formare oggetto di un dibattito in Consiglio provinciale di Bolzano, ma dato che stiamo parlando di norme di attuazione devo denunciare che le norme riguardanti la nomina da parte della RAI e della Provincia del coordinatore dei programmi televisivi in lingua tedesca, elaborate con grande fatica, vengono praticamente ignorate. Il Presidente della Giunta provinciale aveva inviato alla Presidenza del Consiglio dei Ministri ed alla commissione una lettera, per invitare gli organi competenti di vigilare che la RAI osservasse alla lettera e nel senso le norme in parola, ma non ha finora avuto alcun riscontro. Praticamente il coordinatore, dalla quale carica si attendevano grandi cose e che di per sé sarebbe molto importante, è impossibilitato a svolgere la propria funzione. Dico questo per inciso!

Il Presidente Kessler menziona la misura 118 e gli sono particolarmente grato; egli ricorda la legge-voto del Consiglio regionale del 15 gennaio 1970, periodo, in cui il comitato del 9 si accingeva ad elaborare la legge costituzionale. E' questo il tipico esempio, che non vale per la persona del Presidente Kessler, da cui sembra emergere la già menzionata paura del proprio coraggio, in quanto in data

15 gennaio 1970 il Consiglio regionale ha approvato fra l'altro una legge-voto, il cui articolo 2 è stato recepito nella legge costituzionale e come loro sanno l'articolo 3 non è potuto essere preso in considerazione, contenendo esso una specie di norma di attuazione, una norma particolare. Detta norma della legge-voto, approvata all'unanimità dal Consiglio regionale, che interpreta la misura 118, prevede che i comuni ed i rispettivi consorzi possono assumere subito la produzione e l'erogazione di energia - così si legge testualmente nella misura 118 - perciò si deduce che nei casi in cui i comuni o loro consorzi producono ed erogano o soltanto erogano energia, l'ENEL sia costretto a restituire gli impianti già nazionalizzati, altrimenti la restituzione della facoltà di produzione o di erogazione - nel caso specifico trattasi soprattutto della erogazione - non avrebbe alcun senso, se queste aziende comunali fossero destinate a rimanere soltanto agenti dell'ENEL. Dalla legge-voto risulta infatti, che l'ENEL deve restituire gli impianti in parola, ossia che detti impianti vengono trasferiti alle rispettive aziende comunali o ai consorzi dei Comuni, mediante decreto della Giunta provinciale. L'articolo 3 prevede naturalmente la possibilità di creare un'unione provinciale fra le azien-

de comunali di ogni genere e le aziende autoproduttrici per una distribuzione ed uno scambio razionali di energia. Finora le norme di attuazione della misura 118 si sono arrenate su questo punto, sebbene nel frattempo, e precisamente in settembre, sia entrata in vigore una legge nazionale, secondo cui gli enti locali, vale a dire le Province, i comuni e loro consorzi, sono stati autorizzati a sostituirsi all'ENEL nella produzione ed erogazione dell'energia elettrica, qualora siano in grado di provare, come sarà facile, che questa produzione e distribuzione locale viene assunta nell'interesse di una migliore e più razionale utilizzazione delle acque pubbliche da enti pubblici e non privati senza provocare danni all'ambiente naturale. Per tutta l'Italia quindi il monopolio dell'ENEL è stato essenzialmente allentato, per cui con questa e con un'altra legge, che trovasi ancora in fase di elaborazione e prevederà il potenziamento delle piccole derivazioni a scopo idroelettrico fino a 3.000 chilowatt, la relativa competenza verrebbe attribuita alle Province, la qual cosa significa che la portata della misura 118 verrebbe in gran parte anticipata per tutto il territorio nazionale. Rimane soltanto da ammettere che, nel caso un'azienda municipale assumesse nuovamente la erogazione di energia, l'ENEL è obbligato a restituire i relativi impianti. Sono pertanto grato

al Presidente Kessler - e tale atto è da me interpretato come un impegno - di aver indicato questa legge-voto come base per il nostro punto di vista, riguardo la misura 118.

Come detto, il Presidente Kessler menziona come norme di attuazione tuttora mancanti, quelle per l'industria, il commercio, l'ordinamento delle Camere di commercio, tralasciando tuttavia quelle riguardanti le fiere, che interessa la fiera campionaria di Bolzano, e l'artigianato. Forse di ritiene che l'artigianato sia di competenza delle Province sin dal 1948, e che non sia più necessario emanare norme di attuazione, avendo essa già legiferato in materia. Posso soltanto ricordare che in sede di commissione ci siamo già occupati della possibilità di provincializzare con una combinazione di leggi regionali e provinciali la cosiddetta cassa dell'artigianato, vale a dire un istituto di credito specializzato di II grado, per incrementare il settore artigianale. Sussiste però una grande differenza tra l'incremento dell'artigianato in Alto Adige e nel resto del territorio nazionale. Noi disponiamo di un proprio ordinamento del settore in parola, che classifica come azienda artigianale tutte le attività, credo, riconosciute tali sul piano europeo, ma non quanto classificato come artigianato in Italia in base ad una

legge nazionale. Cito un esempio: in base ad una legge nazionale rientrano nell'attività artigianale le copisterie, i portabagagli, gli autotrasporti, la produzione e la distribuzione di energia elettrica, i lavori boschivi, vivai, colture ittiche, agenzie recapiti private, demolizione di autovetture ed i lavori di carico e scarico. Volendo quindi incrementare l'artigianato mediante detto istituto di credito specializzato, includendo tutte queste attività, si disperde una certa capacità di promozione, alienando in certo qual modo i pezzi finanziari destinati all'artigianato vero e proprio. In sostanza trattasi anche di quest'aspetto.

Il Presidente Kessler nella sua relazione afferma inoltre, che riguardo l'ordinamento delle Camere di commercio, cioè le norme di attuazione all'ordinamento predetto, va esaminata ancora la competenza della Regione in relazione al precedente delle norme di attuazione concernenti gli enti sanitari e di assistenza. Lo ringrazio pure per questo accenno, essendo, come è noto, la Camera di commercio dell'opinione, che in ordine al relativo ordinamento andrebbe adottato lo schema già adottato per la competenza sull'ordinamento di altri enti del settore sanitario e dell'assistenza sociale.

Per quanto riguarda le norme di attuazione per l'ordinamento degli istituti di credito regionali di cui a pagina 4 della re-

lazione posso dire che ai primi di novembre, se non erro, ha avuto luogo l'ultima seduta della commissione dei dodici, essendo stata in seguito convocata soltanto la commissione dei sei per le norme di attuazione sulla proporzionale. Nella ultima seduta della commissione dei dodici, il Presidente Kessler soprattutto ha sostenuto in modo esemplare il nostro comune punto di vista, sul quale noi abbiamo insistito anche se si trattava della Regione, riguardante la competenza regionale per l'istituzione di istituti di credito regionali, per la qual cosa gli ho espresso poi anche le congratulazioni; ora però non comprendo la sua affermazione che sono sorte difficoltà, per cui si cercherà o si dovrà giungere ad un accordo con lo Stato. Mi si permetta di dire che non comprendo questo suo atteggiamento. Ho già detto in sede di commissione di essere ora come prima convinto che riusciremo a far valere le nostre ragioni, avendo noi a tal proposito validi motivi. Ritornerò comunque su questo punto. Trattandosi di una competenza autonoma, non possiamo permettere che simile competenza debba essere esercitata di concerto con altri organi, per cui dovremo insistere sulla posizione, brillantemente difesa dal Presidente Kessler in commissione. Sono quindi contrario. Nella relazione si usa la parola "magari", "magari di concerto" ecc. Anche i rappre-

sentanti del Ministero del Tesoro e della Banca d'Italia hanno infine annunciato di voler esaminare tale questione e di dichiararsi eventualmente d'accordo.

Il Presidente Kessler parla inoltre delle prospettive di concludere i lavori della commissione, portando in porto le norme di attuazione; egli si occupa naturalmente soprattutto della commissione dei dodici, con le materie non collegate alle esigenze etnico-linguistiche della Provincia di Bolzano, sebbene egli annunci il suo interesse per le norme di attuazione riguardanti la proporzionale etnica e linguistica, essendone investita del problema pure la Provincia di Trento, come territorio, e ciò non soltanto per quanto riguarda la Regione, ma anche gli uffici statali e parastatali trentini, che esercitano una competenza regionale. Questi sono interessati all'equiparazione della lingua tedesca a quella italiana, e quindi alla dichiarazione, che pure il tedesco è lingua difficile, poichè la norma dell'art. 99 dello statuto di autonomia vale per la Regione come tale e non soltanto per la Provincia di Bolzano.

Il Presidente Kessler indica inoltre - mi si permetta di sottolinearlo -, che ci troviamo di fronte a nuove norme di attuazione per le Regioni a statuto ordinario. Nel febbraio questi nuovi decreti delegati dovrebbero essere approvati e prevederebbero un'essenziale estensione dell'autono-

mia delle Regioni a statuto normale, ma a tal proposito avremo questa sera notizie più precise. Dovrebbe trattarsi di una essenziale novità, che desidero esporre brevemente in questa sede: E' previsto il trasferimento alle Regioni delle funzioni nei settori autonomi di tutti gli enti parastatali ed interregionali - ad esempio di questi enti di sviluppo - unitamente ai relativi uffici e patrimonio; alle Regioni verranno inoltre delegate tutte le funzioni statali, che rimarranno sempre tali, atte ad assicurare, così la legge, l'esercizio delle funzioni autonome. Tale norma potrebbe valere per gli uffici del catasto, da noi richiesti per la Regione, in quanto strettamente collegati con la funzione del Libro fondiario. Trattandosi di un trasferimento per delega andrebbero trasferiti pure gli uffici, il personale ed il patrimonio necessari. Da questa legge delega, che nel corso della prossima primavera dovrebbe attuare un ampliamento dell'autonomia delle Regioni a statuto ordinario, risulta inoltre che nelle funzioni autonome saranno comprese pure quelle, strettamente collegate a settori di competenza autonoma o che risultino essere mezzo allo scopo per permettere - come si legge testualmente - una sistematica e programmata amministrazione del settore inteso in senso organico. Ciò riguarda al 100% il nostro punto di vista, fatto va-

lere in merito alle norme di attuazione per le grandi comunicazioni.

Per quanto concerne le norme di attuazione non ancora concordate, il Presidente Kessler ne ha elencate alcune. Personalmente desidero indicarne altre, in merito alle quali nel frattempo la esperienza ci ha insegnato che necessitano ulteriori norme, per poter risolvere i problemi ancora insoluti. A noi infatti sono stati presentati nuovi desideri, che potrebbero essere accolti soltanto con norme di attuazione; naturalmente in parte si tratta soltanto di piccoli problemi come ad esempio il prestito dei libri ai sudtirolesi, che vale anche per il Trentino, da parte delle biblioteche pubbliche nelle Province da parte di quelle statali fuori dell'ambito della Regione; inoltre la funzione delegata per poter concedere l'autorizzazione all'esportazione di opere d'arte e limitatamente all'Alto Adige - essendo la Provincia di Trento in procinto di ottenere proprie norme di attuazione per l'ordinamento scolastico, che risultano già aggiornate, la qual cosa non vale per le nostre, che risalgono al 1973 - un'integrazione alle norme di attuazione sull'ordinamento scolastico, in relazione alle innovazioni, entrate nel frattempo in vigore: il cosiddetto istituto pedagogico, iniziative per la introduzione di nuovi tipi di scuola, che è di competenza della Provincia, nonché l'inquadramento dell'intendente scolasti

co ladino. Inoltre - sembrerebbe una piccolezza tecnica, una precisazione meramente tecnica, ma che per le Province significa tuttavia un risparmio di miliardi - vi sarebbe da prendere in considerazione la regolamentazione dei contributi al CPDEL del personale provinciale ivi compresi i periodi INPS del personale delle scuole materne, che sarà trasferito all'amministrazione provinciale. Ed ancora: la rappresentanza della Provincia anziché del Ministero all'agricoltura in commissioni provinciale e regionale, preposte a raggruppare e retribuire i lavoratori agricoli in caso di invalidità temporanea. Inoltre: precisazione delle competenze di polizia amministrativa dei Presidenti delle Giunte provinciali, ad esempio per ricoveri di malati di mente e, come detto, diversi altri dettagli non chiariti, che si riferiscono a settori già disciplinati o a problemi sorti recentemente in detti settori.

Vengo ora brevemente ad alcuni punti delle dichiarazioni del Presidente e vorrei soffermarmi in modo particolare sulla presa di posizione alla proposta di legge-voto firmata dal P.P.T.T. e dal S.V.P., concernente il riconoscimento o la tutela della minoranza linguistica tedesca nel Trentino. Lo ringrazio veramente - lo desidero sottolineare - a nome del mio gruppo, avendo egli scritto nella relazione: "nonostante le perplessità, che

noi conosciamo, discusse in seno alla Giunta regionale; in spirito di apertura"... Desidero rafforzarlo in questo spirito e cioè per mezzo di esposizioni di uno dei due migliori giuristi italiani esperti in problemi delle minoranze Alessandro Pizzorusso, Professore in Pisa, che si è più volte occupato dei problemi, in modo particolare con l'attuazione dell'articolo 6 della Costituzione e recentemente anche nel nuovo commento ai primi 12 articoli della Costituzione, pubblicato sotto la direzione dell'ex Presidente della Corte Costituzionale Branca, dal quale desidero leggere in italiano qualche riga: "La mancanza di ogni attuazione sistematica e generale dell'articolo 6, indubbiamente contraddice l'indicazione che emerge dai lavori preparatori secondo la quale la valorizzazione delle particolarità delle minoranze linguistiche costituisce una finalità, che lo Stato fa propria come obiettivo di politica culturale, indipendente dagli impegni specifici assunti verso Stati stranieri e verso singoli gruppi e che corrisponde all'interpretazione dell'articolo 6 che appare adottato dallo stesso costituente, quando ha dettato disposizioni transitorie (decima), con cui nello stabilire la provvisoria applicabilità alla Regione Friuli-Venezia-Giulia della disciplina delle Regioni a statuto ordinario, si è preoccupata a far salva la tutela delle minoranze linguistiche

in conformità con l'articolo 6". Ed inoltre quale uno dei più rari esempi, in cui la tutela delle minoranze in Italia è stata attuata per tutte le minoranze, indipendentemente da norme speciali e da statuti speciali egli indica quanto segue: "Con la legge delega per la riforma del codice di procedura penale è stato disposto che sia in esso stabilito con norme generali l'obbligo di interrogare agli appartenenti alle minoranze linguistiche nella loro lingua materna e di redigere verbali in tale lingua indipendentemente dall'eventuale applicazione di regole più specifiche riguardanti singole minoranze". Questa norma vale pure per gli appartenenti al gruppo linguistico tedesco nel Trentino. Del resto l'articolo 2 del precedente e dell'attuale statuto di autonomia, secondo cui le caratteristiche etniche e culturali devono essere serbate e garantite, vale per tutta la Regione. Si legge infatti che nella Regione è riconosciuta parità di diritti ai cittadini nonchè il carattere ufficiale della lingua tedesca accanto a quella italiana per tutto il territorio della Regione e non soltanto per quello della Provincia. L'articolo 4, e riferito alle Province limitatamente alle competenze legislative primarie anche l'articolo 8 prevede che in relazione agli interessi nazionali, tra i quali è compreso quello della

tutela delle minoranze linguistiche. Pizzorusso afferma: Questa clausola non avrebbe alcun senso - e tale affermazione contrasta con certe sentenze finora pronunciate dalla Corte Costituzionale - se le Province non avessero pure la competenza di emanare norme per la tutela delle minoranze. Pizzorusso afferma altresì: "Prive della tutela sono rimaste finora nonostante le disposizioni di principio intordotte in alcuni statuti di Regioni a statuto ordinario anche le altre minoranze linguistiche che vivono fuori del territorio della Regione a statuto speciale e di quelle di lingua tedesca che vivono nella zona del Monte Rosa ed in alcuni Comuni del Trentino, del Veneto e del Friuli". Brevemente ancora quest'ultima citazione: "Contro l'opinione secondo cui tali minoranze avrebbero la rilevanza esclusivamente di fatto e non anche giuridica sembra infatti agevole di affermare che rilievo giuridico indubbiamente ha la circostanza che una certa lingua sia o non sia insegnata nelle scuole pubbliche" ed ecco la competenza della Provincia, "... il che salvo vedere la misura e i modi sembra essere il minimo contenuto che possa essere assegnato ad una disciplina attuativa dell'articolo 6 della Costituzione inteso come criterio fondamentale di politica culturale".

A pag. 11 il Presidente Kessler annuncia che trovasi in fase di elaborazione una legge concernente principi generali sul nuovo sta

tuto giuridico dei dipendenti degli enti mutualistici, con cui, così il Presidente prosegue, si tiene anche conto della intervenuta legislazione statale in favore dei dipendenti da enti parastatali. A tal proposito desidero osservare brevemente, che in base all'art. 12 bis e dell'art. 22 della legge del 1974, n. 386, sulla riforma sanitaria, si dovrebbe esaminare dettagliatamente se sotto il profilo costituzionale la Regione possa o meno ancora legiferare in questo settore ed in secondo luogo vorrei affermare con certezza, che l'accenno, di recepire principi di massima dalla legge n. 70, che ha disciplinato unitariamente gli enti parastatali, non è esatto, in quanto le Casse mutue autonome provinciali non hanno assolutamente nulla a che fare con gli enti parastatali. Trattasi invece di enti locali, che dipendono dalle Province o dalla Regione, che vengono espressamente esclusi dall'articolo 1 della menzionata legge n. 70. Del resto dovrebbe interessare a tutti che proprio alle Regioni a statuto ordinario è stata attribuita una competenza sull'ordinamento degli enti, dipendenti dalle Regioni, e l'articolo 35 della legge 20 marzo 1975, n. 70 recita: "Fermi restando i poteri di costituzione, soppressione e fusione degli enti, pubblici operanti nelle materie attribuite alla loro competenza", per cui disponiamo di un'interpre-

tazione del Parlamento, che spiega che cosa si intende per ordinamento e costituzione degli enti, che operano in settori compresi nelle competenze autonome.

Non so che cosa intenda il Presidente Kessler, quando parla di una iniziativa di una legge-voto per l'istituzione di un servizio nazionale per la lotta contro gli incendi boschivi. Potrebbe trattarsi di un malinteso, e pertanto vorrei sperare che non si voglia dare una mano a manovre di centralizzazione, dato che come Regione autonoma siamo riusciti a gran fatica a sottrarci in certo qual modo, con norme di attuazione nel settore lavori pubblici, alla protezione civile dello Stato, potendo infatti i relativi organi centrali intervenire soltanto previo accordo con le Province. Tutto questo è in realtà una delle molte manovre del Ministero dell'Agricoltura e di altri Ministri per far rientrare dalla finestra quanto hanno dovuto cedere.

KESSLER (D.C.):... per tenere aerei solo per la nostra zona, per il nostro territorio che è modesto e costa moltissimo!

BENEDIKTER (S.V.P.): Non si tratta di questo! Nella legge n. 382 concernente l'ampliamento delle competenze delle Regioni a statuto ordinario di legge testualmente: "Le Regioni per attività e servizi, che interessano territori finitimi" - per conto mio con tutta l'Italia settentrionale - "possono addivenire ad intese e costi-

tuire uffici o gestioni comuni anche in forma consortile". A mio avviso il problema sarebbe brillantemente risolto, senza restituire a Roma una competenza, vale a dire una funzione.

KESSLER (D.C.): Nessuno vuole dare competenze a Roma, quest'è chiaro!

BEFEDIKTER (S.V.P.): Desidero sfiorare brevemente l'argomento circa la revisione delle norme di attuazione sulle finanze, richieste e sollecitate dal Presidente Kessler, per quanto concerne la Regione come tale. A suo tempo nella legge costituzionale erano state previste le quote variabili, cioè trattative annuali tra le due Province ed il Ministero del Tesoro per una perequazione finanziaria, mentre alla Regione sono state riservate soltanto quote fisse, che, come è stato esposto in modo convincente, non sono più sufficienti. Si indica inoltre la futura e necessaria riforma, che dovrà essere attuata entro il 1° gennaio 1978, vale a dire il coordinamento tra finanze dello Stato e della Regione; si accenna inoltre ad una riforma dell'articolo 69, in cui si parla di quote fisse da accordare fra Regione e Stato. Non intendo entrare dettagliatamente nel merito, ma soltanto fare presente, come sarebbe pericoloso, se oltre alle trattative per una perequazione finanziaria, vale a dire

per la quota variabile, prevista per le Province, introducessimo una terza quota variabile per la Regione. Sono dell'opinione che l'amministrazione regionale dovrebbe rafforzare in altro modo le proprie finanze, evitando naturalmente una quinquennale modifica di un articolo dello statuto di autonomia, senza peraltro costringere lo Stato a trattare con tre enti, la qual cosa indebolirebbe, a mio avviso, la buona posizione di trattativa raggiunta dalle due Province ancor prima dell'entrata in vigore delle norme di attuazione. Quest'è evidente e credo di non dover spiegare ulteriormente che tanto è nell'interesse delle due Province.

La Regione si è impegnata ad organizzare una conferenza sulle autonomie regionali, sullo sviluppo delle autonomie locali. E' già stato abbozzato un programma e non essendo noi soli una parte integrante di un ordinamento giuridico, che ci riguarda ancora, sarei dell'opinione che sarebbe opportuno rinviare tale conferenza all'autunno, in quanto in primavera o comunque fino all'estate entreranno in vigore i cosiddetti decreti delegati, con i quali fra l'altro come loro sanno, è prevista la anticipazione delle misure a sensi dell'articolo 118 della Costituzione alle Province, ai comuni ed alle comunità montane, nonché l'attribuzione a questi enti locali, della cui autonomia trattasi, di altre funzioni di interesse locale, cioè funzioni statali, atte a garantire l'organico esercizio delle loro fun-

zioni e come si legge testualmente mediante una rispondente regolamentazione finanziaria, vale a dire per mezzo di assegnazione di maggiori mezzi finanziari da parte dello Stato. Se questo comma della legge n. 382 venisse effettivamente attuato unitamente alle altre norme ciò significherebbe un riordinamento delle funzioni, delle competenze, dei compiti dei comuni, delle Province e delle comunità montane con nuovi canali di finanziamento. Sappiamo inoltre che si stanno riassetando le finanze locali. Sono pertanto dell'avviso che sarebbe opportuno attendere questo riordinamento, altrimenti dovremo fare trascorrere pure il 1977. Il Ministro per le Regioni, Morlino, si è ora impegnato unitamente al Ministro degli interni di presentare, come si sente dire, il relativo progetto, per permettere alle Regioni di prenderne visione, sentendosi anch'esse in certo qual modo responsabili delle finanze locali. Sarebbe bene attendere questo progetto di legge per poter meglio discutere i problemi con maggior conoscenza di quanto sta maturando o dei provvedimenti entrati nel frattempo forse in vigore, dato che in questa conferenza non sarà discusso soltanto il riordinamento dei comuni, ma anche il riordinamento delle finanze comunali, che rientrano nella competenza delle Province.

Sono giunto così alla fine del

mio intervento; probabilmente, prima della chiusura del dibattito sul bilancio, interverranno ancora altri componenti il mio gruppo consiliare per prendere ulteriormente posizione.)

PRESIDENTE: La parola al cons. Crespi.

CRESPI (P.L.I.): Signor Presidente, onorevoli colleghi, sulla parte tecnica del bilancio di previsione per il 1976, i liberali non hanno osservazioni da muovere. Alcune le hanno invece sulla parte per così dire descrittiva della relazione dell'onorevole Presidente della Giunta; altre, di maggior peso, sulle conclusioni politiche della stessa relazione.

Il signor Presidente della Giunta, nel dare conto del programma legislativo, cita, come significative, alcune leggi testè approvate dal Consiglio tra cui quella che introduce l'assegno vitalizio a favore dei sindaci. I liberali hanno già espresso in questa sede la loro viva e assoluta contrarietà a questa legge che considerano squalificante e non possono dunque neppure oggi considerarla, come propone la relazione, una iniziativa significativa, almeno in senso positivo. E neppure sono d'accordo sulla legge regionale che detta la nuova disciplina sulle tasse delle concessioni rilasciate dalla Regione, dalle due Province autonome, come si evince dalla

discussione e dal voto già dato in quest'aula. Per quanto attiene al futuro programma legislativo, i liberali sono contrari al preannunciato disegno di legge che disciplina l'imposta di soggiorno, imposta che considera, o un balzello non più in linea con i tempi, che pertanto dovrebbe essere abolito piuttosto che potenziato.

Sui quattro interventi legislativi che la relazione del signor Presidente della Giunta indica come di più rilevante peso politico, vorrei soltanto dire che il provvedimento che disciplina le cause di incompatibilità a consigliere regionale sembra ai liberali più una dichiarazione di buona volontà che un preciso impegno. L'esperienza delle passate legislature e l'insabbiamento dei vari disegni di legge in proposito, ci autorizzano, se non al sospetto, almeno al dubbio. Giudicheremo comunque questa legge quando l'avremo davanti agli occhi, e semmai l'avremo. Ma già fin d'ora non possiamo nascondere la nostra sorpresa che si parli soltanto di incompatibilità e non anche di inelegibilità.

Per la rimanente parte del programma legislativo per il 1976, i liberali si dichiarano fondamentalmente d'accordo, con particolare soddisfazione per quei provvedimenti che concernono sia il completamento della caserma dei vigili del fuoco di Bolzano che l'allestimento del-

la nuova sede dei vigili di Trento e il raddoppio dei fondi di dotazione all'istituto di Medio-credito e dell'annessa sezione di credito agrario.

Per quanto attiene all'attività i liberali prendono nota con soddisfazione che l'annosa vertenza relativa al dispositivo dell'art. 10 dello Statuto del 1948, si avvia a soluzione e che esiste una comune volontà delle parti per l'ampliamento e l'adeguamento ai tempi dell'Accordo preferenziale Trentino-Alto Adige e Tirolo Voralberg.

Sul piano politico, ancora una volta al di là della reticenza quasi pudica del linguaggio, risulta evidente la scelta di fondo del signor Presidente della Giunta. Egli, infatti, continua ad ammiccare a sinistra, anche se la sinistra non pare recepire gli ammiccamenti. E nessuno contesta le personali simpatie del signor Presidente della Giunta, nelle quali probabilmente trasferisce personali esperienze degne di ogni rispetto, però, a nostro avviso, a nostro modesto avviso, egli sbaglia. E sbaglia nella sua duplice qualità di Presidente della Giunta e di leader della Democrazia Cristiana o di uno dei leader della Democrazia Cristiana. Come Presidente di una Giunta di coalizione egli dovrebbe infatti, sempre a nostro avviso, avere più rispetto delle posizioni particolari degli altri partners di cui, almeno uno, non sembra oggi allineato sulla posizione del Presidente.

(INTERRUZIONE)

CRESPI (P.L.I.): E come leader della D.C. il discorso è più complesso, ma, a mio avviso, merita di essere fatto, sia pu re molto brevemente, nei termi ni che mi sono soliti.

Il signor Presidente della Giunta appartiene a quella cor rente che vorrebbe rifondare il suo partito su basi, si dice, ge nuinamente popolari e con un net to spostamento a sinistra dell' asse politico del partito. E ciò, onorevole Presidente, presuppone l'accettazione di due tesi ambedue da dimostrare. Primo, che la D.C. rappresenti assai più il proletariato operaio e contadino piuttosto che il ceto medio delle città e delle campagne, quel ceto medio che ormai è divenuto in Italia numericamente predominante; secondo, che tale tipo di proletariato sia necessariamente orientato a sinistra. Se noi ci guardiamo intorno dobbiamo ammettere che la D.C., come partito dei proletari, è del tut to inesistente. La D.C.; anche quella delle Acli, è un classico partito piccolo borghese, che occupa di pieno diritto quello spazio centrale dello schieramen to politico, per sua natura assai più conservatore che innovatore. D'altra parte il cosiddetto proletariato operaio e contadino o è chiaramente di tendenza marxista, là dove ancora è allo stato di sottoproletariato, o è ormai in una fase di trasformazione

borghese con un'accentuazione del carattere di conservazione, pro pria di questa categoria sociale. Il voto del 15 giugno, voto del quale continuiamo a parlare, del quale continuiamo a sentir parlare e che, a detta di alcuni, dovrebbe rappresentare la pietra miliare della conversione del Paese a si nistra, visto sotto questa sfaccet tatura può rappresentare invece la trasformazione piccolo borghese dei cosiddetti partiti di sinistra e soprattutto del Partito Comunista Italiano. Non tanto, dunque, gli elettori che si sono spostati su taluni partiti, quanto questi partiti che si sono spostati verso gli elettori. Giunti a questo punto, onorevole Presidente della Giunta, mi pare che i termini parla mentari di "sinistra, centro e destra", almeno sul piano morale se non su quello tattico che è un'altra cosa, perdono il loro signifi cato originario trasformandosi in pure etichettature di comodo, e il voto del 15 giugno risulti in sostanza un voto di protesta contro certi metodi di malgoverno e non già travaso dalla destra o del centro alla sinistra. In questo senso, mi si permetta, perde anche il suo si gnificato l'appello dei Vescovi, perchè le uniche forze chiaramente marxiste sono ormai soltanto quelle a sinistra dei comunisti, forze che hanno scarsa o nessuna incidenza sulla vita politica del paese.

A nostro avviso, dunque, i rifondatori della D.C., assai più che guardare a sinistra, dovrebbero guardare all'interno della loro

coscienza per eliminare quel tanto di marcio di cui sono anche loro per buona parte corresponsabili. E in quanto alle alleanze tattiche, al di là di quella che oggi non è altro che una moda, non si vede perchè debba essere preferibile allearsi ad una sinistra, progressista a parole, ma retriva nei fatti, piuttosto che ad una destra, che ha tagliato ogni legame con un passato di pura e reazionaria conservazione, per avviarsi sulla strada della giustizia e della libertà, pur nel rispetto della continuità e della tradizione. Quella continuità che, ad un altro rifondatore della D.C., pare non faccia molto piacere, almeno per il suo partito.

Comunque stiano le cose però è certo che, se il signor Presidente della Giunta opera scelte, queste valgono per lui come per noi, è evidente. E' dunque, il vicendevole rifiuto che evidentemente ha le sue conseguenze su tutti gli atti politici che ci concernono. Da un punto di vista personale, a me come liberale non spiace di rimanere all'opposizione. Sul piano mondiale come sul piano europeo il liberalismo è un grande movimento, sul piano mondiale certamente è assai più grande della Democrazia Cristiana e movimenti attivi, e io sento profondamente questa grandezza delle nostre origini e nella nostra appartenenza. Una grandez

za che impone a me e ai miei amici del Trentino-Alto Adige di meditare con cura ogni possibile compromesso che pare molto lontano da noi, almeno sul piano della correttezza politica e del buon governo. Così, in definitiva, io sono personalmente grato al signor Presidente della Giunta per la sua scelta, che mi evita di dovermi porre degli angosciosi interrogativi. Io continuerò dunque, per quel che mi riguarda, a combattere contro la sua parte politica in piena lealtà di intenti, con la speranza che un giorno, non so quanto lontano, onorevole Presidente, tutti gli uomini di buona volontà, amanti della libertà e della democrazia possano ritrovarsi non dico sotto una sola bandiera, ma almeno sotto il segno di un unico ideale, del reggere di comune accordo il non lieve peso del governo del nostro Paese.

PRESIDENTE: La parola al cons. Mayr.

MAYR (S.V.P.): Herr Präsident! Meine Herren Kollegen! Ich möchte zunächst dem Kollegen Pruner danken, daß er mir seinen Platz abgetreten hat, nachdem ich am Nachmittag wegen einer dienstlichen Verpflichtung für die Landesverwaltung zeitweise nicht anwesend sein kann und doch zu einigen Anliegen, die dieser Regionalhaushalt 1976 aufwirft, Stellung nehmen möchte. Ich habe bereits im Finanzausschuß einige Fragen angezogen, für welche der Herr Präsident Erklärungen abgegeben hat, aber nach aufmerksamer Lektüre und Studie dieses Vorlageberichtes sehe ich mich veranlaßt, zu wenigen, allerdings die Landesverwaltung Südtirol doch interessierenden Fragen Stellung zu nehmen, weil ich teilweise mit hier angekündigten Regelungen eine Abklärung zwischen Region und beiden Provinzen wünsche und weil die angekündigte vermutliche Regelung meines Erachtens von uns nicht akzeptiert bzw. angenommen werden kann.

Ich beziehe mich sogleich auf die im Tätigkeitsbericht des Herrn Präsidenten der Regionalregierung erwähnte Abfindung mit den Großwasserkraftkonzessionären, davon in erster Linie mit dem ENEL, im Sinne des Artikels 10 des alten Autonomiestatutes und möchte zunächst einmal dem Herrn Präsidenten anerkennen, daß er diese Materie überhaupt bis hier her abschlußfähig geregelt hat. Wir wissen - wie es auch im Bericht erwähnt ist -, daß der Verwaltungsrat des ENEL bereits dem Verhandlungsergebnis eine positive Zustimmung gegeben hat und daß zur Zeit nur noch der Aufsichtsrat der Nationalen Energiekör-

perschaft aussteht, ein Gutachten abzugeben, welches aber in Kürze vorliegen wird. Ich möchte Ihnen, Herr Präsident, das anerkennen, daß Sie die Verhandlungen doch in diesem letzten Jahr vorwärts und auch zu einem Abschluß gebracht haben. Die weitere Durchführung dürfte wohl eine formelle Angelegenheit sein, soweit es sich um die Abgeltung dieser Mittel an die Region als Gläubiger handelt. Wenn ich diese Anerkennung ausspreche, so nicht etwa, um sie zu kompensieren mit etwas, mit einer Folgerung, die ich jetzt aufzähle, mit der ich nicht einverstanden sein kann, sondern nur, damit auch anläßlich dieses Regionalhaushaltes das Ersuchen ausgesprochen wird, wie es auch vom Präsidenten in seinem Bericht erwähnt ist: Der Regionalrat - so sagt er - müsse nun zu gegebener Zeit eine Entscheidung über die Verwendung dieser Mittel treffen, ein Regionalgesetz für die Vereinigung und dann für die Zurverfügungstellung der entsprechenden Finanzierungsmittel an die beiden Provinzen, verabschieden.

Auf Seite 19 im deutschen Text verweist der Präsident: "Ein weiteres Gesetz muß die Fertigstellung des Unterkunftsgebäudes der Feuerwehr von Bozen und die Ausstattung des neuen Gebäudes der Berufsfeuerwehr von Trient vorsehen. Für diese Investitionen wurde ein Programm erstellt, das die Bereitstellung von rund 4 Milliarden Lire verlangt. Zur Deckung der Kosten der vorerwähnten Investitionsprogramme gedenkt der Regionalausschuß einen Teil der Einkünfte zu verwenden, die der

Region dadurch zufließen, daß die Verpflichtungen des ENEL und der stromproduzierenden Gesellschaften in Geld umgewandelt werden. Es ist zu beachten, daß der Artikel 10 ausdrücklich gestattet, diese Einkünfte auch - ich unterstreiche dieses auch - "für die Finanzierung von öffentlichen Diensten zu verwenden". Im Zusammenhang mit dieser Auszahlung könnte man ableiten oder schlußfolgern, daß von dieser Abfindung 7,148 Milliarden 4 Milliarden etwa für diese Initiative Feuerwehrunterbringung verwendet werden sollen. Ich vermerke sofort, daß wir selbstverständlich dafür sind für die Unterbringung der Feuerwehr und das braucht nicht besonders erwähnt zu werden, weil die Initiativen bereits im Gange sind bzw. weil auch die frühere Regionalverwaltung sich diesbezüglich ausgesprochen hat.

Auf Seite 26, immer im deutschen Text, entnehmen wir, daß die Gesamtsumme einschließlich Zinsen und Zinseszinsen auf 7 Milliarden 148 Millionen Lire zu stehen kommt. Und dann liest man: "Es wird Aufgabe des Regionalrates sein, sich endgültig über die Verwendung des mit dem ENEL vereinbarten Betrages zu äußern. Anschließend an den Abschluß der Vereinbarung mit dem ENEL hat der Regionalausschuß die Absicht, in die Endphase der Verhandlungen mit den anderen stromerzeugenden Gesellschaften einzutreten und sie aufzufordern, sich gleich zu verhalten wie das ENEL". Nun glaube ich, nachdem auch der Herr Präsident im ersten Absatz erwähnt, daß Vorauszahlungen durch das ENEL geleistet worden sind von 876 Millionen Lire, daß wir da-

zu Stellung nehmen müssen. Ich nehme hier Stellung auch aus dem Grunde, weil der Südtiroler Landtag erst kürzlich in einem selten einstimmig gefaßten Beschlußantrag sich diesbezüglich einigermaßen klar ausgedrückt hat. Im Zuge dieser Verhandlungen für die Abfindung mit dem ENEL hat der Präsident der Regionalregierung beide Provinzen konsultiert. Er hat das Einverständnis der Provinzen für den Betrag der Abfindung nach vorheriger technischer Überprüfungen und Verhandlungen usw. eingeholt. Auch die Landesverwaltung Südtirol hat dieses Gutachten abgegeben und sich damit einverstanden erklärt, allerdings unter einigen Bedingungen, wovon eine jene ist, daß zum Ende des Jahres 1974 die Zinsen und Zinseszinsen einbezogen sind in diesem Betrag und daß für die Zeit bis zur endgültigen Auszahlung noch die Zinsen dazukommen müssen und daß auch die Abzüge berücksichtigt werden. Der Herr Präsident erwähnt dies auch in seinem Bericht, aber ich muß hauptsächlich aus zwei Gründen meine Überraschung zum Ausdruck bringen, denn es war mir wenigstens nicht bekannt, daß hier bestimmte Programme auf regionaler Ebene zur Durchführung gelangen sollen mit diesen Mitteln, für welche die Provinzen Bozen und Trient als Rechtsnachfolger doch einen Anspruch haben. Ich verweise zunächst einmal auf ein letztthin zugestelltes Schreiben vom 3. Dezember 1975 des Herrn Präsidenten, wo mir zum ersten Mal davon die Mitteilung gemacht worden ist, daß die Region - wie es hier heißt - "per le esigenze proprie della Regione", diese Mit-

tel verwenden will. Diesbezüglich habe ich an den Herrn Präsidenten nur das Ersuchen zu stellen, daß diese von ihm im Bericht angekündigte Konsultierung des Regionalrates zuerst mit den beiden Landesverwaltungen Bozen und Trient erfolgen möge, damit eine einheitliche Richtlinie für die Verwendung dieser Mittel zustande kommt. Zum Zweiten muß ich hier eine Milchmädchenrechnung präsentieren, mit der wir nicht einverstanden sein können, und zwar wird erklärt: Die Vorauszahlungen ENEL werden in Abzug gebracht. Damit selbstverständlich einverstanden im Grundsatz; wir können nicht einverstanden sein, daß diese Vorauszahlungen etwa im bekannten Fifty-Fifty-System zwischen Bozen und Trient in Abzug gebracht werden. Ich habe dies auch im Finanzausschuß erwähnt und sehe mich veranlaßt, nachdem diese Vorauszahlungen 876 Millionen Lire ausmachen und davon nachweislich, wie mir von seiten des ENEL bestätigt wird, nur 2 Millionen 120 Tausend Lire an eine Firma in der Provinz Bozen gegangen sind, die übrigen Vorauszahlungen sind an die Società Elettrica Trentina 1968, dann wieder 1968, noch einmal 1968, 1969 usw. entrichtet worden. Ich greife hier nicht die verwaltungsmäßige Fragwürdigkeit dieser Transaktionen auf, worüber ich meine persönlichen Bedenken haben muß, weil ich nicht annehmen kann, daß einfach vom ENEL an private Betriebe die Gelder angewiesen werden können, für welche die Region als Gläubiger laut Artikel 10 des alten Autonomiestatutes die Verhandlungen für beide Provinzen zu führen hat. Wir

wissen ja, daß diese Abfindungen den Zeitraum 1. Jänner 1961 bis zum 20. Jänner 1972 betreffen. Demzufolge muß ich hier protokollarisch deponieren, daß wir auf die Aufteilung bei dem Abzug der Vorauszahlungen bestehen müssen, und zwar zugunsten der Provinz Bozen auf die Differenz jener Leistungen, die für die Provinz Trient im Ausmaße von 874 Millionen Lire geleistet worden sind. Das soll hier, noch bevor eine solche Absprache mit beiden Provinzen erfolgt, deponiert sein. Ich sage auch warum. Wir können dies, ich möchte sagen, überparteilich als Südtiroler Landtag, nicht etwa nur als Landesregierung, hier deponieren, weil der Landtag am 25. November d.J. einstimmig einen Beschlusantrag genehmigt hat, in welchem erklärt wird: "Ein angemessener Anteil dieser Mittel, die aus der Abgeltung des Artikels 10 in den Haushalt einfließen werden, ist für die Elektrifizierung zu verwenden". Wenn nun plötzlich andere Initiativen anstehen, so weiß ich nicht, was der Südtiroler Landtag mit diesem Beschlusantrag anfangen soll. Ich möchte auch begründen, warum dieser Beschlusantrag so wichtig ist. Ich glaube, die Abgeltung der Großwasserkraftkonzessionäre für Gebiete, wo Energie erzeugt wird, die ist nicht nur in Italien, sondern die ist ganz allgemein in der Welt, wo Energie erzeugt wird, anerkannt und hat hier nur eine verspätete Verwirklichung, eine verspätete Auszahlung erfahren. Deswegen, nachdem diese Gelder ja so zu verstehen sind, daß sie als Entgelt jenen wirtschaftlichen Gebieten, die durch die Wasserfassungen verarmen, verkarsten

und ganz allgemein wirtschaftlich zurückbleiben, eine Kompensation darstellen, die einmal Mittel für die Anrainergemeinden sind, hier ist extra der Artikel 10 im Autonomiestatut gewesen, so glaube ich, ist es billig und recht, daß diese Mittel, die aus der Abgeltung der Großwasserkraftkonzessionäre entrichtet werden müssen, wiederum in jenen Bereich, Grund Boden zurückfließen, wo die Energie erzeugt worden ist. Ich glaube, daß wir hier folgerichtig handeln und der gesamte Südtiroler Landtag den Beschlußantrag genehmigt hat, um auf diesem Sektor, der in Südtirol sehr große Mängel noch aufweist, endlich rascher zur Durchführung zu gelangen. Ich erinnere den Regionalrat, der hier, wie es heißt, eine Entscheidung machen soll, daran, daß wir in Südtirol zur Zeit etwa 1.230 Höfe, 7.500 Personen noch ohne Energie haben, daß wir beispielsweise im Vinschgau allein, wo sehr viel Energie erzeugt wird, 175 Höfe haben und daß wir pro Hof bisher 6 Millionen, aber in Zukunft sicherlich 8 Millionen Lire investieren müssen, um sie mit Energie zu versorgen. Das bedeutet 6 - 8 Milliarden Lire und ich glaube, daß diese Mittel aus der Abgeltung des ENEL und auch aus anderen Abgeltungen herangezogen werden sollen, so wie es der Südtiroler Landtag gewünscht hat.

Der Herr Präsident der Regionalregierung hat, wie ich aus der Lektüre und aus der Presse entnommen habe, eine sehr bedeutungsvolle Intervention vor der UNCEM gemacht, im Zusammenhang mit dem nationalen Berggesetz. Ich glaube, Herr Präsident, daß

hier bei diesen Mitteln, ob wir sie diesem Zwecke oder einem anderen zur Verfügung stellen, die Stunde der Wahrheit gegenüber den Berggebieten kommen wird. Ich möchte aber, obwohl ich diese Probleme einfach aufwerfen mußte auch folgerichtig zum Beschlußantrag des Südtiroler Landtages, Sie in aller Form ersuchen, auch mit den übrigen Großwasserkraftkonzessionären Montedison und den Etschwerken und einigen privaten E-Werken die Verhandlungen aufzunehmen. Es ist sehr klug, wenn Sie mir erklären: Wir wollen zunächst das ENEL zur Abfindung bewegen, um dann mit dieser Prämisse die Verhandlungen gegenüber den anderen Wasserkraftkonzessionären zu vollziehen. Ich finde diese Taktik sehr klug, aber ich muß aufgrund der laufenden Inflation und des Verlustes dieser Beträge durch die Inflation nochmals ersuchen, daß wir unverzüglich nach dieser Abfindung mit dem ENEL die Verhandlungen auch mit den übrigen Wasserkraftkonzessionären einleiten und im Eilzugstempo zum Abschluß bringen.

Ein zweites Anliegen, das ich hier erwähnen möchte und teilweise auch schon im Finanzausschuß erwähnt habe, ist jenes des Sozialversicherungsabkommens. Wir wissen, daß der Artikel 6 des Autonomiestatutes der Region auf dem Sektor "previdenza" eine bestimmte allgemeine Funktion der Überwachung, der Durchführung von Sozialversicherungsgesetzen usw. vorsieht. Ich habe mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß Sie, Herr Präsident, sofort nach die Herr ganz allgemeinen Stellungnahme dem Herrn Außenminister

und auch dem Herrn Minister für Arbeit und Sozialfürsorge unser Anliegen vorgebracht haben, aber das selbstverständlich in einer ersten Stellungnahme wohl sehr allgemein. Nachdem dieses Problem für uns als Grenzregion wichtiger erscheint als man so landläufig etwa annimmt, möchte ich das auch kurz begründen: Im österreichischen Nationalrat hat man anlässlich der heurigen Haushaltsdebatte zutiefst bedauert, und zwar von allen Fraktionen, daß das Sozialversicherungsabkommen Italien - Österreich nun ad acta gelegt ist. Niemand weiß, warum, weshalb, wieso die Durchführung, also der Abschluß des Abkommens nicht zum Zuge kommen soll. Ich erinnere daran, daß die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Österreich, die gegenseitig ja weniger Probleme dieser Natur haben als etwa Italien mit den Gastarbeitern usw. als Österreich - Italien, sich aufgrund der innerstaatlichen Sozialgesetzgebung sofort angeschickt haben, um die Sozialabkommen einer Revision, einer Angleichung und einer Neufassung zu unterziehen. Wir haben es auch im heurigen Jahr erlebt, daß in Durchführung der innerstaatlichen Gesetze, die in bezug auf Familienlastenausgleich vorsehen, daß die im Heimatland lebenden Familienangehörigen nicht mehr mit den Familienbeihilfen versehen werden können, nur aufgrund eines äußersten Entgegenkommens, muß ich sagen, der österreichischen Bundesregierung für die Südtiroler eine Ausnahme gemacht worden ist - das sind 700 Familien -, aber ich glaube, daß man nicht nur mit Ausnahmebestimmungen hier Sozialleistungen zwi-

schenstaatlich gewähren soll, sondern daß man entsprechende Abkommen herbeiführt. Wir kennen ja alle das veralterte Abkommen aus dem Jahre 1954, das übrigens nur Dienstnehmer erfaßt und keinesfalls selbständig tätige Bauern, Handwerker, Kaufleute usw., die innerstaatlich ja erst 1954, 1956, 1959 der Versicherungspflicht unterzogen worden sind. Wir wissen auch, daß aus der Optionszeit noch etwa 7.000 Südtiroler hier bzw. österreichische Staatsbürger vormalige Südtiroler an einem solchen Abkommen Italien - Österreich interessiert sind, und zwar aus verschiedenen Gründen und Ansprüchen, die sie aufgrund von Dienstleistungen, aufgrund von Versicherungsleistungen usw. zu erheben haben. Der österreichische Sozialminister hat dieses Abkommen im Entwurf bereits nach einem durch alle Länderregierungen erfolgten Begutachtungsverfahren vorliegen und ich glaube, er wartet dauernd auf die Partnerseite, daß endlich dieses Abkommen zustande kommen soll. Ich würde hier aufgrund der mißlichen und skandalösen Zustände, die bei den Sozialversicherungsinstituten hierzulande herrschen, den Präsidenten der Regionalregierung ersuchen, daß er in dieser Frage ad hoc eine Kommission bildet, damit wir alle unsere Anliegen gegenüber der römischen Zentrale bei Abschluß dieses Abkommens vorbringen können. Es ist teilweise bereits in direkter Form beim österreichischen Sozialminister Häuser erfolgt, aber ich glaube, es sollte auch der Antrag über die italienische Vertretung zum Abkommen gestellt werden. Ausdrücklich ist im Wie-

ner Nationalrat in diesen Tagen festgehalten worden, daß die äu Berst schleppende Abwicklung von Pensionsanträgen hauptsächlich auch beim Institut in Bozen untragbar erscheint und in jeder Hinsicht einer Besserung zugeführt werden muß. Herr Kollege Pruner hat mit seinen Beschlusanträgen nicht nur recht, sondern ich glaube, daß wir im Zusammenhang mit jenen Beschlusanträgen die Diskussion erweitern sollten und auch dieses unser Anliegen einbauen müssen. Warum sind diese Abkommen sehr wichtig? Wir wissen, daß im Rahmen des Europarates eine neue Sozialcharta oder -konvention in Sicht steht; man wird den sogenannten Sozialversicherungspaß und einen Sozialversicherungsfonds auf internationaler Ebene im Rahmen der Staaten des Europarates einführen und dieser Fonds soll auch - und das ist für Südtirol bzw. für Italien sehr wichtig, nachdem die innerstaatlichen Institute vier bis fünf Jahre brauchen, um die Rentenleistungen usw. zu entrichten -, Vorauszahlungen im internationalen Verfahren, eine Art Schiedsverfahren gewährleisten, damit wir von unserem Raum nicht benachteiligt werden, sollte nicht nur der Antrag an diese zuständigen Stellen des Europarates herangetragen werden, daß die Sozialabkommen zwischenstaatlich dafür erste Voraussetzung sind, sondern ich glaube auch, daß bei Nichtabschluß dieser Abkommen unsere Bevölkerung, die in diesem Raum lebt und die sehr an zwischenstaatliche Sozialleistungen interessiert ist, benachteiligt werden könnte. Es ist überhaupt interessant, daß man Obst und

Wein in wenigen Stunden von Verona zur Münchner Markthalle bringen kann, daß aber Sozialversicherungsbeiträge aus der Bundesrepublik, aus Österreich nach Italien eher noch, aber umgekehrt vier bis fünf Jahre brauchen, das, glaube ich, ist ein schlechtes europäisches Zeugnis oder jedenfalls von europäischer Gesinnung, denn Europa kann man auch nicht ohne Menschen machen, die jedenfalls in dieser Hinsicht noch benachteiligt sind.

Ich werde daher zu jener Zeit, wo die Beschlusanträge des Kollegen Dr. Pruner behandelt werden, an ihn herantreten, um zu ersuchen, vielleicht sie so abzuändern, daß wir hier als Regionalrat im Sinne des Artikels 6 der Verfassung, unseres Autonomiestatutes eine Aussage in dieser Hinsicht tätigen.

Noch ein drittes Problem, das ich ansprechen möchte, ist die Brennerautobahn. Das Anliegen, das ich vorbringe, geht natürlich auch die Südtiroler Landesverwaltung an - das möchte ich als Prämisse vorwegnehmen schon deswegen, damit man mir nicht sagen sollte: Bringe dein Anliegen dort vor. Ich werde es dort aufgrund einer eingetretenen Tatsache vorbringen müssen. Aber ich wende mich auch an die Region als den stärkeren Partner der Brennerautobahn. Hier bestätigt mir der Herr Präsident aufgrund der Anfrage im Finanzausschuß, daß die Region mit 1,6 Milliarden beteiligt ist als Mitglied - das Land hingegen nur mit einem Fünftel - und demzufolge muß ich mich mit dem nun darzulegenden Anliegen auch an die Regionalverwaltung wenden. Wir wissen, daß die Auto-

bahngesellschaft kürzlich einen Kredit in Österreich beansprucht hat, um eine bestimmte Verbauung im Brennergebiet durchzuführen. Damit sind wir einverstanden. Wir wissen aber auch, daß die Südtiroler Landesverwaltung sich im Dienstleistungsverfahren angeboten hat, für alle drei interessierten Körperschaften ANAS, Brennerautobahn und Staatsbahn dieselbe Verbauung vorzunehmen vielleicht nicht mit dieser perfekten Sicherheit, das muß man objektiv zugeben, weil Galerien doch den größeren Schutz bieten. Nun aber gehen ANAS und Brennerautobahn gemeinsam und verbauen im Tunnel ihre Verkehrswege. Mit dieser Auflage haben sie auch in Österreich Geld als Darlehen bekommen. Wir wissen also nun, daß die Brennerautobahngesellschaft nicht den billigeren Weg, den die Landesverwaltung vorgeschlagen hat, geht, sondern den teureren Weg auch mit etwas größerer Sicherheit, aber nicht mit so viel größerer Sicherheit, daß eine Variante zu unserem Vorhaben gerechtfertigt erscheint. Schlußfolgerung: Die Brennerautobahn hat wieder Geld. Weil nun die Brennerautobahn wieder Geld erhalten hat, muß ich dieselbe Gesellschaft, bei welcher die Region Mitglied ist, wie ich vorhin erwähnt habe, daran erinnern, daß sie endlich - im Jahre 1975 nicht mehr, aber 1976 sollte es zustande kommen - jene Verbindungsstraße zwischen Neumarkt und dem westlichen Unterland bzw. Überetsch herstellt. Soviel mein Gedächtnis in der Lage ist, sich zu erinnern, hat Kollege Dr. Dalsass anno domini 1969 am 16. April bei der Haushaltsdebatte - man lese es in

den Protokollen nach - hier daran erinnert, daß die Autobahngesellschaft verpflichtet ist, diese Anschlußstraße zu errichten. Ich glaube auch, daß die Gesellschaft eine Konzession seitens des Staates hat, die ebenfalls die Auflage trägt, daß man nicht Gebiete einfach wirtschaftlich abschneiden kann. Das, glaube ich, entspricht nur dieser staatlichen Konzession. Seit dem Jahre 1972, wo eben eine andere Form der Grundablöse ist, die auch für die Autobahngesellschaft nicht gelten soll, redet man sich auf diese Nebensächlichkeit hinaus, indem man erklärt: Wir sind nicht bereit. Ich erinnere daran, daß am 17. Jänner 1967 ein Vertrag abgeschlossen worden ist mit der Brennerautobahngesellschaft, welcher dieser Gesellschaft die Auflage eindeutig erteilt, daß diese Zubringerstraße Neumarkt - westliches Unterland bzw. Überetsch auf Kosten der Brennerautobahn, die ansonsten ganz allgemein Zubringerstraßen nicht errichtet hat, zu errichten ist. Warum? Wir wissen alle - ich untersuche jetzt natürlich nicht mehr die Umstände -, warum die Ausfahrt in Neumarkt anstatt in Auer erfolgt ist und als Kompensation dieser Verlegung hat die Landesverwaltung mit der Brennerautobahngesellschaft den Vertrag am 17. Jänner 1967 abgeschlossen, bis heute nicht vollzogen und die Landesverwaltung wird, auf diesen Vertrag sich berufend, an die Brennerautobahngesellschaft jetzt, wo sie eben wieder Darlehen erhalten hat, herantreten, aber ich muß auch die Regionalverwaltung, die vier Fünftel stärker ist in der Mitgliedschaft bei der Gesell-

schaft, ersuchen, hier auch ihre guten Dienste bei der Brennerautobahngesellschaft geltend zu machen, damit endlich nach dem Vertrag 1967, nach Ablauf der vielen Jahre, nicht nur großartig geschrieben wird, welche Vorteile, welche Dienste die Autobahn in wirtschaftlicher Hinsicht leistet, womit wir alle einverstanden sind, sondern daß man endlich auch die vertraglichen Verpflichtungen einhält, denn ich muß hier ganz offen erklären: Es kann nicht hingenommen werden, daß ein Gebiet einfach vollkommen abgeschnitten wird, weil die Gesellschaft aus irgendwelchen internen Gründen sich dazu heute nicht mehr veranlaßt sieht, die vertraglichen Bedingungen zu erfüllen.

Ich wollte nur diese drei Fragen im Zusammenhang mit diesem Haushalt der Region 1976 ansprechen und hätte gerne auch noch das Problem des bevorzugten Abkommens Tirol - Südtirol, Trentino - Vorarlberg im Hinblick auf die Regelung zwischen EG und EFTA ab dem 1. Juli 1977 angesprochen, aber darüber, glaube ich, wird es gut sein, wenn die Regionalregierung sich mit den beiden Landesregierungen Trentino und Südtirol ins Einvernehmen setzt, besonders auch was den Sektor der Landwirtschaft, der nunmehr hauptsächlich im Export von einheimischen Produkten in diesem Abkommen zum Zuge kommen soll, um dann eine einheitliche Richtlinie gegenüber den Partnern herbeizuführen, nachdem dieses Abkommen meines Erachtens bei den Gesamtverhandlungen des Südtirol-Paketes zur Neuordnung der Autono-

mie etwas im Rückstand geblieben ist, aber jedenfalls nicht auslaufen soll, sondern seine Funktion, wie es in diesem Raum als Anhängsel zum Pariser Vertrag und praktisch als Bestätigung dafür, daß durch die Annexion Südtirols der ursprüngliche Wirtschaftsraum gestört worden ist, daß diese Kompensation und das Abkommen als solches gute Dienste geleistet hat, daß man immer miteinander gesprochen hat und deswegen, glaube ich, sollte man dieses Abkommen auch ab dem 1. Juli 1977 aufrechterhalten und für die Aufrechterhaltung sollte ein gemeinsames Konzept zwischen Regionalregierung, die ja für das Ordnungswesen in dieser Materie zuständig ist, und zwischen den Landesregierungen Bozen und Trient, welche den wirtschaftlichen Teil nunmehr verwalten, herbeiführen.

(Signor Presidente! Colleghe e colleghi! Vorrei innanzitutto ringraziare il collega Pruner, per avermi ceduto la sua iscrizione, dato che al pomeriggio non potrò essere continuamente presente in aula per impegni di lavoro, riguardanti l'amministrazione provinciale di Bolzano, ma ciononostante desidero prendere posizione in merito ad alcuni punti del bilancio regionale per l'esercizio finanziario 1976. Ho già sollevato in seno alla commissione finanze alcune questioni, in merito alle quali il signor Presidente si è espresso nella sua dichiarazione, ma dopo attenta lettura e studio della sua relazione, mi sento indotto

a prendere posizione in merito a pochi problemi, che interessano l'amministrazione provinciale di Bolzano, in quanto per l'annunciata regolamentazione desidererei un chiarimento essere, a mio avviso, da noi accettato.

Entro subito nel merito dell'accordo con i titolari di grandi derivazioni a scopo idroelettrico, di cui alla relazione del signor Presidente della Giunta regionale, accordo stipulato innanzitutto con l'ENEL a sensi dell'articolo 10 del vecchio statuto di autonomia e desidero dare atto al signor Presidente di aver finora ben disciplinato la materia, conducendo in porto le relative trattative. Siamo a conoscenza, e ciò risulta pure dalla relazione, che il consiglio di amministrazione ha dato il suo placet alle risultanze della trattativa e che si attende il parere del consiglio di vigilanza di predetto ente, il quale non dovrebbe farsene attendere. Desidero, signor Presidente, darle atto di essere riuscito a far progredire e concludere le trattative ancora entro il corrente anno. Le ulteriori adempimenti dovrebbero risolversi con un atto formale per quanto riguarda il versamento di questi mezzi finanziari alla Regione, che è il creditore. Non ho certamente esternato questo riconoscimento per compensare quanto non posso dividere, ma per sottolineare anche in occasione del dibattito

sul bilancio l'invito che il Presidente ci ha rivolto nella sua relazione. Il Consiglio regionale, così egli afferma, dovrà decidere a suo tempo come impiegare questi mezzi ed approvare una legge regionale per intritare e mettere a disposizione delle due Province i rispondenti fondi.

A pagina 19 del testo in lingua tedesca il Presidente indica quanto segue: "Un altro intervento dovrà provvedere al completamento della caserma dei vigili del fuoco di Bolzano, sia all'allestimento della nuova sede del corpo permanente dei vigili del fuoco di Trento. A tale scopo è stato predisposto un programma di massima di investimenti che richiede l'acquisizione di circa 4 miliardi. Per la copertura della spesa dei prescritti programmi di investimento, la Giunta conta di poter utilizzare parte dei proventi derivanti alla Regione dalla monetizzazione degli obblighi a carico dell'ENEL e delle società autoproduttrici di energia elettrica, considerando che l'articolo 10 consente esplicitamente di investire i proventi anche per il funzionamento di servizi pubblici" - sottolineo "per il funzionamento di servizi pubblici". In relazione a questo introito si potrebbe dedurre o concludere, che di tali 7 miliardi e 148 milioni di lire, 4 miliardi potrebbero essere impiegati per la caserma dei vigili del fuoco. Faccio subito presente che noi siamo senz'altro favore-

voli alla sistemazione di pre- detto corpo, per la qual cosa non va fatta una particolare menzione, in quanto vi sono già delle iniziative a tal pro- posito ed essendosi inoltre im- pugnata in tal senso pure la precedente Giunta regionale.

A pagina 26 del testo tede- sco si legge che l'importo com- plessivo, compresi gli interes- si composti, ammonterà a 7 mi- liardi e 148 milioni di lire. Si legge fra l'altro: "Spette- rà quindi al Consiglio regiona- le pronunciarsi definitivamen- te sulla utilizzazione dell'im- porto qualificato con l'ENEL. Su- bito dopo la conclusione dell' accordo con l'ENEL la Giunta re- gionale intende avviare la fase conclusiva della vertenza con le società autoproduttrici di e- nergia elettrica invitando cia- scuna di esse ad un comportamen- to analogo a quello dell'ENEL". Siccome lo stesso Presidente al primo capoverso afferma che l' ENEL ha già anticipato 876 mi- lioni di lire, ritengo doveroso da parte nostra prendere posizio- ne. Personalmente prendo effetti- vamente posizione, dato che il Consiglio provinciale di Bolzano ha espresso in certo qual modo chiaramente la propria opinione, per mezzo di una mozione appro- vata, come raramente accade, al- l'unanimità. Nel corso delle trattative per l'accordo con l' ENEL, il signor Presidente del- la Giunta regionale ha consulta- to le due Province. Egli ha vo-

luto il consenso delle amministra- zioni provinciali, per quanto con- cerne l'importo, che è in defini- tiva il risultato dell'esame teo- rico, delle trattative ecc. Anche la Provincia di Bolzano ha espres- so il proprio parere, dichiaran- dosi d'accordo, ponendo tuttavia alcune condizioni, fra le quali anche quella, che nella cifra con- cordata vengano inclusi pure gli interessi fino a tutto il 1974, ai quali vanno aggiunti pure quegli maturati e che matureranno fino al momento della liquidazione, con particolare riguardo alle relati- ve trattenute. Il signor Presiden- te ne ha accennato brevemente an- che nella sua relazione, ma devo esternare, per due motivi, la mia meraviglia, in quanto non ero a conoscenza che questi mezzi doves- sero servire per il finanziamento di determinati programmi regionali, sebbene le Province di Bolzano e Trento abbiano un diritto su detti fondi, essendo succedute nella com- petenza. Mi richiamo ad una recente lettera, inviata il 3 dicembre dal signor Presidente con la quale egli mi informa per la prima volta che la Giunta regionale intende impiegare suddetti mezzi "per le esigenze proprie della Regione". A tal proposito mi sono limitato* di pregare il signor Presidente di voler sentire le due amministrazi- ni provinciali prima di consultare, come annunciato, il Consiglio re- gionale, per concordare una linea unitaria per l'impiego di questi mezzi. In secondo luogo devo pre- sentare un semplice calcolo, sul quale non possiamo essere d'accor-

do. Si afferma che le anticipazioni ENEL vanno detratte, e su questo punto concordiamo in linea di massima, non siamo però dell'avviso che questa operazione venga fatta al 50% sul conto di ciascuna delle due Province. Questa obiezione è stata fatta da me pure in seno alla commissione finanze e pertanto mi sento in dovere fare presente di poter dimostrare che di detti 876 milioni di lire, come mi ha confermato l'ENEL, soltanto 2 milioni e 120 mila lire sono state versate ad una ditta della Provincia di Bolzano, mentre gli altri anticipi sono stati versati alla società trentina, che nel 1968 ottenne un certo importo in due rate e la rimanenza nel 1969 e negli anni seguenti. Non intendo discutere sulla legittimità amministrativa di queste transizioni, pur avendo a tal proposito i miei dubbi, ma non posso certamente ammettere che l'ENEL possa versare semplicemente a ditte private importi di denaro, per i quali la Regione deve condurre, come creditore, le trattative a sensi dell'articolo 10 del vecchio statuto di autonomia. Noi sappiamo che questi accordi riguardano il periodo 1° gennaio 1961 - 20 gennaio 1972. Per questo motivo devo far verbalizzare di insistere, affinché la detrazione venga fatta a favore della Provincia di Bolzano proporzionalmente a quelle prestazioni già fruite dalla Provincia di Trento nella misura di 874 milioni di lire. Desidero pertanto

che questo dato di fatto venga assunto a verbale ancor prima dell'incontro con le due Province e ne espongo pure il motivo. E' questa infatti una dichiarazione sovrapartitica, fatta a nome del Consiglio e non quindi soltanto a nome della Giunta provinciale di Bolzano, poichè il Consiglio provinciale ha approvato il 25 novembre c.a. all'unanimità una delibera, nella quale si dichiara, che una congrua parte di questi mezzi, che affluiranno nel bilancio in seguito all'accordo a sensi dell'articolo 10, va impiegata per l'elettrificazione. Se improvvisamente si annunciano altre iniziative, non so proprio che cosa potrebbe fare il Consiglio provinciale dell'Alto Adige di detta mozione. Mi si permetta inoltre di motivare l'importanza del predetto documento. Credo che i contributi dei titolari di grandi derivazioni a scopo idroelettrico non siano riconosciuti soltanto in Italia, ma in tutto il mondo dove si produce energia elettrica, per cui nel nostro caso specifico trattasi di una tarda regolamentazione. Siccome questo denaro va inteso come indennizzo e compensazione a favore delle zone, che impoveriscono e quindi soggette a carsismo, non riuscendo così tenere economicamente il passo con il rimanente territorio, a causa della presenza delle prese idriche, è giusto che detto beneficio vada a favore dei Comuni rivieraschi, per cui nel vecchio statuto previsto appositamen

te era l'articolo 10. Ritengo che questi mezzi derivanti dai contributi a carico dei titolari di grandi derivazioni idriche, vengano riinvestiti nelle zone, in cui si produce energia. Credo che in questo modo operiamo coerentemente, tanto più che il Consiglio provinciale dell'Alto Adige ha approvato la mozione all'unanimità, per regolamentare al più presto questo settore, tuttora piuttosto carente. Mi permetto di ricordare al Consiglio regionale che sarà chiamato, come si legge, a prendere una decisione in merito, e che attualmente in Provincia di Bolzano contiamo 1.230 masi cioè 7500 persone, ancora privi di energia elettrica. Ad esempio in Val Venosta, la zona di punta della produzione della energia elettrica, ben 175 masi attendono l'elettricità e se fino ad oggi avremmo dovuto investire 6 milioni per maso, ora dovremo prevedere 8 milioni di lire per ogni unità rurale, per fornire a questa gente l'energia in parola. Credo che i necessari mezzi vadano attinti dai versamenti dell'ENEL e delle altre società autoproduttrici, secondo il desiderio del Consiglio provinciale di Bolzano.

Il Presidente della Giunta regionale ha fatto, come ho appreso dalla stampa, un importante intervento presso l'UNCERM, in relazione alla legge nazionale sulla montagna. Ritengo, signor Presidente, che per questi mezzi, indipendentemente dallo scopo al quale vor-

remo assegnarli verrà l'ora della verità nei confronti delle zone montane. Essendo stato costretto a sollevare questo problema, anche per essere coerente con la mozione del Consiglio provinciale di Bolzano, la prego formalmente di voler iniziare le trattative pure con gli altri concessionari di grandi derivazioni, quali sono la Montedison e l'Azienda Elettrica Consorziata ed alcune altre società autoproduttrici. E' saggio da parte sua voler prima concludere con l'ENEL, per poter iniziare le trattative con gli altri titolari, che dovranno adeguarsi al predetto accordo. Ritengo questa una tattica molto saggia, ma considerando la corrente inflazione, nonché la conseguente perdita del potere d'acquisto della moneta, la prego di iniziare e concludere al più presto le trattative con gli altri concessionari, non appena sarà perfezionato l'accordo con l'ENEL.

Il mio secondo desiderio, che ho già in parte menzionato in seno alla commissione finanze, riguarda l'accordo per le assicurazioni sociali. Sappiamo che l'articolo 6 dello statuto di autonomia attribuisce alla Regione in materia previdenziale una certa funzione di vigilanza e di attuazione delle leggi concernenti l'assicurazione sociale ecc. Ho preso atto con soddisfazione che lei, signor Presidente, dopo questa generale presa di posizione, si è adoperato ad esporre il nostro desiderio al Ministro degli Esteri

ed al Ministro al Lavoro ed alla Previdenza sociale, se anche in termini ancor generali. Siccome questo problema come Regione di confine ci appare più importante di quanto comunemente si ritenga, desidero esporre brevemente i motivi. In occasione del dibattito sul bilancio di quest'anno tutti i gruppi politici del Consiglio Nazionale austriaco hanno deplorato il fatto che l'accordo sull'assicurazione sociale fra l'Italia e l'Austria sia stato messo agli atti e nessuno conosce il motivo, per il quale non si vuole giungere alla conclusione. Ricordo che la Repubblica Federale Tedesca e la Repubblica Federale Austriaca, che hanno reciprocamente meno problemi di questa natura rispetto all'Italia, di cui una parte di manodopera lavora all'estero, si sono subito adoperate per rivedere l'accordo previdenziale ed adeguarlo alla legislazione interna dei rispettivi Stati. Quest'anno infatti abbiamo constatato che con l'attuazione di leggi nazionali, concernenti gli asogni familiari, i congiunti di lavoratori all'estero, residenti nei Paesi d'origine non possono più godere di detti asogni e grazie alla massima comprensione, lo devo dire, del Governo austriaco è stata fatta una eccezione per i sudtirolesi, - trattasi di circa 700 famiglie -. Credo che le prestazioni sociali fra due Stati non vanno disciplinate con norme di

eccezione, ma bensì per mezzo di rispondenti accordi. Noi tutti conosciamo la convenzione ormai superata che risale all'anno 1954, la quale interessa soltanto i lavoratori dipendenti e non anche i coltivatori diretti, artigiani, commercianti ecc., vale a dire i lavoratori autonomi, per i quali l'assicurazione obbligatoria è stata istituita negli anni 1954, 1956 e 1959. Sappiamo inoltre che dai remoti tempi dell'opzione circa 7.000 sudtirolesi, che sono divenuti cittadini austriaci, sono interessati all'accordo Italia - Austria e cioè per diversi motivi ed esigenze per i loro periodi di servizio e le relative assicurazioni. Il Ministro austriaco per gli affari sociali dispone già di una bozza di convenzione, approvata da tutti i Governi regionali federati ed attende ora il partner di trattativa per concludere l'accordo. In considerazione della nostra carente e scandalosa situazione in materia previdenziale, prego il Presidente della Giunta regionale di voler insediare una commissione ad hoc, per poter esporre tutti i nostri desideri agli organi centrali di Roma, prima della conclusione dell'accordo previdenziale. In parte simile passo è stato fatto presso i Ministeri austriaci preposti ai servizi sociali, ma credo che tale richiesta, inerente alla convenzione, debba essere fatta anche alla rappresentanza italiana. In questi ultimi giorni il Consiglio Nazionale di Vienna ha dichiarato che la lentissima

evazione delle domande di pensione appare insostenibile soprattutto nella sede della Previdenza sociale di Bolzano, per cui tale servizio va in ogni caso migliorato. Il collega Pruner non ha soltanto ragione di presentare le sue mozioni, ma ritengo addirittura opportuno di estendere tale discussione anche ai nostri desideri. Per quale motivo dette convenzioni sono così importanti? Sappiamo che in seno al Consiglio d'Europa è stata prospettata la possibilità di elaborare una nuova Carta sociale, o meglio convenzione; si intende infatti istituire il cosiddetto passaporto previdenziale, creando un fondo internazionale nell'ambito degli Stati aderenti al Consiglio d'Europa. Questo fondo dovrebbe garantire, mediante una procedura internazionale, anticipazioni, nonché una specie di procedura arbitrale, per noi importante, al fine di non dover subire a tal proposito gravi svantaggi. Vi sarà pertanto la possibilità di ricorrere a questi organi competenti del Consiglio d'Europa, per cui le convenzioni sociali interstatali ne sono la necessaria premessa. Siccome in Alto Adige, o meglio in Italia, gli istituti previdenziali evadono pratiche di pensione dopo quattro, cinque anni dalla data della presentazione delle domande, credo che la mancanza di un'adeguata convenzione interstatale potrebbe significare uno svantaggio per

le popolazioni della nostra area, le quali sono molto interessate a tale atto internazionale. È interessante constatare come si sia in grado di trasportare in poche ore frutta e vino da Verona sul mercato di Monaco Baviera, mentre per trascrivere i contributi previdenziali dall'Austria all'Italia o piuttosto viceversa, ci si impiega quattro o cinque anni. Credo che simile dato di fatto non attesti un buon senso europeo, o comunque una mentalità europea, in quanto l'Europa non può essere costituita da persone, che trovansi ancora svataggiate in materia previdenziale.

Quando discuteremo le mozioni del collega Pruner gli proporrò di modificarle nel senso che il Consiglio regionale si dichiari a sensi dell'articolo 6 della Costituzione e del nostro statuto di autonomia.

Un terzo problema che desidero sollevare, riguarda l'autostrada del Brennero, che interessa naturalmente pure l'amministrazione provinciale dell'Alto Adige - lo anticipo subito onde evitare che mi si dica di rivolgermi a quella sede. Ivi esporrò senz'altro il problema in base ad un nuovo evento. Mi rivolgo comunque anche alla Regione, che è il partner maggiore dell'Autobrennero. Il signor Presidente mi ha confermato, in risposta ad una mia interpretazione, che la Regione è socio di predetta società con un capitale di 1.600.000.000.- di lire, mentre la Provincia di Bolzano di un quinto soltanto, per cui devo avan

zare la mia richiesta anche in sede regionale. Sappiamo che recentemente l'Autobrennero ha richiesto in Austria un credito per eseguire dei lavori nella zona del Brennero. Noi siamo pienamente d'accordo. Siamo però anche a conoscenza che l'amministrazione provinciale dell'Alto Adige ha offerto i propri servizi per eseguire, per conto dei tre enti interessati, e cioè dell'ANAS, dell'Autobrennero e delle Ferrovie dello Stato, gli stessi lavori, forse non con la perfetta sicurezza, lo dobbiamo ammettere obiettivamente, in quanto le gallerie offrono la migliore protezione. L'ANAS e la società della autostrada del Brennero intendono operare insieme e proteggere le loro arterie per mezzo di tunnel. Su questa base hanno ottenuto un mutuo in Austria. Ora sappiamo che l'Autobrennero ha scelto la via più costosa e non quella meno cara, indicata dalla Giunta provinciale, optando così per la maggior sicurezza, che non è però tale da giustificare il rigetto del nostro progetto. Di conseguenza l'Autobrennero è venuta nuovamente in possesso di mezzi finanziari per cui dev'essere ricordato a questa società, di cui la Regione è socio, come ho già detto, di voler finalmente, non certo entro il 1975, ma bensì entro il 1976, provvedere alla costruzione delle arterie stradali di collegamento tra Egna e la parte orientale della Bassa Atesina, ossia la zo-

na di Oltradige. Se la memoria non mi tradisce il collega Dalsass, in occasione della discussione sul bilancio e precisamente nella seduta del 16 aprile 1969 aveva ricordato - lo si controlla nei verbali - come l'Autobrennero sia tenuta a costruire questo raccordo stradale. Credo che la società sia in possesso di una concessione statale, che prevede come non sia possibile isolare economicamente intere zone. Credo che questo dato di fatto risponde alle nostre esigenze. Dal 1972, anno in cui è stata modificata la forma del riscatto dei terreni, che per l'Autobrennero non dovrebbero valere, si trovano numerose scuse, dichiarando di non essere ancora in grado di costruire predette strade di collegamento. Ricordo che il 17 gennaio 1967 è stato stipulato un contratto con la società dell'autostrada del Brennero, che prevede la costruzione di un raccordo fra Egna e la parte orientale della Bassa Atesina, ossia Oltradige, a spese dell'Autobrennero. Per qual motivo? Sappiamo tutti - non esaminiamo più naturalmente le circostanze - per quale motivo lo svincolo autostradale è stato costruito ad Egna, anziché ad Ora, e come compensazione di questo spostamento l'amministrazione provinciale ha stipulato con la società in parola il contratto del 17 gennaio 1967, al quale però non è stato fino ad oggi ottemperato, per cui la Provincia, richiamandosi a detto contratto, si rivolge-

rà ora all'Autobrennero, alla quale è stato concesso un mutuo, per invitarla a rispettare quanto convenuto. Mi rivolgo però anche alla Regione, quale socio maggiore in misura di quattro quinti di detta società, affinché questa presti i propri buoni servizi presso la società in parola per indurre la stessa, dopo molti anni a mantenere il proprio impegno di cui al contratto 1967, sebbene noi tutti riconosciamo i vantaggi ed i servizi che l'autostrada offre alla nostra economia. A tal proposito devo fare presente come non sia ammissibile di lasciare isolata una zona, poichè la società, per chissà quali motivi interni, ritiene di non dover più attenersi alle condizioni contrattuali.

Era mia intenzione sollevare in occasione della discussione sul bilancio della Regione per l'esercizio 1976 soltanto questi tre problemi. Avrei voluto ancora esprimermi in merito alla questione dell'accordo preferenziale Tirolo - Sudtirolo, Trento - Vorarlberg in relazione alla regolamentazione fra CE ed EFTA, che entrerà in vigore il 1° luglio 1977, ma ritengo più opportuno che la Regione raggiunga un accordo con le due Giunte provinciali di Bolzano e Trento, soprattutto per quanto riguarda il settore agricolo, di cui in predetto accordo si tiene conto soltanto dell'esportazione di prodotti locali, al fine di concordare una direttiva unitaria da sostenere di fronte ai

nostri partner. L'accordo in parola è stato a mio avviso trascurato in sede delle trattative globali per il cosiddetto pacchetto, cioè per il nuovo ordinamento dell'autonomia, ma non ha perso comunque la sua validità ed assolve ancora la sua funzione, come appendice all'accordo di Parigi e quale pratica conferma che l'annessione dell'Alto Adige ha arrecato disturbo all'area naturale economica. Si deve ammettere che questa compensazione e l'accordo hanno offerto buoni servizi e che è stato spesso oggetto di comuni discussioni. Per questo motivo l'accordino va mantenuto in vigore anche dopo il 1° luglio 1977, per cui è necessario giungere ad un programma comune fra la Giunta regionale, competente per l'ordinamento della materia, e le Giunte provinciali di Bolzano e Trento, che amministrano soltanto la parte economica.)

(Assume la presidenza il Vicepresidente Oberhauser).

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il cons. Gouthier.

GOUTHIER (P.C.I.): Da qualche anno il dibattito sul bilancio regionale è un'occasione non inutile per riflettere su alcuni problemi di fondo, perchè la nostra Regione, pur impoverita di competenze sostanziali, rimane pur sempre, per così dire, un termometro interessante ed importante

per valutare la situazione politica generale. Abbiamo fatto e continuiamo a fare forse talvolta un po' di retorica sulla Regione-ponte fra diverse culture, tra nord e sud e così via. Ma al di là di questa retorica, che è sempre fatta con buona volontà, rimane il Consiglio regionale, anche in questa occasione, un osservatorio importante ed interessante non solo di buone volontà e di intenzioni, ma anche di processi politici e reali. Noi abbiamo trovato la relazione del signor Presidente per quanto riguarda gli aspetti amministrativi abbastanza precisa e per quanto riguarda il resto un po' impacciata. E noi ne comprendiamo le ragioni perchè amministrare, essere alla presidenza di una Regione con scarse competenze è difficile, partendo da questa situazione di fatto e giuridica è difficile fare un discorso politico e impegnativo. Ma noi diamo atto, così come, se ben ricorda, abbiamo fatto lo scorso anno, alla Giunta di aver assunto un atteggiamento, nei confronti della Regione, un atteggiamento sostanzialmente corretto nel senso di essere stato e di essere un atteggiamento realistico, un atteggiamento che prende atto di una determinata realtà giuridica, istituzionale, politica, che non si sforza di piegare questa realtà pur fresca e giovane nel tempo a una visione rivolta a nostalgia del passato o all'indietro. E quindi è stato ed è, ci sembra,

questo atteggiamento della Giunta, per quanto riguarda il problema della Regione in sé come nuova istituzione, un atteggiamento corretto, un atteggiamento che, nella necessaria e inevitabile modestia dell'impegno amministrativo, ha saputo però anche assumere delle iniziative. E noi qui ricordiamo le due leggi sui dipendenti comunali e sui sindaci da cui abbiamo in diversa misura ed anche profondamente dissentito dall'impostazione della Giunta, ma che pur rappresentano, hanno rappresentato, nei limiti delle competenze della Regione, dei momenti di iniziativa che hanno avuto un'eco anche fuori dalla nostra regione e che hanno presentato questa nostra Regione, così nella modestia inevitabile del suo impegno, però con una dignità e con una capacità di iniziativa su punti di non secondaria importanza.

Noi, quindi, riteniamo che si possa e si debba andare avanti su questa via di sobrietà, di contenutezza necessaria e inevitabile, una via che esclude l'affanno e l'agitazione alla ricerca di spazi politicamente e istituzionalmente non più esistenti, che la consapevolezza di questa necessaria sobrietà possa unirsi ad un consenso, ad un impegno reale, come è stato dimostrato da alcuni dibattiti importanti che si sono tenuti in questo Consiglio regionale su momenti importanti di legislazione; riteniamo che si possa, che si debba continuare su questa via e che, da quanto anche

stamattina si è sentito, questa via di una sobrietà positiva è una via accettata dalle forze democratiche, pur nella disparità dei loro orientamenti, come una via utile e possibile da battere. Ma noi pensiamo che se questa è la prospettiva che si deve necessariamente seguire, questa prospettiva diventa perseguibile soltanto in un quadro politico positivo anch'esso. Perchè ove nel quadro politico generale, soprattutto in quello caratterizzate la nostra Regione, intervenissero elementi di squilibrio o di turbamento, questo ruolo, preferisco dire sobrio piuttosto che modesto, della Regione verrebbe messo in pericolo. Noi ci troviamo, e a questo proposito voglio fare alcune osservazioni che possono essere di utilità, ci troviamo di fronte ad una situazione che è andata avanti in modo positivo, e che, però, presenta tutt'ora degli elementi di tensione, degli elementi di nervosismo, degli elementi di instabilità di cui mi sembra anche il signor Presidente abbia fatto cenno nella sua introduzione. Per quanto nervosismo, questa instabilità incide anche in termini di una certa incertezza, incertezza di prospettive. La cosa può, in un certo senso, anche sorprendere se è vista dal di fuori perchè noi ci troviamo, se non alla chiusura giuridica e formale del "Pacchetto", ci troviamo pressochè nella fase fina

le della realizzazione degli ultimi punti qualificanti del "Pacchetto", perchè, anche se ci sono gravi ostacoli, ci si trova di fronte pur sempre agli ultimi momenti, all'ultima fase di realizzazione delle norme di attuazione, perchè tutto questo avanzare sul terreno di una migliore e più puntuale definizione giuridica e istituzionale si inquadra, tutto sommato, in un clima di distensione e di collaborazione positivo.

A noi sembra che il punto di partenza per una riflessione, che non sia facilonza o trionfalistica, ma realistica, anche criticamente realistica della nostra situazione, deve essere questo: che la situazione nella Regione, nella Provincia di Bolzano per quanto riguarda gli aspetti, la tematica etnica, che in misura così determinante incide sulle vicende politiche, sull'assetto istituzionale, sulla possibilità di sviluppo stesso della attività delle Province e della Regione, dicevo che alla base di questa nostra valutazione c'è un giudizio positivo nel fondo dei processi che sono venuti avanti in questi anni. E qui non affronto deliberatamente i problemi economico-sociali, la crisi perchè questa è di competenza delle Province. Un processo sostanzialmente e profondamente positivo, che ha presentato e che presenta anche dei momenti che sono delle battute d'arresto, anche dei passi indietro e che derivano da errori commessi dal Governo, commessi anche dai partiti dominan

ti nella nostra regione, errori che hanno pesato in un certo momento, qualche mese fa, sulla vicenda sudtirolese che rimane sempre, non dobbiamo mai illuderci, delicata.

Noi riteniamo che siano stati errori e che siano errori ogni indugio, ogni incertezza, ogni ritardo nel varo delle norme di attuazione, che siano stati errori applicare in modo sbagliato le questioni della proporzionale etnica in provincia di Bolzano e che siano stati errori, sia pure derivanti da neghittosità, da indolenza, quelli commessi dal Governo nel respingere alcune leggi della provincia di Bolzano e che quindi questi errori bisognava e bisogna superare e bisogna evitare che si ripetano, perchè questi errori pasano sul futuro dell'assetto istituzionale e sul futuro della validità dell'efficacia della nostra autonomia. Ma, diciamo, tutto questo è avvenuto ed avviene in uno sviluppo positivo della situazione nel suo complesso. Noi riteniamo che sia necessario non sottovalutare le dichiarazioni, che coincidono con questo nostro giudizio, che sono venute da parte austriaca e non solo dal copitano del Tirolo, ma dal Governo austriaco, da autorevoli esponenti del Governo austriaco e dallo stesso maggiore responsabile della S.V.P. Sottolineamo questo perchè ad un certo punto ci è sembrato e ci sembra che il rilevare, come

noi abbiamo fatto e come noi facciamo e l'ho fatto testè, anch'io, battute d'arresto, momenti negativi anche pesantemente negativi, potesse e possa essere visto da qualcuno come un capovolgimento di giudizio. No, noi diciamo che la spinta di fondo è stata ed è positiva anche se il Governo, anche se la Democrazia Cristiana, anche se la S.V.P. hanno commesso dei gravi errori e commettono dei gravi errori su questa via. E mi sembra che questa mattina l'intervento del capogruppo della S.V.P. sia, tutto sommato, un intervento sì condizionato da riserve, condizionato da critiche nei confronti della Democrazia Cristiana e soprattutto della Democrazia Cristiana trentina, critiche che in parte noi condividiamo e riteniamo fondate, ma che sia tutto sommato, un discorso che parte da un giudizio positivo del complesso e della situazione e che parte dalla esigenza di poter completare questo discorso e portarlo fino alle ultime conseguenze. Quando noi diciamo questo, sottolineiamo anche il fatto che del cammino bisogna ancora farne e che è necessario farlo attraverso uno sforzo unitario e concorde delle forze democratiche. Noi non ci nascondiamo la gravità del problema del bilinguismo, della proporzionale etnica, oltre alla gravità dei problemi sollevati dai colleghi della S.V.P. Ma ecco, qui intendo entrare sommariamente su un altro aspetto del problema. Noi viviamo questo tra-

vaglio e questo impegno sulla questione nazionale in un momento in cui la questione nazionale dilaga, per così dire, e esplose in paesi che ne sembravano immuni fino a poco tempo fa, in Inghilterra, in Francia, oltre che in Spagna, in Belgio e in Irlanda. E non a caso la questione nazionale esplose in termini anche violenti, non a caso c'è questa coincidenza fra tendenza alla spinta all'identificazione nazionale, alla rivendicazione anche improvvisa e radicale, come è avvenuto in Corsica sulla questione della propria identità nazionale, non a caso c'è questa coincidenza fra questa rivendicazione e la grave crisi, profonda, economica, sociale, giuridica, di stati di antica civiltà, stati che oggi vedono le strutture centralistiche e burocratizzare in crisi profonda.

Di modo che noi assistiamo a questa coincidenza fra domanda di riforme economico-sociali profonde e domanda di democrazia, che si identifica e si intreccia con la spinta, la riconquista di una propria identità nazionale. Ma quindi c'è un intreccio oggi in Europa, ma anche nella nostra Regione, fra questa questione nazionale, spinta al recupero di identità nazionale, e crisi generale che investe questi nostri paesi. Ed è indubbiamente da questo intreccio, per cui la questione nazionale non è più una questione a se stante

giuridica, etnica, ma si intreccia con i problemi generali della crisi economica e sociale, è da qui che viene fuori questo nervosismo, che si è manifestato e che continua a manifestarsi anche nella nostra Regione. C'è in sostanza la paura, il timore, - è venuto fuori nelle famose dichiarazioni rese quest'estate ma viene fuori da atti continui, anche da atteggiamenti della stampa locale di lingua tedesca -, la paura di una divaricazione, che a lungo potrebbe diventare insostenibile, tra strutture e ritmo di vita della parte settentrionale della nostra regione, del Sudtirolo, che gravita, ed è giusto che graviti, verso il mondo di lingua tedesca più in generale, e le linee di sviluppo, le tendenze di sviluppo generale del paese. E si tende da taluno in modo semplicistico - il signor Presidente mi sembra che ne accennasse nella sua relazione -, a identificare un nord fatto di ordine e di conservazione e di quieto vivere con un sud fatto di disordine e di spinte rivoluzionarie. Noi riteniamo che sia errato abbandonarsi a queste suggestioni, che sono semplificatorie. Noi riteniamo che nella valutazione della nostra situazione politica generale della Regione sia necessario, soprattutto con grande attenzione e anche con grande pazienza, rifuggire da semplificazioni, saper cogliere bene i processi di fondo, i dati caratterizzanti della situazione generale e locale. Noi quin

di dobbiamo, in primo luogo, ricordarci, nell'esaminare la nostra situazione generale, regionale, che ha agganci così profondi sul piano economico, culturale, sociale col mondo mitteleuropeo, con l'Austria, con la Germania, noi dobbiamo ribadire l'esigenza, la necessità che questi legami si sviluppino, si consolidino e al contempo renderci conto come oggi, pur attraverso un profondo travaglio e anche lacerazioni e battute d'arresto, il tratto di fondo e distintivo della vita europea e della vita di questa zona è sempre caratterizzato dalle spinte alla coesistenza pacifica, alla collaborazione e alla cooperazione. E non è un caso che proprio il Governo austriaco, sostenuto da forze che, peraltro, mantengono nei nostri confronti un atteggiamento di rigida discriminazione, riconosca come il ruolo dell'Austria, ruolo per la sua posizione di neutralità, possa e debba mantenersi soltanto in un quadro di distensione, di collaborazione pacifica tra i popoli e che quindi deve esserci un impegno prioritario e fondamentale dell'Austria per dare un contributo positivo in questa direzione. Viste alla luce di queste esigenze generali, le posizioni del Governo austriaco sulla questione altoatesina noi non possiamo giudicarle come posizioni costruttive e positive. E a chi troppo volentieri marca il fatto

che la crisi esplode sotto Salorno o tutt'al più, per essere generosi, sotto Ala mentre sopra crisi non c'è e non ci sarebbe, al di là dei dati oggettivi che dimostrano come la crisi c'è anche sopra Salorno, noi vogliamo ricordare come, pur nel travaglio di una crisi profonda che scuote il nostro paese e di fronte ai tentativi di spaccatura, di lacerazione che ricorrentemente, da parte di certe forze reazionarie, fasciste, retrive vengono avanti, la spinta che prevale è sempre la spinta unitaria, che punta alla difesa e allo sviluppo della democrazia, delle istituzioni democratiche, la spinta antifascista, la spinta che vuol lavorare coerentemente e conseguentemente per la costruzione di uno Stato realmente autonomistico e pluralista. Questa oggi, pur nel travaglio profondo, è la spinta che prevale nel nostro paese. Spinta che vuole, che cerca contatti positivi con l'Europa, nel quadro della distensione e della collaborazione.

Queste sono osservazioni di fondo che noi intendiamo fare e che penso possono offrire un contributo di riflessione per far superare momenti di incertezza e battute d'arresto che in quest'ultimo periodo, ricorrentemente tornano alla ribalta. C'è l'esigenza quindi nella nostra Regione che le forze politiche democratiche di tutti i gruppi etnici si rendano partecipi attivamente di questi processi positivi, che abbiamo la fiducia nel fatto che la democrazia nel nostro

paese può consolidarsi e può avanzare e che questo può portare degli enormi vantaggi per la vita democratica nella nostra regione, così come è caratterizzata, e degli enormi vantaggi per la soluzione della questione nazionale, e che quindi queste forze e queste stesse istituzioni nostre devono divenire protagoniste attive e responsabili di questa lotta e di questi processi unitari. Questa è la prima condizione. La seconda condizione, che, ripeto, mi sembra sia emersa abbastanza chiaramente da interventi che mi hanno preceduto, dei colleghi della S.V.P., è quella di una volontà di andare avanti per chiudere la vertenza senza forzature, perchè non devono esserci forzature in questo momento, senza strappi, in un clima di collaborazione e di cooperazione; anche i problemi più delicati, in una situazione così difficile, possono e debbono risolversi in questo quadro. E noi, quindi, pensiamo che la Regione debba anche, con queste conferenze, con questi convegni sulle autonomie locali, debba anche alimentare e nutrire queste iniziative, che sono iniziative importanti di questo spirito democratico, farle inserire in questo filone democratico ed unitario perchè in questo modo queste iniziative, anche in questo quadro di modestia, di sobrietà della Regione, possono qualificarla e darle un segno positivo. Il bilancio della Regione è mode-

sto e sobrio e anch'io in questo contributo ho voluto essere modesto e sobrio.

(Assume la presidenza il Presidente Nicolodi).

PRESIDENTE: Sono le 12.30 precise, sospendiamo la seduta e alle 14.30 c'è la riunione dei capigruppo e alle 15.30 riprendiamo i lavori del Consiglio.

Ore 15.35.

PRESIDENTE: La seduta riprende. La parola al cons. Pruner.

PRUNER (segretario questore - P.P.T.T.): Signor Presidente, signori consiglieri, ci accingiamo ad esaminare il bilancio, un documento importante di questo Ente, ma penso che se non vi fosse accoppiato il tema delle norme di attuazione, tema che è stato sollevato con una mozione, per cui il Presidente si era impegnato di relazionare in questa occasione, penso che il contenuto dell'esame di questo documento sarebbe molto ridotto.

Con questo io non voglio dire che la Regione abbia un significato ridotto, anzi io vorrei sforzarmi a dimostrare, contrariamente a quanto sembrerebbe e contrariamente a quanto da qualcuno viene affermato, che la Regione ha una validità sua, ha un significato suo, se non da un punto di vista contenutistico finanziario, certamente da un punto di vista politico, estremamente

valido, e, direi, anche più va
lido di quanto non lo fosse in
passato. La commissione parite
tica dei 12 incaricata per l'
elaborazione delle norme di at
tuazione, dichiaro immediata
mente, secondo una nostra valu
tazione, ha svolto un lavoro
lodevole, impegnato, scrupolo
so anche se lento, lentissimo,
mi pare che dobbiamo registra
re quasi due anni di ritardo,
non interessa, ma comunque nel
suo complesso, positivo. Questo
lo voglio dire in apertura del
nostro intervento: si tratta
di un lavoro serio quanto mai
impegnato ed approfondito anche
per quanto concerne, direi, la
parte che ne consegue alla mo
zione da noi presentata, cioè
alla presentazione dei documen
ti che sono, in primo luogo,
completi, chiari e dai quali si
possono desumere dati e valuta
zioni e giudizi altrettanto chia
ri se non sempre ed estremamente
positivi, comunque chiari al pun
to da poter dare un giudizio e
dare anche, se occorre, come oc
corre, come occorrerà secondo
il nostro punto di vista, dei
suggerimenti ai rappresentanti,
in questo caso, al signor Presi
dente della Giunta regionale,
dei suggerimento da portare in
quella sede dal momento che i
lavori non sono ancora purtrop
po ultimati. Purtroppo da un pun
to di vista e per fortuna da un
altro punto di vista. Incontran
doci in questa sede, discutendo
in questa sede, dando delle va

lutazioni ognuno come crede, io
penso che da parte nostra possia
mo esserne soddisfatti se non è
ancora definita l'elaborazione
delle proposte della commissione
medesima che andranno poi al Go
verno. Abbiamo occasione di fare
alcuni suggerimenti e li faremo.
Nel frattempo dobbiamo dire che
si sono rivelate, in questi ulti
mi tempi, delle ulteriori esigenze
che magari lo statuto medesimo e
il pacchetto nel suo insieme non
contenevano nella loro prima ste
sura, nella loro definitiva stesu
ra e magari non potevano contene
re. Oggi possiamo dire che si evi
denziano delle tematiche che ri
chiedono, anche se per piccole cose,
poi anche per grosse cose, delle
riforme, si evidenzia la necessi
tà della revisione dello statuto,
della riforma dello statuto, del
la presa in mano nuovamente dello
statuto da parte del Governo prima
e del Parlamento poi. L'osserva
zione che abbiamo fatto ultimamen
te, negli ultimi mesi, circa la
lentezza massima nella pubblicazio
ne delle norme di attuazione o me
glio la ricezione da parte del
Governo e la pubblicazione da par
te di chi di competenza, manovale
pubblicazione delle norme di attua
zione, questa critica penso che og
gi può essere così sorvolata; com
unque non va dimenticato che la
lentezza ci fu e questo è già qual
che cosa che contraddistingue ancora
una volta quella che è la maniera
in cui in certi ambienti, non nel
la Commissione dei 12, si affron
tano cose serie come sono le norme
di attuazione di uno statuto come

il nostro. Siamo soddisfatti, sembra un assurdo, od è un paradosso, comunque formalmente un paradosso, del ritardo della emanazione, della definizione e della approvazione e quindi della emanazione della norma di attuazione relativa all'art. 8, punto 18 dello Statuto di autonomia, quell'articolo che dice: "Comunicazioni e trasporti". Noi abbiamo seguito la fase iniziale in sede di Commissione dei 12, attraverso la Stampa, di questo articolo, si intende dove si ammette una certa crisi, crisi che fu provocata da alcuni rappresentanti della Commissione dei 12 i quali almeno hanno chiesto di poter soprassedere, di poter attingere nuovi lumi da contrapporre a quei lumi che erano stati portati, lumi piuttosto non tanto soddisfacenti con una consulenza giuridica e cioè verso la fine del 1974 quando si volle dimostrare che il termine usato sull'art. 8, punto 18: "Comunicazioni e trasporti", non comprendesse le telecomunicazioni. Adesso, io non sono un giurista, non sono preparato sufficientemente, non abbiamo noi raccolto una contropeoria o una controconsulenza, a quella che è stata presentata da qualcuno in sede di commissione dei 12, ma io mi affido al buon senso e alla buona volontà innanzitutto, alla volontà politica e al buon senso, alla logica che senz'altro pervade ognuno dei, non faccio nessun distin-

guo, metto tutti sullo stesso piano. Oggi come oggi, forse, avrei potuto fare il distinguo fra i signori membri della commissione dei 12. Affidandomi quindi al buon senso e alla buona volontà politica di costoro, nostri colleghi, io penso che la dizione dell'art. 8, punto 18, possa essere risolta nel senso voluto da tutti noi cioè che il termine "comunicazioni" equivalga a sinonimo di telecomunicazioni altrimenti sarebbe una ripetizione inutile, comunicazioni e trasporti, io credo che non si ripetono specialmente in quello che è il linguaggio giuridico e politico, specie in leggi e in leggi come questa che è una legge straordinaria costituzionale dello statuto, non si debbono ripetere i concetti e nemmeno ripetere le definizioni. Quindi "comunicazioni e trasporti" se intese le comunicazioni fossero, come vorrebbe dire qualcuno, cioè nel senso che si tratta ancora di comunicazioni varie, di comunicazioni aeree, navali o quant'altro, questa tesi, per conto mio, diversificata da quell'altra che noi sosteniamo che "comunicazioni" significhi ogni cosa che non sia un mezzo di trasporto, perchè quello è già definito con la seconda definizione, debba intendersi telecomunicazioni. Tanto è vero che le altre regioni d'Italia, nel loro statuto, direi tutte le regioni d'Italia nel loro statuto hanno incluso la parola "comunicazioni" intendendo poi nel nesso delle loro dizioni, nel nesso di que-

sti articoli e di questa legge anche sove non è espressamente detto che comunicazioni significa telecomunicazioni, va comunque inteso in quel senso. Ragione per cui io, brevissimamente, mi rivolgo al signor Presidente della Giunta regionale, che ho dimenticato prima di ringraziare per la così perfetta, completa e chiara messa a disposizione di documenti e di esposizioni sia orali, sia scritte per quanto riguarda il tema delle norme di attuazione nella parte che riguarda appunto il bilancio con cenni frequenti e nella parte che riguarda la relazione vera e propria sui lavori della commissione paritetica per le norme di attuazione. Detto questo, voglio ancora però rivolgermi al Presidente per pregarlo di voler insistere e quanti altri qui sono presenti, membri della commissione dei 12, di voler insistere affinché questo termine "comunicazioni" possa essere inteso in tale senso. Altrimenti incorreremmo in una assurda esigenza, in una paradossale e assurda esigenza di doverci, per quanto concerne la rivendicazione delle competenze per la introduzione dei programmi televisivi esteri nel nostro territorio, della provincia di Trento, almeno, dovremmo ricorrere alla legge 103 del 14 aprile 1975. Il che sembra proprio un assurdo, che noi tramite una legge straordinaria come quella dello statuto di autonomia, come quella appunto costituzionale per la nostra au-

tonomia, si debba rinunciare a certe esigenze e certe nostre prerogative, appellandoci, come potremmo appellarci e potremmo anche garantirci, la acquisizione di questi programmi televisivi o la ricezione di questi programmi televisivi esteri con la interpretazione che non è per nulla difficile, dell'art. 39, della legge 103 dove si dice che per avere queste autorizzazioni occorre impiantare le attrezzature, i ripetitori ecc. per la ricezione di questi programmi esteri, basta essere residenti nel territorio nazionale e essere persona giuridica. Quindi la provincia di Trento è persona giuridica, distinguiamo subito in base al codice civile persone giuridiche pubbliche, persone giuridiche private, noi potremmo, interpretando l'art. 39 comma IV°, esattamente avere una soddisfazione in tale senso. Ma non credo che sia nè prestigioso, nè giusto e non credo che sia stata questa interpretazione che il legislatore costituzionale, cioè il Parlamento, e coloro che hanno predisposto l'articolo nella commissione dei 19, che hanno predisposto questo testo di statuto di autonomia in fin dei conti abbiamo inteso agire e intendere che una provincia abbia un tipo di diritto e un'altra provincia debba attingere ad un'altra fonte del diritto. Io non credo a queste cose. Quindi penso che se noi unanimemente interpretiamo questa dizione nel senso voluto, cioè che le comunicazioni siano intese anche come comunicazioni radio-televisive, io

penso che anche la posizione dei membri della commissione dei 12 verrebbe rafforzata nel senso di far prevalere la tesi autonomiastica. A questo proposito però mi permetterei rivolgere una domanda specifica al signor Presidente e pregarlo per una risposta precisa, franca, cioè se personalmente il Presidente può condividere la nostra tesi e può rappresentarla in sede di Commissione dei 12. Cioè la interpretazione dell'art. 8 punto 18 dove dice: "Comunicazioni e trasporti intendendo "comunicazioni" un sinonimo di telecomunicazioni o servizi radio-televisivi o quanto altro, comunque non trasporti, non ferrovie, non strade, non aerei, non vie aeree, non vie marittime ma comunicazioni moderne di immagini, di voce e di informazione, cioè di radio, televisione, come anche i telefoni, non trasporti ma comunicazioni di pensiero e comunicazioni di parola o comunicazioni di immagini. Io penso che il costituente abbia inteso così, cioè rivolgo questa domanda al signor Presidente. Io cerco di voltare in fretta i miei fogli con le mie annotazioni perchè debbo essere molto stringato e breve e perciò tralascio alcune considerazioni, alcuni argomenti. Finito questo tipo di discorso, riprenderò ancora le norme di attuazione, riprenderò ancora, più avanti, argomenti relativi

allo statuto di autonomia. Ma comunque intanto dico che avrei piacere che la Giunta, il signor Presidente dica due parole di condanna per quanto riguarda innanzitutto il ritardo della costituzione del Comitato previsto all'art. 5, della legge 103 e qui siamo già d'accordo perchè è fatto cenno nella relazione. Dei tre membri designati ad entrare nel Consiglio di amministrazione della RAI-TV da parte della Regione, non ne fu accolto alcuno come pure nessuno di nessun'altra regione dell'alta Italia. Qui bisognerebbe fare una pubblica dichiarazione di insoddisfazione e di condanna di questo tipo di lottizzazione. L'ha fatto una volta? Ma, l'avrò dimenticato. Comunque se lo fa ancora una volta, è meglio; se lei dice di averlo fatto una volta vuol dire che siamo parzialmente a posto. A me è sfuggito, la memoria non mi ha sorretto in questo momento. Invece ci sono da parte della Regione, da parte del Presidente della regione e adesso ritorno all'introduzione che ho fatto prima, dei doveri da svolgere che riguardano la tutela politica, la garanzia politica, la difesa politica delle nostre prerogative e dei nostri diritti in ogni circostanza. Io credo che due parole non vadano spese male se vengono espresse nel senso di condanna della lottizzazione avvenuta all'interno della RAI-TV per quanto riguarda il tipo di amministrazione ed il tipo di servizio,

più che di amministrazione. Ora mi viene in mente di dire di disservizio, in quanto sono stati distribuiti i compiti non in funzione della capacità e della professionalità degli uomini, della capacità professionale delle singole persone ma in base all'appartenenza più o meno di quei responsabili ad un partito o ad un altro partito. Questo è un fatto assai grave che dovrebbe essere, anche in questa sede, condannato. Perché noi sappiamo che la Giunta regionale sulla base di questo nostro statuto di autonomia ha poche competenze, ma cerchiamo di vedere nella Giunta regionale, almeno io la vedo così, sentiremo poi come la pensano altri, io vedo nella Giunta regionale un organo molto più rappresentativo e molto più autorevole e capace, che gode maggiore prestigio nella difesa di certi principi e nella difesa della nota questione, in questo caso, della libertà di informazione e di formazione del cittadino. Cioè va attribuito e va chiesto, io chiedo alla Giunta, al Presidente se può assumersi questo compito, dal momento che altri grandissimi compiti non le vengono assegnati e non sono stati assegnati alla Giunta regionale, di voler interferire, in questo campo, presso gli organi competenti per dimostrare continuamente la nostra insoddisfazione per quanto riguarda la libertà di informazione attraverso questo tipo di comunicazione che è la te-

levisione. Che sia stata monotona, che sia stata noiosa e che sia sempre quella solita notizia, e che siano sempre le solite notizie, il solito sistema e le solite facce, va bene che le facce non contano, ma il solito contenuto anche nei nostri giornali radio ecc. ecc. televisivi, è un tipo di discorso, ma che dopo la riforma che ci ha dato da sperare moltissimo, e questa riforma è la legge 15 aprile 75 n. 103, che questa riforma poi abbia peggiorato la condizione, abbia contribuito e contribuisce a peggiorare la libera informazione, questo è inaccettabile e è condannabile e chiedo se il Presidente della Giunta regionale condivide con noi questo punto di vista. Se il signor Presidente condivide ciò, dovrà pur fare qualche cosa. Chiedo se condivide che la libertà di stampa è pure manomessa. Chiedo come è garantita nella nostra regione la libertà di stampa. Io credo di avere il diritto di ottenere una risposta dal signor Presidente, il quale mi dica che almeno condivide l'esistenza del fatto e che si assume il compito di compiere quanto è nelle sue possibilità, affinché venga modificato anche nella nostra regione questo tipo di monopolio della stampa. Io non ho niente contro la stampa esistente, perché una è di un signore, l'altra è di un altro signore, sono dei giornali, dei quotidiani che son legati ad un proprietario e io sono per il rispetto della proprietà, ma io chiedo che, come in sede nazio-

nale si è giunti a fare una pro posta di legge per garantire la libertà di stampa, nel senso che l'ente pubblico intervenga finanziariamente, ciò si faccia anche nella nostra regione. Io guardo in questo caso alla regione perchè non avendo essa altri grandissimi compiti da svolgere, possa tutelare almeno la tutela delle libertà democratiche. Detto questo, voglio toccare un po' brevemente quella che è la relazione fatta dal signor Presidente. In tutte le occasioni, prima di ora, nelle precedenti occasioni non è mai mancata, da parte del Presidente, una relazione con delle idee o delle visuali prospettiche. Questa volta invece non presenta nulla di prospettico come se l'avvenire non esistesse o non se ne volesse parlare. Cioè non vi è la parola programmazione, e va bene; dobbiamo stracciarla dal vocabolario, per so, non perdiamo tempo a discutere di questo tipo di programmazione, ma almeno qualche cosa di prospettico dovrebbe pur contenere una relazione del Presidente della regione. E' grave questo, è gravissimo! E' priva, diciamo così, di avvenire. Ci sono alcune leggi, ci sono delle spicciolate leggi che già sapevamo dovevano essere affrontate da parte della Giunta, però non è quello che ci aspettavamo. Sapevamo e sappiamo che le competenze sono minime, ma una indicazione di massima su quello che può essere la funzione futura, di par-

te del Presidente e della Giunta regionale, abbiamo il diritto di conoscere e di sapere. E questa non è una valutazione o una affermazione polemica che faccio, è una constatazione che ci preoccupa perchè probabilmente è quanto avviene nei comuni e temiamo anche nella nostra provincia, sempre per una coincidenza di fattori diversi; certamente per la esistenza di un unico fattore, di un unico elemento che è la riforma fiscale, la riforma tributaria. Penso che ci siano delle difficoltà anche per gli altri enti a presentare delle visioni prospettiche in sede di dichiarazione di bilancio. Se sono solo queste le ragioni e se sono effettivamente queste le ragioni le conosciamo, le abbiamo paventate e va bene, non vorrei però che ci fossero altre ragioni di portata più grave di questa. Cioè la incertezza del domani per quanto riguarda il quadro politico, per quanto riguarda l'evoluzione politica italiana, per quanto riguarda non so quale tipo di novità che possono suentrare di cui, con termini molto più eleganti e molto più adatti, come può un professionista forense esprimere, è stato detto stamattina dal cons. Gouthier. Io credo che questi nostri timori purtroppo abbiano un certo fondamento e forse manca anche il coraggio di affrontare un'ipotesi che viene costantemente buttata lì così alla stampa dalle dichiarazioni di personalità politiche. Non credo che al Presidente Kessler, che noi conosciamo almeno da 20 anni, manchi la fantasia o

manchino le idee. Ed è per questo, se questa relazione l'avesse fatta qualsiasi altro consigliere allora potrei dire è una mancanza, è una dimenticanza, ma di queste mancanze, di queste dimenticanze il Presidente Kessler non ne fa, se non a ragion veduta.

Ora torniamo ancora brevemente, ho saltato molti argomenti che volevo affrontare, torniamo ancora al concreto e vediamo quanto le norme di attuazione possano offrire o garantire immediatamente per la nostra provincia di Trento. Io non parlo, in questo momento e certamente neanche più tardi, della provincia di Bolzano perchè avvocati politici, difensori della causa della provincia di Bolzano ce ne sono sia da una parte sia dall'altra. Dico che, per quanto riguarda la provincia di Trento, mi augurerei che in sede di predisposizione e di definizione delle norme di attuazione, per quanto riguarda la scuola, si giunga ad una interpretazione della nostra volontà e della volontà delle nostre popolazioni per favorire la scuola quanto più indipendente, quanto più libera, quanto più svoncolata possibile dal Ministero. Cioè è noto che noi vogliamo una scuola provincializzata e noi faremo di tutto qualora non fossimo soddisfatti da quanto sarà offerto dalle norme di attuazione, faremo di tutto per chiedere la riforma della scuola nel senso assoluto, proprio per

quanto riguarda il passaggio di questa competenza dallo Stato alla provincia. Ma, nel frattempo, dal momento che teoricamente se dovessimo stare a quanto è stato affermato, qualche settimana fa, se cioè ancora entro l'anno dovessero essere affrontati i temi, tutti quanti, anche quello della scuola, mi augurerei che le norme di attuazione, circa la scuola in provincia di Trento, tengano conto di questo fatto: che la popolazione reclama ad alta voce un'altra scuola, una scuola nuova che può essere, per conto mio, secondo il mio punto di vista, secondo il nostro punto di vista, una scuola provincializzata. Certamente che i membri della commissione dei 12 non possono arrivare a questo, ma possono arrivare a dare una interpretazione all'art. 9, punto 2) relativo alla scuola, possono in maniera da far calare nella realtà trentina delle norme di attuazione che tengano conto di questa intransigente esigenza delle nostre popolazioni di avere un'altra scuola. E adesso non vengo qui con i 50 punti negativi che ho raccolto sulla nostra scuola che però potrò in Consiglio provinciale prossimamente, perchè sarei fuori posto, dico soltanto e rivolgo soltanto al signor Presidente della Giunta ed anche al signor Presidente del Consiglio che è qui presente, a tutti coloro che sono qui presenti e che fanno parte della commissione paritetica per le norme di attuazione, affinchè si stabiliscano principi chiari, norme chiare che si avvicinino per intanto a

quella che può essere una scuola più libera e più svincolata dalle ipoteche che pone continuamente il Ministero o che non pone, perchè tante manchevolezze dipendono dal fatto che il Ministero non riesce materialmente a seguire la scuola come deve essere seguita. Perciò io ringrazio il signor Presidente di aver introdotto nella relazione, l'argomento concernente il disegno di legge-voto presentato e per i Ladini; lo stesso dicasi per le minoranze linguistiche tedesche della provincia di Trento, per le quali vedremo presentato prossimamente in Consiglio regionale un disegno di legge voto. Detto questo, noi vogliamo ancora sottolineare un fatto, guardate io sono sempre conservatore per quanto riguarda il non cedere su quanto si è chiesto 20 anni fa o 30 anni fa o 10 anni fa: si tratta della misura 118 del pacchetto; qui non cedo; noi chiediamo che i rappresentanti della commissione dei 12 tengano conto delle istanze genuine innaturate, ormai stradicabili nelle nostre popolazioni, autonomistiche rivendicazioni circa la gestione del patrimonio naturale, idrico, unico patrimonio che abbiamo, unica ricchezza naturale che ci contraddistingue da altre zone economiche e socialmente meno sviluppate o sottosviluppate. Con la gestione di questo patrimonio si potrebbero fare dei passi positivi, più importanti a salvaguardia di determinate nostre econo-

mie come l'artigianato, la piccola industria, l'agricoltura e quant'altro. Perciò la misura 118 deve essere seguita da chi di dovere, qui mi rivolgo in senso lato a tutti coloro che hanno da interferire in questo settore, affinché possa essere salvaguardato un diritto fondamentale.

Adesso faccio un'altra parentesi e chiedo scusa, forse diventa più interessante il discordo, cambio immediatamente pagina e dico qualche cosa per quanto riguarda la Magistratura.

Io penso che abbiamo il dovere, forse non è mai successo che in quest'aula si sia parlato della Magistratura. Perchè forse si è ritenuto e si ritiene ancora da qualcuno che essendo la Magistratura indipendente, e qualcuno ritiene anche sovrana, non si possa da un organo politico, da un'Assemblea politica come questa sollevare delle obiezioni, fare delle osservazioni sulla Magistratura. Io penso che noi ne abbiamo il dovere prima ancora del diritto, perchè, se dovesse continuare un andazzo, un tipo di gestione di questo settore disciplina, che è la giustizia, in Italia e anche nella provincia di Trento, non saranno più i politici, non saranno più i consiglieri regionali, secondo il mio punto di vista, a poter intervenire cercando di migliorare la situazione. Se la situazione dovesse continuare in questo modo, credo che al posto nostro somani saranno quelli della piazza, saranno i giovani, sarà

qualcuno che o per convinzione o per istigazione di qualcuno prenderà il sopravvento e prenderà l'iniziativa di agire contro certe situazioni, certe strumentalizzazioni della giustizia, della magistratura. Dico subito e entro nel merito dell'attività della magistratura: è politicizzata in parte. La magistratura è in parte subordinata all'influenza, lo dico dopo averci pensato e ripensato, della classe politica. Noi dobbiamo affrontare queste cose, ripeto, non dobbiamo permettere un dubbio sulla indipendenza della magistratura. Se non dobbiamo indicare all'opinione pubblica, a noi stessi, a tutti quanti, che il pericolo della subordinazione della magistratura ai Partiti può portarci molto ma molto più in là di quanto si possa credere in momenti difficili come questi, momenti di confusione politica, momenti di confusione morale, momenti di confusione e di incertezza etica e quanto altro voi volete aggiungere. Quindi se noi vogliamo una magistratura indipendente cominciamo da oggi a dire quali sono stati gli episodi dove la magistratura si è fatta intimidire!

Perciò noi vogliamo una giustizia e una magistratura indipendente, slegata da ogni minimo, non dico compromesso, ma da ogni minima influenza della classe politica o di una parte della classe politica cioè di un partito qualsiasi. Ma a parte questo, che è un'

affermazione che faccio così, in via soggettiva, essa è anche oggettiva, perchè non sono il solo io che ha analizzato questa situazione. La situazione è stata analizzata da altri, è stata condivisa da altri e da me recepita e portata qui come obbligo, come dovere perchè, ripeto, per chi non l'avesse capito, o non fosse stato presente prima, che è meglio che si discuta qui, piuttosto che domani in piazza, di questo delicato ed importantissimo tema. Comunque noi lamentiamo la lentezza e questo si lamenta non so da quanti anni. Non è nessuna novità la lentezza e la non funzionalità di tutto il sistema. Io posso e debbo portare qui, per una ragione di coscienza, un fatto: un ragazzo affigge un manifesto in un bar, col permesso del titolare, viene punito a 10 giorni di carcere e 10 mila lire di multa, non è più incensurato. Fui a Roma, 3 settimane fa circa, la città è tutta tappezzata illegalmemente e illegittimamente di manifesti. A Trento oltre che essere tappezzata, non dico solo tappezzata, è più ancora imbrattata e sporcata perchè non ci sono molti manifesti, ma sporcata da diverse carte e da numerosissime scritte nessuno reagisce! Perchè? Perchè non c'è la denuncia! Per questo solo? Ma signori! Fra i tutori dell'ordine pubblico e la magistratura, signori, c'è una separazione legale, c'è il divorzio; non c'è qualche legame? Non c'è la collaborazione? Ecco il discorso! Occorre la denuncia contro Tizio e Caio

cge ha affisso 300 mila manifesti in città di Roma? C'è voluta la denuncia anche perchè venisse condannato un nostro capogruppo perchè ha affisso un manifesto entro un bar col permesso del proprietario. E allora ci vuole la denuncia anche per tutti gli altri? Ma, in tal caso allora, dobbiamo diventare tutti poliziotti! Va bene si cambi la legislazione e si faccia come in Svizzera, dove io ho pagato più di una volta la multa per eccesso di velocità o altra infrazione perchè fui denunciato da un semplice cittadino. Un semplice cittadino mi ha denunciato e ho pagato i miei franchi svizzeri di multa nella misura di 80 mila lire perchè un cittadino qualsiasi mi ha denunciato. Facciamo così anche noi? Qualche cosa però si dovrà pur fare. Non si può permettere che un ragazzo venga punito perchè un altro lo ha denunciato mentre 100 mila altri possono andare a spasso tranquillamente, come a spasso tranquillamente qui a Trento va colui o coloro che sono i "boss" mafiosi o coloro che sono i titolari e responsabili della bancarotta di aziende di un valore di diversi e diversi miliardi di lire, ai quali viene levato il cappello e ai quali le signore "bene" della città di Trento portano e fanno portare fiori in omaggio a questo signore, che meriterebbe che vedesse il sole a scacchi, come si usa dire in dialetto, e non potesse girare im-

punemente nella città di Trento. E tutto ciò mentre quell'altro povero e semplice ragazzo deve scontare 10 giorni di prigione per un manifesto affisso in piena regola almeno del buon senso. Ecco questa qui è la sede penso dove si devono analizzare questi fatti! Non credo che il signor Presidente sia soddisfatto se io o il nostro partito venisse a parlare esclusivamente dei libri fondiari, dei vigili del fuoco, delle camere di commercio! Ma cosa volete, ne abbiamo parlato tanto tempo e sappiamo che abbiamo 8 assessori che la sanno più lunga di noi e che sono competenti più di noi e lasciamo fare a loro tutto quello che credono per quanto riguarda il settore di loro competenza. Diamo tutta la fiducia e per questo tipo di lavoro di loro competenza noi diamo anche il nostro voto favorevole. Però non possiamo darlo nel complesso fino a tanto che non abbiamo una garanzia da parte della Giunta medesima che si erga lei, o il Presidente, quale organo politico a sollevare ed affrontare questi problemi cui ho accennato, che sono problemi gravissimi e di attualità. Non per risolverli, perchè chi pretende una soluzione del problema! Bisognerà affrontarlo da parte vostra, portarlo in sede competente e poi poter almeno dire di aver fatto tutti quanto era nelle proprie forze. Altro tema: istituti di assistenza e beneficenza pubblica. La Regione ha questa competenza ancora, così buttata lì.

Io dico una cosa: Regione o Provincia che sia, bisognerà che i partiti al Governo, che sono pressapoco gli stessi in un ente che nell'altro, arrivino oggi, nel ventesimo secolo, a controllare, attraverso gli istituti di assistenza e beneficenza, controllare, nel senso di avere sottomano e quindi di provvedere per ogni assistibile, per ogni singolo cittadino assistibile. Allora possiamo dire di aver fatto qualche cosa e di essere in sintonia con quelle che sono le esigenze, le richieste della età moderna.

Ordinamento degli enti sanitari ed ospedalieri. Io debbo dire una cosa, la Regione ha le giferato a suo tempo e siamo ar rivati ad avere in provincia di Trento, con le leggi fatte, con le diverse leggi approvate da noi ma approvate comunque, al caos e alla creazione di una se rie di carrozzoni al servizio di determinati gruppi di potere, guidati talvolta, purtroppo, lasciati che mi scappi la parola, guidati talvolta dai "bocciati" alle elezioni regionali o alle elezioni governative nazionali! Norme sul credito fondiario agrario, casse di risparmio ecc.

A pag. 10 abbiamo la relazione del signor Presidente che dice belle cose però non sono sufficienti. Noi chiediamo che a que sto proposito ci sia un maggior impegno da parte della Giunta per difendere gli istituti locali, di origine locale, senza

alcuna valutazione, pregiudizio o giudizio contrario ad altri istituti a giurisdizione nazionale. Noi chiediamo che le casse artigiane e rurali vengano maggiormente valorizzate e maggiormente sostenute. Non entro nel merito perchè si direbbe che è fuori tema perchè l'esecuzione è competenza della provincia. Ma torniamo indietro a quella che è la riforma tributaria, la legge 9 ottobre 71, n. 825.

KESSLER (Presidente G.R.-D.C.):
Competenza della Provincia?

PRUNER (segretario questore - P.P.T.T.): Per gli sportelli. Invece in linea politica chiedo alla Giunta regionale, al suo Pre sidente che venga tenuto in massimo conto, che venga difeso ad alto livello l'istituto delle casse rurali e quant'altro possa assomigliare alle casse rurali, perchè so che in provincia di Bolzano c'è un altro tipo oltre alle cas se rurali, un altro tipo di istituto di credito locale e consorziale come esiste anche nel Trentino, ed essendo locale fornisce dei servizi e dei vantaggi che sono ben superiori dei servizi e dei vantaggi che offrono le altre banche. Se non altro per quanto riguarda il drenaggio del capitale siamo già in una botte di ferro, se diamo a queste istituzioni loca li delle possibilità e dei riconoscimenti giuridici, affinchè possano operare non solo nei termini, parlo di tempo, limitati come finora, ma in termini ben più vasti

perchè appetibilissima è questa parte di servizio che svolgerebbero queste istituzioni, anche a favore di enti consistenti come sono i comuni o altri enti locali.

La riforma tributaria. Ancora due parole su quella. La legge n. 825 è la ghigliottina dei nostri comuni. Pensiamo un pochino su. E' il pensiero politico di enorme portata che viene affidato alla Giunta regionale. Quanti sono i comuni, oggi 22 dicembre, che hanno presentato un bilancio e lo chiamano bilancio provvisorio ordinario? E questi comuni, per consolarsi, per non passare le feste troppo in lutto, dicono che verso primavera, verso maggio potranno presentare il bilancio politico. Nuova parola che hanno inventato dopo la riforma tributaria. Il complesso del bilancio, dicono, sarà fatto in maggio; adesso abbiamo fatto un bilancio per poter pagare i dipendenti. E si parla in questi termini a Trento, si parla in questi termini a Rovereto, si parla così ovunque si è affrontato il problema del bilancio, eccetto qualche comune dove le entrate che sono di tutt'altro ordine sono riscuotibili immediatamente perchè sono entrate locali, perchè fortunatamente hanno entrate straordinarie locali che garantiscono la elaborazione e la presentazione di un bilancio. Quindi la legge 825 della riforma tributaria tanto attesa, tanto ingiusta per

rò nei confronti degli enti locali, nei confronti dei comuni, deve essere riveduta. Deve essere oggetto di studio da parte della Giunta la revisione di questa legge per quanto concerne la sopravvivenza di Comuni, i quali con la indennità ai sindaci hanno avuto un certo qualche di riconoscimento morale, ma nutrono sempre una grave delusione per quanto riguarda la loro autonomia! Prego?

KESSLER (Presidente G.R.-D.C.):
Che titolo ha la Regione sulla finanza locale?

PRUNER (segretario questore - P.P.T.T.): Ho già detto, se non possiamo fare questi discorsi, signor Presidente, non so quale altra funzione può avere la Regione! Forse vigili del fuoco, come ho detto, credito per quel poco cui ho accennato poc'anzi!

KESSLER (Presidente G.R.-D.C.):
Che a lui han dato?

PRUNER (segretario questore - P.P.T.T.): Sì.

KESSLER (Presidente G.R.-D.C.):
Se lo sognerebbe la sede qua dove si parla della finanza locale.

PRUNER (segretario questore - P.P.T.T.): Ma lo so! Io parlo qui e parlo anche altrove. Siamo consiglieri regionali, non avere un carico di competenze tali da essere oberati di lavoro e, quindi,

da dover ritirarvi a riposo. No. Avete una forza non utilizzata, avete dei cavalli, diciamo così, nel vostro motore che sono inutilizzati, spaccati e perciò cercate in qualche modo di usarli! Salto di qua e di là. L'Auto Brennero! Io richiamo ancora alla memoria del signor Presidente una promessa fatta dal precedente Presidente della Giunta regionale, che con ostinatezza, non si ha voluto far entrare nel Consiglio di amministrazione un rappresentante delle opposizioni. Io ho presentato una interrogazione al signor Presidente Kessler, il quale mi ha risposto che, insomma, la proposta era chiara, ma la risposta non era chiara da parte del Presidente precedente, per noi la risposta fu chiarissima: nel '74, avrete un rappresentante nel Consiglio di amministrazione disse il Presidente Grigolli! E lo chiediamo; perchè? Lo chiediamo perchè ve lo diremo fra 5, 6 mesi. Ve lo diremo quando fioriranno le rose e si raccoglieranno i frutti. Non c'è niente da nascondere sapete! Non si può nascondere nulla dell'autostrada, tutto sarà reso noto. Abbiamo avuto già notizie che fanno pensare a una autodissoluzione, ad una autodistruzione di questo ente per non incorrere in pericoli gravissimi che potrebbero essere anche di ordine diverso da quello politico. Quindi sarebbe stato bene far partecipare anche le minoranze, le opposizioni politiche a un discorso di salvataggio di questo istituto ad ente

valido, sotto gli aspetti della produzione, ma non valido sotto gli aspetti della gestione; della produzione dei servizi validissimo non altrettanto per quanto riguarda la sua amministrazione! Si tratta di un ente pubblico signori, cioè di una società per azioni dove praticamente non ci sono altri soci che l'ente pubblico.

Per quanto riguarda l'art. 10 dello statuto ormai le norme di attuazione ci sono e noi diciamo che nonostante gli sforzi fatti, molte ingiustizie e molti clientelismi vi sono da registrare nelle assunzioni a mezzo degli uffici del lavoro. Dico clientelismi e tralascio una pagina di esemplificazioni e documentazioni che ho qui con me. La Regione, dice il signor Presidente, potrebbe assumersi e si assumerà il compito di riordinare le camere di commercio. E questo è un punto positivo come tutti positivi sono i punti che sono indicati sia nella relazione del Presidente, sia nella relazione dello stesso Presidente nella sua qualità di membro della Commissione dei 12. Io se faccio qualche critica, la faccio a ciò che qui manca, non a ciò che di positivo sta scritto nella relazione del signor Presidente! La Regione, come sta scritto, va incontro ad una esigenza quando riordina le camere di commercio, da noi manifestata ancora 8 anni fa; cioè dal 1967, con la presentazione di un disegno di legge che poi fu ripresentata, ebbe insuc-

cesso; fu ripresentata ancora con altrettanto esito negativo e via dicendo. Noi vogliamo che cosa, cosa volevamo e vogliamo ancora, se parlate di riorganizzazione o di riordinamento? Io mi immagino che questa riforma avvenga sul piano dell'eliminazione del sistema delle nomine e di introduzione del sistema della elezione dei vari membri che formano gli organi amministrativi delle camere di commercio. Io mi immagino che sia così. Lo chiedo al signor assessore competente. Se non è così, dico che sarà sempre valido un riordinamento ma se non arriviamo a quel punto la futura legge non soddisferà quelle che sono le nostre esigenze della gente trentina. Cioè, dobbiamo andare avanti nel senso di eliminare sempre più quelle che sono le nomine e attenerci sempre più al sistema più democratico della elezione dei rappresentanti negli organi pubblici. Poi vi dico un'altra cosa, se permettere signori della Giunta, qualcosa così di cui voi non avete la competenza ma moralmente dovete convenire che è una esigenza fondamentale: quella di creare maggior giustizia sociale, in una parola, maggiore giustizia sociale. Perché il 15 giugno è stato quello che è stato? Perché non c'è, secondo le popolazioni, secondo il cittadino comune, secondo l'uomo, non c'è sufficiente giustizia sociale. Se non si adotteranno maggiori misure, altre misure, accorgimenti migliori e più moder-

ni per riportare la giustizia sociale, non voglio fare il profeta o pronostici, il 15 giugno non lo cancelleremo! Cerchiamo, sforziamoci in tutti i sensi alla ricerca di una maggiore giustizia sociale. Art. 6 dello statuto di autonomia. Si raccomanda il massimo svincolo e la massima autonomia da tutti quegli enti parassitari, da quei carrozoni che hanno portato il costo del lavoro a livelli intollerabili, in virtù o a causa dell'altissimo costo degli oneri sociali. Quindi è tempo di agire. Mi sembra che il cons. Mayr abbia già avanzato delle proposte e sembra che ci siano delle concrete proposte legislative, da parte di qualcuno, che verranno presentate quanto prima, per ridimensionare questa politica degli enti parassitari nel senso di potersi sganciare, perlomeno per la parte di quella che è la quota di interventi finanziari a favore di questi enti ed a danno della nostra economia, cioè dei lavoratori in fin dei conti. Pensiamo che in sede europea abbiamo dei carichi sociali che sono infinitamente più ridotti, che sono un terzo di quelli che abbiamo in Italia. Quindi non credo che giochi una carta sbagliata quel consigliere, quei consiglieri, quel partito che proponga la separazione, la scissione da questi grossi carrozoni previdenziali, assicurativi centrali per cercarne di più controllabili e di più adattabili alle esigenze locali. TAR: Tribunale amministrativo regionale. Siamo gli ultimi, ha

detto il Presidente, mi pare, in Italia dopo 27 anni di autonomia. Non vado a cercare le ragioni, bisogna cercare di rimediare invece, ma siccome lo dice lo stesso Presidente, penso che la cosa possa essere di sollecita attuazione. Secondo il signor Presidente, quale membro della commissione dei 12, quali rivendicazioni, quali nuove richieste giuste sono state rilevate da coloro che hanno studiato, che hanno lavorato anni in sede di commissione paritetica per la elaborazione e predisposizione delle norme di attuazione. Cioè nel mentre voi traducevate in termini più accessibili e completi i principi contenuti nello statuto di autonomia in altrettante norme, da sottoporre al Governo poi, avrete pur avuto modo di capire quali sono le carenze e le deficienze, le mancanze ancora per una seria e durevole e una efficace autonomia. In altre parole, secondo il Presidente quali sono le effettive, oggettive nuove realtà che si sono manifestate in questo frattempo, dal '71, anno in cui fu emanato lo statuto di autonomia ad oggi, in questo travolgente e dinamico mondo, quali nuove esigenze e richieste autonomisti che o quant'altro sono state evidenziate o si evidenziano confrontando quello che è il contenuto dello statuto di autonomia con la realtà del momento? Questo era il discorso fonamentale per la quale noi abbiamo presentato la richie-

sta di fare un certo discorso su quello che è il lavoro della Commissione per le norme di attuazione. Non certamente soltanto, per avere un organico documento aggiornato ecc. O anche per avere una valutazione su quanto è stato finora in questo documento codificato, ma più che altro fa sentire dai signori della Commissione dei 12 se l'autonomia, nel frattempo, è rimasta un elemento statico, è rimasta una realtà statica o se ci sono state delle evoluzioni almeno nella mente di coloro che seguono da vicino questa tematica. Io credo che i membri della Commissione dei 12 abbiano potuto intuire quali sono le più evidenti carenze dello statuto. E allora io penso che il signor Presidente, da come lo conosciamo, possa manifestare queste sue proccupazioni che ha senz'altro avuto e senz'altro ha per quanto riguarda carenze, per quanto riguarda insuffi-cienze di contenuto nello statuto di autonomia. La relazione per me è perfetta è una relazione però che sarebbe potuta essere stilata dal segretario della Commissione dei 12, così perfetta è, ripor-ta esattamente tutto quanto è avvenuto e tutto quanto sta avvenendo e tutto quanto non è ancora maturato, non è ancora codificato. Ma manca, come manca sempre nelle relazioni, nei verbali dei segretari, manca un profondo, un serio giudizio politico. Dico serio non perchè non ci sia un giudizio non serio, non c'è un giudizio politico! Ecco questo lo voremo sentire dalla

sua viva voce, se possibile, io non voglio castigare i signori colleghi, se il Presidente si riserva di trattare questo tema in un'occasione anche da qui ad un mese e non più di distanza, in un'altra seduta, perchè, scusate, prevedere che tutti possano prendere la parola in una giornata dedicata al bilancio e anche alle norme di attuazione è cosa per me inconcepibile. Per ciò penso che dovremo riservarci di riprendere il discorso in altra occasione altrimenti non faremo nè l'una nè l'altra delle due cose. Vorrei sentire, per esempio, se durante la discussione, durante i lavori, durante i contatti con tutta questa gente che voi avete incontrato, siete venuti alla determinazione di dire che la scuola, per esempio come ho detto prima, dovrebbe essere provincializzata. Siete venuti a queste conclusioni? Io penso che un giudizio di questo genere se non è stato fatto perlomeno è stato sfiorato. Ma un globale giudizio sulla amministrazione pubblica e sui suoi rimedi ce li dà? Voi siete lì che vi fate in quattro per salvare quanto ancora è salvabile nella nostra terra, attraverso questo statuto di autonomia, attraverso queste norme, ma non fate cosa utile se vi trincerate dietro il silenzio perchè allora c'è la connivenza, c'è la corresponsabilizzazione, c'è la complicità oltre che la colpa! Io vi leggo soltanto uno dei passi che debbono far pensare coloro che lavora

no nella Commissione dei 12, è uno sguardo di Vittorio Gorresio, che non è del P.P.T.T., ma è un giornalista di fama internazionale. Il quale fa suo quanto Ennio Flaiano sconsolatamente scrisse nel 1948, quindi quando noi profetizzavamo e dicevamo che l'autonomia deve essere integrale, deve essere la più completa possibile in questo senso, altrimenti faremo la fine anche noi di quello che è il caos, la desolata situazione, confusa situazione e incerta condizione del domani dell'Italia! Nel '48 disse Flaiano: "Vedi, non c'è nulla da fare, l'Italia è sempre stata dominata da qualcuno, dai Longobardi, dai Normanni, dagli Spagnoli, dagli Austriaci, oggi è dominata dagli Italiani - dice -: "è la più scongiante dominazione che io conosca". Ecco perchè noi ci rivolgiamo con speranza, non con entusiasmo, con speranza ci rivolgiamo ai rappresentanti della Commissione dei 12, affinché possa questi approfittare dello statuto di autonomia, nel senso di interpretare il medesimo nel modo più estensivo possibile rispetto all'autonomia e non restrittivo come qualcuno ha fatto. Bisogna almeno dimostrare a noi stessi, alle nostre popolazioni, a tutti di aver fatto il meglio perchè sappiamo che la peggior dominazione è quella romana, qui dice quella italiana per dire quella romana, quella che ha in mano il potere. Quindi dobbiamo sganciarci nel modo più totale che sia possi-

le.

Finisco, avrei molte molte belle cose da dirle, ma gliele dirò nell'occasione, se lei accetta, della continuazione della trattazione della parte che riguarda le norme di attuazione, perchè mi sembra irrazionale ed impossibile da un punto di vista pratico combunare l'una e l'altra per quanto riguarda il tempo cioè il bilancio e anche questo tipo di discussione che è molto interessante.

Per quanto riguarda la sua relazione, dove parla dei segretari comunali, dico che per noi è un notevole fondamentale passo in avanti sulla strada dell'autonomia, che non è ancora finita perchè è una strada che non finisce mai, perchè è una strada senza fine. Noi non avremo mai raggiunto l'autonomia, noi avremo sempre da lottare, da combattere per qualche cosa. F dico che questo tipo di disegno di legge, che ormai è qui stato approvato segna una pietra miliare nell'avanzamento su questa strada. Anche la legge sull'indennità agli amministratori comunali, per quanto criticata, per quanto non voluta da certi amministratori, da certe persone, ecc., io penso che è qualificante sul piano dell'autonomia; è una tappa verso una maggiore e migliore democrazia di tipo europeo, perchè noi dobbiamo pretendere dal dipendente quanto l'azienda richiede, dobbiamo però pagare il dipendente giustamente altrimenti corriamo il pericolo di una ingiustizia socia-

le, di cui dicevamo prima.

Quindi paghiamo colo che lavorano, i sindaci lavorano e quindi devono essere pagati. Altro passo avanti positivo. Sarà bocciata questa legge? Io mi auguro di no, se sarà rinviata bisognerà resistere ed insistere, affinché venga approvata altrimenti vuo dire che la nostra autonomia ha subito un salasso che non mi auguro. Cioè la indicata, come lei dice, e superata figura del funzionario onorario dell'altro secolo, va senz'altro superata come è stata superata qui ecc. Quando avremo notizie circa l'esito sul visto o meno di questa legge ne ripareremo.

Il problema delle incompatibilità, per quanto riguarda certe funzioni e certe critiche e certi servizi che un consigliere svolge, o certi rapporti di lavoro che uno ha con altri enti, l'incompatibilità di diverse cariche o di diversi servizi questa è una legge che per me va fatta, va affrontata però ad una condizione e sarò drastico. Ad una condizione: che sia uguale per tutti, che sia per tutti o per nessuno, ma quando dico tutti dico anche la più alta carica dello Stato fino all'ultimo dipendente del più piccolo comune della nostra provincia. Bisogna portare questo tipo di esempio, se si può, se è possibile a meno che appunto non si incorra nel pericolo di mettere una percentuale troppo elevata di cittadini nelle condizioni di non poter

far la politica, di non poter essere al servizio del pubblico attraverso quello che è il mandato politico, perchè anche questa è una domanda molto interessante ed importante, qualora questo aspetto potesse essere superato io dico che questa legge deve essere però integralmente applicata, altrimenti sarà un'altra ingiustizia che creiamo, un'altra ingiustizia che accanto alle altre, condizionerebbe ancor più quella che è una vita difficile e critica, una situazione di disagio ecc. Mi permetta signor Presidente, io lo ho parlato esternando quello che ho nella mia coscienza, nel mio cuore. Oggi ci troviamo di fronte ad un'epoca, un momento storico, una fase storica dove io dico che ha trionfato lo spirito autonomistico ed è stato battuto lo spirito nazionalista, antiautonomistico, accentratore. Se qui dovessimo, scusatemi se faccio un paragone, così mi viene in mente, comparare due personaggi Defant, da una parte, e Odorizzi, dall'altra, vedremmo sorridere Defant e vedremmo piangere Odorizzi. Io mi auguro che questo sia un inizio che porti ancora maggiormente ad ulteriori conquiste, ad altre mete della nostra rivendicazione autonomistica, che non è nostra del P.P.T.T., ma è di tutti, in modo particolare delle classi meno abbienti che dall'autonomia hanno tratto vantaggi e sicurezza sociale e utili più di quello che possono trarre

in altre condizioni, in altre circostanze e luoghi come potrebbe essere le altre regioni d'Italia.

Brevissimamente vorremo fare una carrellata sulla situazione economico-sociale, per trarre delle conclusioni che lascio trarre a lei signor Presidente, io non riesco a trarre conclusioni. Sono fallite le riforme fiscali, quelle della giustizia, quelle della scuola, quelle della programmazione ed è vero, il Presidente, stavolta, non ne ha inventata un'altra. Io ammiro il Presidente e la sua relazione per la sincerità, per la sua obiettività; non ha inventato stavolta uno slogan, ha lasciato le cose come sono, perchè oggi di slogan non se ne possono inventare perchè nauseano il cittadino. Questa volta è lodevole, sotto il profilo anche etico, il suo documento. Non ha sparato, non ha promesso. Ma di converso, lasciate mi che io invece faccia alcune considerazioni e che vi richiami su situazioni gravissime che lei non ha toccato, forse ha fatto bene come Presidente, ma io devo pur dirle e dobbiamo dircele con franchezza.

Non è stato fatto alcun cenno alla ingovernabilità dello Stato, ingovernabilità dei nostri comuni, non è stato fatto nessun cenno alle brutte cose, alla corruzione per esempio, alle rapine, all'ordine pubblico che non c'è. E come si fa a rispettare l'ordine pubblico! Facciamo come Milano,

come Torino! Una politica privata! Assoldiamo qualcuno! O permettiamo che qualche capitalista assoldi qualcuno e faccia il servizio notturno! Io signor Presidente non scendo in particolari, ma di ordine pubblico ne abbiamo un indispensabile e urgente bisogno anche nella nostra terra. Si rivolga, dirà, al Presidente della Giunta provinciale. No, anche lei ha queste responsabilità, queste competenze non la responsabilità di quello che avviene, ma ha delle competenze che se non le dovesse usare portano le responsabilità a suo carico. Non abbiamo sequestri di persone, la mafia non si è infiltrata, ma in Valtellina sappiamo quali sono le condizioni di quella valle misera della Lombardia, a due passi da casa sua, signor Presidente! Dove il pericolo della mafia o la mafia medesima è entrata! Ma parlo di due tipi di mafia, di quella bassa che usa i fucili a canne mozzate e di quella alta che non ha nè canne mozzate nè canne lunghe. Parlo della delinquenza in generale, degli scandali quotidiani. Non mi fu permesso parlare degli scandali, in questa sede, dei petrolieri e degli zuccherieri che hanno finanziato i partiti ecc. Ma nel frattempo abbiamo visto che 350 miliardi sono stati pure bruciati nella valle del Belice, dove abbiamo avuto il terremoto quasi 8 anni fa! Mi si dica se non ho ragione di portare queste cose qui in questa sede! Dobbiamo portarle in

questa sede! Fu un errore, secondo me, non permettere la discussione di quella mozione che parlava delle tangenti dei petrolieri ai partiti ed altro. Signori, almeno a me sembra, quando uno si è confessato, io sono un credente; quando uno si è confessato sta già meglio. Quando noi abbiamo già denunciato le cose, lei ha scaricato almeno parte delle sue preoccupazioni e delle sue responsabilità. Perciò parliamone! Io non ho detto che la Giunta regionale o la democrazia cristiana, o chiunque sia a fatto questo e quest'altro. Volevamo denunciare dei fatti che denunciandoli forse, non si verificano un domani, altrimenti se noi li copriamo, come sono stati coperti purtroppo i fatti dell'aggressione alla società culturale e mondiale, chiamata per errore Italo Ipanica, ma che con la Spagna non ha niente a che fare, si sono coperti i responsabili e non si è voluto procedere da parte della Magistratura, per quanto io abbia fatto una denuncia, per quanto io mi sia interessato anche presso gli organi di polizia. Si sono coperte queste cose quando ebbi modo di parlare con i rappresentanti di quei paesi che lì hanno la loro sede culturale e che sono venuti qui in veste di ambasciatori, hanno avuto parole di disprezzo nei confronti dell'ordine pubblico, nei confronti di chi ha la responsabilità sull'ordine pubblico e non hanno avuto certamente parole di plauso o di

lode. Perciò scandali e delinquenza, attentati, droga e degradazione morale e civile del popolo, pericoli per la nostra società ce ne sono finchè vogliamo; tanto che portano all'indifferenza, diffusa indifferenza nelle nostre popolazioni, indifferenza e apatia sui principali temi politici. Nelle nostre tribune per il pubblico non si vede ormai nessuno; neanche il funzionario di politica che fino a qualche anno fa era lì in tribuna, sebbene solo, ma c'era. Oggi e sempre le tribune sono vuote! Badate che l'apatia, l'indifferenza nei confronti di cose di questo genere, come può essere un Parlamento sono sintomi gravi! A Roma, almeno quello c'è, le tribune sono sempre affollate di pubblico, almeno quando io volli entrare non mi lasciarono mai entrare perchè era strapieno! Comunque non fa testo quello che avviene a Roma, qui abbiamo sempre il vuoto attorno a noi e se c'è interesse c'è l'interesse qui fuori, ma diciamo che queste cose, perchè attendono l'esito della pratica, del contributo, del mutuo tale o dell'agevolazione tal'altra; il resto non interessa niente. Ma signori quale sarà la società del domani! Noi modestamente, o giustamente, o in modo errato avevamo degli ideali sbagliati, ma c'erano degli ideali! Giusti o no, a seconda da che parte uno era e combatteva.

Oggi nella nostra gioventù troviamo un lassismo, una indif-

ferenza, un'apatia che mi sconcerta e mi fa pensare. Mi fa pensare a cose bruttissime, mi fa pensare a cose che possono assomigliare ai colpi di Stato! Quando il cittadino è indifferente, quando non si interessa e se c'è il furbo, il colpo di Stato è una cosa da poco, il colpo di Stato da parte di qualcuno non so di quale colore, di quale tendenza. Comunque il tutto porta ad una ulteriore fase di ingiustizia sociale e a reazioni quindi, le più impensate, di qualche speculatore, di qualche approfittatore. E perchè non parlare, per esempio, della modifica del Regolamento e della disciplina di questo nostro consesso? Mi riferisco a quello che ho detto prima, alla impossibilità di trattare questi temi. In regione dobbiamo poter trattare questi temi, noi siamo un Parlamento qualificato ad entrare nei temi politici non nei temi che riguardano le cose spicciolate, materiali, perchè quelle riguardano la provincia. E credo, come ho detto prima, non ci intratteremo a parlare di vigili del fuoco od altro, si parleremo anche di quello, ma noi siamo qualificati per affrontare problemi di ordine ben diverso, ben superiore. Come quello delle tariffe telefoniche, il non farci parlare fu un errore anche quello. In provincia trattammo con una nozione il problema delle tariffe telefoniche, che è un problema che interessa tutti quanti, che ha interessato tutti quanti e che ha destato scalpore e che desta ancora scalpore. Se qui non possiamo par-

lano, se noi tappiamo la bocca ai rappresentanti del popolo qui dentro, questi parleranno fuori e fuori avranno maggiore risonanza e maggiori consensi. Quindi è meglio parlarne qui fra noi prima, senza dover andar fuori a dire che la libertà di parola è limitata.

Forse a qualcuno può piacere il fatto che si tappi la bocca alla gente, forse sarebbe contento qualcuno se non si parlasse dei 350 miliardi sepolti o bruciati, come dicevo prima, nella Valle del Belice. Perché questi vogliono eleggere, e un giorno arrivano con l'elenco, tutte le progressive fasi di ingiustizia, di rapina e di altri, del denaro pubblico e forse hanno fatto i conti di già, forse questi hanno fatti i conti già il 15 giugno! Io vorrei, a questo proposito, dire che questi "qualcuno" ne ha approfittato e ne approfitterà ancora.

Signor Presidente, io non voglio essere cattivo ma devo essere obiettivo: è meglio parlare chiaro fra di noi. Io ho qui di fronte a me il Corriere di informazione del 19.12.75 e tutti hanno sentito o visto che la televisione ha riportato delle cose inaffabili, nel 20° secolo, circa i campi di concentramento di persone politiche in Russia. Siamo arrivati ad un punto cruciale e il 30° della liberazione coincide con queste informazioni. Che cosa ne dice signor Presidente? Io le faccio una do-

manda, se domani al momento giusto si impadronirà un partito, come quello comunista italiano, del potere centrale in Italia, che può portare alla dittatura politica, lei signor Presidente Kessler cosa farà in qualità di Presidente e che cosa pensa oggi di fare della nostra libertà e della nostra autonomia oggi per un domani ipotecato da una di queste eventuali possibilità di perdita della libertà democratica? Di fronte a queste notizie non si può dire facciamo finta di niente e diciamo non siamo competenti! La competenza non ha più nessun valore di fronte a queste cose. O che sono vere o che sono sbagliate. Lei dice che sono vere o che sono sbagliate? Io questo lo voglio sapere e voglio sapere che cosa ne pensa il mio Presidente, il Presidente di Bruner Enrico cittadino, non consigliere! Cosa ne pensa oggi, se fosse in quelle circostanze, del domani, costretto a decidere di fare qualche cosa o di non fare nulla? Lei si arrenderebbe o avrebbe qualche soluzione da proporre? Qualcuno questa mattina ha già accennato, io non avrei accennato a questa cosa, se proprio non l'avesse accennato il rappresentante del partito comunista con parole molto più abili, ho detto anche prima, e ha accennato proprio a quel tipo di soluzione che sarebbe l'annessione all'Austria mediante il plebiscito di questi territori. Ma perchè bisogna lasciar parlare un Senatore Peter Brugger e non parliamo invece noi di que-

ste cose! Lei che cosa fa di fronte a una tale evenienza e di fronte ai Lager dei russi, dove mettono dentro persone per farle morire, e dove sono morte milioni di persone dopo la guerra, a detta di alcuni 10 milioni, a detta di altri di 45 milioni di persone solo dopo la guerra! Di quelle trasportate dalla zona occupata in Europa dalle truppe russe. E che cosa ne pensa degli ospedali Psichiatrici per gli intellettuali? Questo è un discorso che si deve fare, lei deve farlo e desidererei sapere se lei si adagia al destino o reagirà, e come? Desidererei una risposta univoca. Se non siamo più sulla strada della dialettica democratica, e lei svincola, allora non c'è niente da fare! Lei, credo, deve dire univocamente sì o no. Sincera franca deve essere la sua risposta.

Signori questi sono i temi non quelli dei vigili del fuoco, del libro fondiario, delle cooperative e via dicendo, di fronte alla situazione italiana che preoccupa tutti, e mentre tutto il mondo è preoccupato. Noi facciamo finta di niente e gli altri di occupano, anche la CIA si occupa in bene o in male! Io non sono partigiano di nessuno, voglio sapere soltanto se possono in qualche modo salvare la nostra libertà democratica. Tutto il mondo è preoccupato fuori che l'Italia, fuori che gli italiani, anche gli alleati, anche i paesi non allineati, anche coloro che ci guarda-

no dall'Est sono preoccupati per noi, per un senso e gli altri per un altro senso. Come la mettiamo quindi con questa realtà storica attuale, con questa che non è un romanzo perchè se fosse un romanzo allora direi che avrei dovuto sedermi un quarto d'ora fa. E' una verità. A questa verità come risponde? Se risponde in senso chiaro e netto le sarò molto grato, altrimenti il discorso andrà avanti un'altra volta. Grazie.

PRESIDENTE: La parola al cons. Manica.

MANICA (P.S.I.): Signor Presidente, signori consiglieri, senza dubbio la mancanza di un sufficiente tempo materiale a disposizione dei consiglieri, specie, ovviamente, di minoranza, ma non solo di quelli, non consente obiettivamente di affrontare la discussione sul bilancio di previsione e soprattutto sulle dichiarazioni del Presidente della Giunta regionale, in modo compiuto ed approfondito almeno come avrei avuto desiderio di fare.

Questo anche se la Presidenza del Consiglio ha accolto la nostra richiesta di spostare ad oggi il dibattito.

E' troppo poco, signor Presidente, il tempo a disposizione tenuto conto degli impegni in sede provinciale per cui mi permetto di chiedere alla Presidenza che ci sia, di norma, un lasso di tempo di 8-10 giorni fra le dichia-

razioni del Presidente della Giunta regionale ed il conseguente dibattito.

Solo così sarebbe possibile, in linea di massima, procedere ad un esame collegiale delle cose da parte dei nostri organi consiliari e da parte anche dei nostri partiti.

Ciò tornerebbe evidentemente a vantaggio del dibattito e del contributo al dibattito, che risulterebbe più approfondito ed arricchito dall'apporto critico delle varie istanze politiche in maniera, senza dubbio, più compiuta di quel che non possa essere fatto in questa occasione.

Detto questo, vengo ad alcune brevi considerazioni non tanto sulle cifre che sono, nella realtà, anche più modeste di quelle finali risultanti di 20 miliardi se si tiene conto di partite in giro una delle quali (quella riferita al personale a disposizione delle Province) è anche cospicua, quanto piuttosto sulle dichiarazioni del signor Presidente della Giunta regionale.

Sempre in tema di cifre, comunque, ci pare di poter condividere le preoccupazioni della Giunta regionale sulla entità delle entrate che non assicurano una "vita", diciamo così, normale all'ente ed alle sue possibilità operative, sia pure nei modesti e limitati campi delle competenze, che sono rimaste alla Regione. Per cui ci

pare doveroso sollecitare, da un lato, la Giunta regionale ad affrontare, da ogni angolo visuale, il problema, dall'altro, di assecondare, in certo senso, tutte le iniziative nei confronti del Governo che la Giunta ritenesse di andare ad assumere e già in parte prospettate al Consiglio e pur in presenza di norme di legge. Non aggiungo di più perchè pare difficile andare più in là in presenza di una rigidità di bilancio o quasi che è quella che è.

Ma è forse o, meglio, proprio per questo, anche se non solo per questo evidentemente, signor Presidente, che sposto la nostra attenzione dalle cifre ai contenuti delle dichiarazioni del Presidente della Giunta regionale. Le quali dichiarazioni esaurienti e puntuali per quanto riguarda lo stato attuale ed in prospettiva anche ravvicinata delle norme di attuazione sono, direi se me lo consente, signor Presidente, piuttosto dimesse, non solo rispetto al proclamato intento di andare verso la ricerca di mezzi e modi per "reinventare" la Regione, che non è cosa di poco conto e che appare sotto un profilo, anche ambizioso, ma rispetto ai tre punti che, mi pare, si possa dire, stanno alla base delle sue dichiarazioni:

- 1) quanto è stato realizzato;
- 2) quanto si intende realizzare;
- 3) le considerazioni politiche finali.

Prima di prendere in esame i

tre punti enunciati desidero soffermarmi ancora e per un momento sulle norme di attuazione per le quali ci sembra di poter dire che è stato fatto un buon lavoro da parte della commissione competente, e pur non dimenticando che i tempi previsti dalle leggi dovrebbero essere rispettati, anche per non legittimare, sollevare, suscitare rimostranze politiche, che risulterebbero incontestabilmente giustificate. Dico questo, almeno sul piano personale, che tutto, dico tutto, e quindi anche i tempi, possano essere sacrificati sull'altare di una buona opera, valida nel tempo, che risulti di maggiore chiarezza, ampiezza ed estensione in un campo tanto delicato e decisivo per la vita futura dell'autonomia e dia vita quindi a norme qualitativamente capaci di affermare nei fatti la valorizzazione ed ogni possibile ampliamento della nostra autonomia, sia essa riferita alla sfera regionale che provinciale. Come mi pare sia avvenuto, almeno per certi aspetti importanti e pur con la forzata rinuncia alla possibilità di instaurare rapporti diretti con la CEE in materia agricola per quanto riguarda regolamenti, applicazione ed adattamento degli stessi alla realtà della nostra agricoltura regionale e dei conseguenti rapporti di carattere finanziario. Avrebbe ciò, senza dubbio, come era nelle aspettative nostre e vo-

stre, assunto un aspetto indubbiamente importantissimo. Peccato che ciò non sia avvenuto. C'è ora da augurarsi che si arrivi ad una definizione, come da lei detto, della misura 111, che sani una situazione palesemente insostenibile accogliendo punti di vista, che obiettivamente si pongono il fine di dare una giusta e definitiva soluzione del problema nell'interesse generale, punti di vista che, per quanto li riguarda, i socialisti hanno concretizzato nel disegno di legge presentato dall'on. Ballardini. Così come tale augurio va esteso alle norme ancora da definire, tra le quali l'attuazione della misura 118 del "Pacchetto", a proposito della quale desidero sottolineare che c'è una esigenza da non sottendere da parte di chichessia, Province competenti a legiferare comprese: tale esigenza è che non siano scalzati i principi fondamentali che stanno alla base della nazionalizzazione del settore elettrico, pur con le sue manchevolezze e le sue deficienze sul piano pratico.

Manchevolezze e deficienze, signor Presidente, che possono, sempre ed in ogni momento, essere sanate in una visione di maggiore efficienza, che poggi le sue basi sul concetto che produzione, trasporto e distribuzione dell'energia elettrica debbono avvenire in maniera unitaria nel rispetto, quindi, di una gestione economicamente valida. Al di fuori di ciò credo che saremmo destinati ad

inoltrarci su una strada estremamente infida e che, difficilmente, potrebbe, almeno penso io, trovare i socialisti con -senzienti. Così pure, ed il di scorso vale per le forze presenti nel Consiglio regionale, la questione dei servizi radio-televisivi, che va affrontata sul piano della legge di riforma, la cui attuazione pratica servirebbe ad introdurre principi ed enunciazioni di carattere democratico e partecipativo delle Regioni e delle forze politiche in misura rilevante e, comunque, sconosciuta per il passato.

E cosp per il Tribunale di giustizia amministrativa, che rappresenta un sacrosanto diritto delle nostre popolazioni.

E vengo a quelli che ho chiamato, per comodità, i tre punti fondamentali delle sue dichiarazioni, dichiarazioni che mi sono permesso di definire dimesse.

Perchè un tale giudizio, sostanzialmente negativo, signor Presidente, del gruppo socialista? Brevemente sul primo punto, vale a dire su quanto realizzato in questo anno sul piano legislativo e che si concretizza, come d'altronde sottolineato nelle dichiarazioni del signor Presidente della Giunta regionale, da un lato nel provvedimento fiscale che ha, peraltro, visto l'astensione del gruppo socialista per il mantenimento, in esso, di norme da ripudiare sul piano dei rapporti civili

tra ente pubblico e cittadini è, dall'altro, alle due leggi sui "comuni", le chiamerò così per brevità.

Mi riferisco, per quanto riguarda la prima legge, alla norma del silenzio-rifiuto per la quale abbiamo chiesto, ma non ottenuto dalla Giunta regionale, un radicale cambiamento con la istituzione di rapporti civili, sottolineando come ciò avrebbe significato non solo il rispetto di un elementare diritto del cittadino, quello di ottenere comunque una risposta negativa o positiva che fosse, poco importa ai fini di quello che abbiamo sostenuto, ma il rispetto di se stesso da parte dell'ente pubblico, che non può mantenere un rapporto di sostanziale disprezzo verso il cittadino da un lato, e sottrarsi dall'altro ad un elementare dovere quale è quello di "rispondere".

Mi consentirà, signor Presidente, di osservare che, lasciando da parte quello che ho definito un "infortunio" seppur grave della Giunta regionale, il motivo del no ad una nostra richiesta che trovava la sua ragion d'essere, oltre che in quanto già detto, nel fatto che un ente autonomo deve saper esprimere la sua capacità di decisione se non vuol venir meno alla sua stessa natura ed alla sua funzione, il motivo del no si è dimostrato, nei fatti, anche del tutto privo di consistenza pratica dato il duplice rinvio del relativo disegno di legge.

Ma l'aspetto più serio, signor Presidente, circa il quanto "realizzato" va fatto risalire alle due leggi richiamate nella sua relazione e che si riferiscono al trattamento giuridico ed economico dei dipendenti comunali e dei segretari comunali, nonché all'indennità di carica a favore degli amministratori comunali ed alla istituzione dell'assegno vitalizio a favore dei sindaci.

Non torno evidentemente a riesaminare i due disegni di legge e i loro contenuti che hanno visto, se mi è consentito dirlo, un serio impegno critico del gruppo socialista, inteso a chiedere sostanziali modifiche, per noi ovviamente dal nostro punto di vista migliorative, ma non solamente migliorative, anche, e per certi versi, alternative.

Non riprendo evidentemente argomenti già svolti in occasione della discussione dei richiamati disegni di legge. Mi limito solo a ricordare che sui due provvedimenti di legge, sui quali la Giunta regionale avrebbe potuto abbastanza agevolmente, dico io, ottenere il consenso dei socialisti, che hanno sempre sostenuto e sostengono i buoni diritti sia dei dipendenti dei comuni, sia degli amministratori dei comuni, la Giunta regionale stessa ha dovuto registrare il nostro dissenso mancando, da un lato, l'occasione per fare due leggi più compiute e più giuste, e, dal-

l'altro, l'occasione di un incontro sulle cose, se mi è consentito dire così, tra la maggioranza che governa ovviamente e l'opposizione di sinistra o quanto meno del gruppo socialista che, con rammarico, e lo ripeto, ha dovuto osteggiare, per taluni contenuti, due leggi che avrebbero potuto assumere un significato politico ben diverso da quello che, in effetti, hanno assunto. Ecco perchè ho definito, forse con una dizione non del tutto appropriata, "dimesse" le sue dichiarazioni, nel caso specifico, riferentesi a quanto attuato. Ed ora ecco perchè sono a definire "dimesse" le sue dichiarazioni rispetto a quanto si intende realizzare, vale a dire al programma per il prossimo anno. Non mi soffermo sul disegno di legge di disciplina dell'imposta di soggiorno, sul quale il Consiglio sarà chiamato a decidere tra non molto, per cui in quella occasione, ormai prossima, almeno penso, il gruppo socialista avrà modo di esprimere il suo giudizio. Senza esprimere, ora come ora, valutazioni di merito, penso di dover affermare che l'atteggiamento dei socialisti in proposito sarà riferito in larga parte, in larga misura, alla considerazione se il disegno di legge proposto dalla Giunta sia da collocarsi o meno in una visione generale, e non solo di reperimento di fondi, della politica turistica da perseguire nell'interesse dell'economia regionale.

Mi soffermo invece, sua pure brevemente, sugli altri problemi elencati nelle sue dichiarazioni

programmatiche. E tra queste, per prima, la questione della disciplina delle cause di incompatibilità con la carica di consigliere regionale. A questo proposito penso che lei, signor Presidente della Giunta regionale, sia troppo attento alle cose per ascrivere a dimenticanza o ad errore di omissione il fatto che nessun cenno si faccia alle cause di ineleggibilità, che pure hanno tenuto banco anche in occasione delle ultime elezioni regionali. E' questo, e mi pare di doverlo affermare, un aspetto estremamente grave in una materia tanto delicata e che, accantonato dalla maggioranza, porterebbe al varo di una legge del tutto parziale ed incapace di sciogliere i nodi del contendere anche così come si sono configurati nella già ricordata occasione delle ultime elezioni regionali. E' già di per sè grave il fatto che la Giunta sia tuttora inadempiente a questo proposito, per cui, se dovessimo aggiungere quest'altra cosa, la questione sarebbe, e lo ripeto, estremamente grave. Ciò malgrado assicurazioni, peraltro piuttosto generiche, dell'assessore Bertorelle in risposta ad una mia specifica interrogazione. E' vero, signor Presidente, che anch'io avevo preannunciato l'iniziativa socialista in carenza di iniziativa da parte della Giunta regionale. Il disegno di legge lo abbiamo predisposto e non da ora,

rimanendo solo qualche particolare da definire e che potrebbe, tutto sommato, essere definito anche dopo la presentazione formale del disegno di legge, ma vorremmo vedere il disegno di legge della Giunta e mi auguro che questo "desiderio" venga sollecitamente soddisfatto. Ma, ripeto, il disegno di legge è predisposto e potrebbe darsi che, presentato, incontrasse il favore anche di taluni settori della maggioranza.

Con l'occasione o con provvedimento a parte diciamo che, oltre le cause di ineleggibilità e di incompatibilità, si dovrebbe affrontare il problema del cumulo totale o parziale che sia, non importa, della indennità di consigliere regionale con quella derivante da emolumenti percepiti dai singoli consiglieri nella loro qualità di dipendenti da enti pubblici. Non mi nascondo le difficoltà di giungere a tanto stante le attuali norme di legge che regolano la materia in campo nazionale, ma ci pare giusto prendere in mano la questione e risolverla nel senso che il consigliere regionale deve svolgere il proprio mandato non avendo altre attività alle quali dedicarsi o almeno altre attività retribuite alle quali dedicarsi. Gradirei sentire, in proposito, il pensiero della Giunta.

Circa gli enti locali si può apprezzare il proponimento di pervenire alla elaborazione di una legislazione organica ed avanzata sugli enti locali, ma ci pare un po' poco una tale enunciazione che

mantiene il tutto nel vago, pur ricordando che si intende far precedere a ciò una conferenza regionale sugli enti locali. Concordando, signor Presidente, sul fatto che si arrivi per tale conferenza ad una soluzione che veda la responsabilità congiunta del Consiglio regionale e della Giunta e concordando pure sul calendario di massima, penso che il problema principe sia costituito dal sollecitare ed ottenere, soprattutto ottenere, una partecipazione larga, responsabile e preparata, sul piano delle conoscenze, da parte degli amministratori, di coloro che vivono la vita amministrativa quotidiana, in modo che non sia fatto solo dell'accademia o giù di lì, o studi anche pregevoli destinati a rimanere tali o a non trovare, legislativamente parlando, soluzioni adeguate.

Non riprendo, signor Presidente, tutti i temi proposti nella relazione, vale a dire servizio antincendi per il quale la delega alle Province è obbligatoria in base al "Pacchetto" o delle Camere di commercio industria e agricoltura per le quali, a suo tempo, il nostro gruppo aveva indicato la strada della soppressione. Così come non riprendo la questione della previdenza sociale, per la quale abbiamo continuato ad insistere, ed insistiamo anche in questa occasione, per un provvedimento che copra tutte le necessi

tà di tutte le categorie scoperte o coperte in modo inadeguato dalla legislazione statale. Ciò che, peraltro, non è mai stato fatto in quanto tutti i provvedimenti di legge presentati sono di carattere particolare, categoriale, settoriale.

Desidero solo, signor Presidente, chiedere maggiori lumi, più che sull'istituto regionale per le prestazioni previdenziali in favore dei dipendenti di enti pubblici locali regionali, le cui finalità sono abbastanza chiare, anche se rimangono da discutere problemi di notevole portata sui modi e sul come arrivarci e sul finanziamento, bensì sugli appositi istituti autonomi da istituire in materia di protezione dei lavoratori.

Questo perchè, signor Presidente, mi sembra che potrebbe essere un argomento di grande interesse e di attualità e che, comunque, una iniziativa del genere potrebbe arrecare degli eventuali benefici al mondo del lavoro. Ciò anche se agguingo che non si può dimenticare che la creazione di nuovi enti non risolve di per sé il problema specie se si mantengono in piedi anche le bardature burocratiche esistenti e le cui carenze, ed i cui ritardi sono troppo noti per meritare commento. E' vero che avremo occasione di parlarne, ma le sarei grato se fin da ora potesse aggiungere qualcosa al poco che è nella relazione in modo da avere le idee un po' più chiare in proposito.

Non mi soffermo, signor Presidente, sul tema della cooperazione, sul quale avevo espresso alcune considerazioni in occasione del dibattito sul programma e sull'accordo di coalizione per la formazione della Giunta regionale in carica, limitandomi solo a ribadire il grande interesse che i socialisti hanno per la cooperazione e, soprattutto, per la funzione sociale della cooperazione, che è quella che in definitiva conta. A questo proposito penso di suggerire che molta attenzione dovrà essere dedicata alle cooperative di produzione ed edilizie, che vanno assumendo nella nostra Regione un rilievo sempre maggiore.

Detto questo, peraltro, vengo ad affrontare, sempre brevemente, quella che noi giudichiamo, forse, la più grave carenza nella sua relazione. Mi riferisco per la esattezza alla assistenza sanitaria in rapporto alla esistenza ed alla funzione degli enti ospedalieri. Io non so quali, e se ci siano, motivi che hanno consigliato il signor Presidente a non accennare, almeno mi pare, dico accennare al problema, che è di importanza massima e che, come tale, avrebbe meritato un posto nella relazione.

A parte le norme di principio sul nuovo stato giuridico dei dipendenti degli enti mutualistici, norme che non potranno prescindere dal loro impiego in questo quadro, resta il fatto

che gli ospedali così come sono configurati nella legislazione vigente rappresentano una remora o, comunque, non trovano una collocazione nel quadro della riforma socio-sanitaria, che trova le sue ragioni nella graduale ma decisa eliminazione dello squilibrio tra cura e prevenzione ed il diaframma esistente tra ospedali e presidi extraospedalieri. Prevenire significa programmare gli interventi per modificare gli ambienti e le condizioni di vita e di lavoro, per fare dell'integrità fisica e psichica della popolazione l'obiettivo principale della riforma. Il momento della prevenzione, sul quale insistiamo quale condizione "sine qua non" per un'azione riformatrice non va perciò inteso nel senso di diagnosi precoce, ma nel senso di un'azione più a monte per individuare ed eliminare le cause di insorgenza della malattia. Il che significa, in altri termini, individuare i rischi specifici connessi agli ambienti di vita e di lavoro e alle varietà, nonché i rischi generici che possono colpire tutte le categorie di cittadini: inquinamenti ambientali, tutti i tipi di sofisticazioni, da quelle alimentari a quelle farmaceutiche, le deficienze edilizie ed urbanistiche, la diffusione di germi, distacchi di tensioni particolari e connessi al nostro sistema di vita sociale. In questa prospettiva l'ospedale assume un ruolo nuovo e si colloca come uno dei presidi sa-

nitari nell'ambito dell'unità territoriale dei servizi sociali estesi indistintamente a tutta la popolazione in ottemperanza al diritto costituzionale per il cittadino alla tutela della salute e gestiti con il controllo democratico degli utenti.

E' un passo questo, signor Presidente, tolto da una relazione di minoranza predisposta dal collega Tomazzoni in occasione della discussione sul "Piano ospedaliero della Provincia autonoma di Trento". Che cosa imputiamo alla Giunta ed in particolare alla D.C., che è maggioranza in Giunta provinciale a Trento e nella Giunta regionale? Imputiamo il fatto di non voler legiferare in sede regionale sugli enti ospedalieri, pur avendo la Regione la relativa competenza che deriva ad essa dal "Pacchetto" e dalle norme di attuazione in tema di ordinamento.

Arriviamo, con ciò, all'assurdo che, in sede provinciale non si legifera perchè non c'è la competenza o si legifera in modo insufficiente e contraddittorio rispetto ai principi che vengono enunciati ed in sede regionale non si legifera perchè non si vuole. Crediamo che sia ora di finirla con questo stato di cose e che ci si metta una buona volta d'accordo se si vuole, veramente, fare gli interessi delle nostre popolazioni camminando verso la più completa possibile delle riforme socio-sanitarie in rispondenza, tra l'altro, a quanto

previsto anche in campo nazionale. Se ci sono difficoltà lo si dica e, comunque, si affrontino se ci sono; qualunque sia l'eventuale ostacolo va tolto discutendo con chi l'ostacolo stesso ha interesse a mantenere. Ci sono di mezzo questioni molto grosse e che non possono essere accantonate per questioni magari di equilibri di Giunta o malintesa volontà di non dare attuazione a norme che, bene o male, ci sono e vanno applicate.

Attendo, quindi, dalla cortesia del signor Presidente della Giunta regionale una chiarificazione che mi sembra più che opportuna, in proposito.

E vengo, rapidissimamente, signor Presidente, alla conclusione di questo mio intervento con qualche telegrafico riferimento alle considerazioni politiche finali.

Signor Presidente! Proprio perchè il "material", lo dico tra virgolette, che deriva alla Regione dalle competenze legislative è piuttosto poco, credo di poter affermare che le sue considerazioni politiche finali avrebbero dovuto trovare uno spazio maggiore e, se mi consente, e non se ne abbia per la osservazione del tutto bonaria, con espressioni meno ermetiche. Tuttavia, credo che possiamo affermare di condividere, in linea di massima, le considerazioni relative ad una vita più serena, più distesa della convivenza nella nostra Regione, anche se l'in

tervento del collega Benedikter ha riproposto temi che pare non collimino con ciò, stante il riferimento all'atteggiamento su taluni punti dei rappresentanti trentini che sono stati, almeno mi pare, duramente ripresi. Ritengo solo di dover notare come a ciò, semmai, abbiano concorso tutte le forze politiche e le forze sociali dell'arco costituzionale operanti nella Regione e con particolare riferimento a quelle operanti in Alto Adige. Vorrei solo che questo processo abbia da avvenire in profondità e per convinzioni maturate, più che per eventuali rinunce, magari temporanee, a procedere sulla strada della affermazione del ruolo della Regione in tutti i sensi dove il ruolo stesso possa configurarsi o non siano vere o non siano stante le affermazioni del collega Benedikter, che mi hanno reso perplesso, non tanto per i contrasti che sono stati denunciati e che possono comunque verificarsi, quanto per il tono che non per la sostanza esigono dei chiarimenti. E' sul terreno del ruolo, e concludo, che avremmo volentieri sentito il pensiero della Giunta e del suo Presidente sul quanto può fare, ad esempio, la Regione per aiutare, pur con i limiti che derivano ad essa dalle norme, dalla sua capacità, dalle sue possibilità di azione, il processo di costruzione di una Europa che stenta a ritrovare se stessa per il prevalere almeno, e per talu-

ni aspetti, di interessi nazionali, che hanno una loro validità, ma che vanno considerati ed affrontati nella visione di insieme dell'Europa e delle esigenze delle sue popolazioni.

Ecco perchè, anche succintamente, avremmo voluto che avesse trovato posto nella sua relazione qualche cenno sulle vicende e sulla Regione alpina, un giudizio sulle cose e sulle prospettive di essa. Un ruolo distinto, un ruolo promozionale. Come avremmo voluto un giudizio più ampio e puntuale sulla situazione di crisi in cui si trova l'economia regionale nel quadro della situazione generale del paese, che è una situazione in evoluzione di svolta, e qui condivido, in un certo senso, il suo giudizio, che tocca, in modo più o meno grave, tutti i popoli. Il riferimento alla disoccupazione in Regione alla sottoccupazione, alla troppo spesso vana ricerca giovanile di prima occupazione è senza dubbio estremamente importante ed emblematico, signor Presidente, ma non è di per sé sufficiente pur nella sua drammaticità. Così come sulla crisi politica e morale che scuote il paese. Un giudizio ed un pensiero della Giunta regionale e del suo Presidente sulla situazione economica, sociale e produttiva e sulle terapie, auspicabilmente, da adottare per superare la crisi in atto in Regione, sarebbe stata certamente da noi, almeno da noi sicuramente, apprezz

zata e non avrebbe potuto assumere, se non in presenza di malafede, il carattere di interferenza negli affari delle Province con le loro specifiche competenze. Avrebbe, a nostro avviso, potuto assumere il significato di una utile sintesi di valutazioni ed in definitiva un contributo per affrontare, pur nella diversità delle competenze, i comuni problemi che interessano da vicino tutti gli enti autonomi, gli enti locali, gli enti economici ed, in definitiva, i lavoratori trentini e sudtirolesi, le popolazioni trentine e sudtirolesi che, in definitiva, sono quelli che contano.

PRESIDENTE: Prima di dare la parola al cons. Avancini, siccome ho avuto alcune richieste, confermo l'orario stabilito l'altro giorno, mercoledì, in mia assenza dal Presidente Oberhauser, cioè oggi facciamo seduta anche notturna, sia chiaro. Lavoreremo fino alle 19-19 e un quarto in base agli interventi che ci sono, riprendiamo alle 20.30, verso le 23 vediamo a che punto siamo, se val la pena di finire concludiamo, se dovesse protrarsi troppo andremo a domani pomeriggio. Questo rimane confermato. La parola al con. Avancini.

AVANCINI (P.S.D.I.): Signor Presidente, signori consiglieri, non vi è dubbio che la discus-

sione sul bilancio preventivo per il 1976 della Regione avviene in clima politico e sociale assai diversi da un anno fa.

Il 15 giugno infatti è suonato un campanello d'allarme per i partiti del centro-sinistra e l'elettorato ha democraticamente richiamato soprattutto la democrazia cristiana alle sue responsabilità quale partito guida della politica italiana.

Tali indicazioni dell'elettorato non hanno modificato la fisionomia del Parlamento, nè hanno avuto riscontro immediato nella nostra regione, ma hanno tuttavia richiamato l'attenzione di tutti gli italiani ad una più realistica e concreta visione delle cose nel campo politico, sociale ed economico. Chi dalle elezioni amministrative del 15 giugno scorso si attendeva una chiarificazione è rimasto profondamente deluso. Le polemiche sorte all'indomani del 15 giugno per la formazione delle giunte degli enti locali hanno contribuito a rendere più precaria la situazione del paese ed a mio modo di vedere, ad aumentare la confusione in quanto sono andati sempre più sfumando i confini fra maggioranza ed opposizione di sinistra. Aggiungiamo il fatto che l'attuale governo non basato su una sicura maggioranza è costretto a vegetare. Ci rendiamo conto che la situazione diventa maggiormente precaria, anche per la difficilissima situazione economica in cui ci troviamo e che ha avuto

riflessi negativi anche sull'economia della nostra regione. La tempestività e gli sforzi compiuti dalle Province autonome nel recepire i fondi del pacchetto anticongiunturale sono senz'altro un fatto positivo e mi auguro possano produrre i loro effetti per impedire una recessione economica che andrebbe a tutto danno dei lavoratori e delle classi meno abbienti.

Non si può certo pensare che i provvedimenti anticongiunturali possano risolvere definitivamente una crisi che ha ragioni lontane e profonde.

I partiti di centro sinistra ed in particolare la democrazia cristiana sono alla ricerca di una collocazione più precisa nell'ambito politico della nostra Nazione ed in qualche caso mi sembra di poter dire che qualcuno si è lasciato prendere dal panico e quindi non ha valutato con serenità e coraggio la situazione che si è venuta a creare dopo il 15 giugno.

Forse il PSI ha ritenuto di affossare troppo sbrigativamente il centro sinistra (il collega Lorenzi preferirebbe usare il verbo a lui caro "di spazzar via") senza avere una realistica formula di ricambio per cui il PCI, che indubbiamente sul piano psicologico è oggi il più forte, tanto che lo stesso Agnelli, Presidente della Confindustria e della FIAT, sembra preferire il colloquio con il PCI, condiziona oggi il Parla-

mento e si è inserito in numero se maggioranze delle Regioni e degli enti locali, divenendone protagonista.

Il PSI insiste nel voler corrispondere il PCI nel governo nazionale in quanto ritiene che in presenza di una gravissima crisi economica sia l'unica soluzione possibile.

Mi sembra tuttavia molto difficile che il PCI sia disposto ad appoggiare il governo senza riservarsi il diritto di esserne il protagonista e successivamente l'unico detentore del potere, come è sempre avvenuto fino ad oggi in tutti i Paesi europei ed extra europei, dove si è tentata una tale esperienza.

Ecco perchè io ravviso nell'atteggiamento del PSI una politica contraddittoria in quanto, non vuole il compromesso storico perchè ha paura del Partito comunista e teme di esserne schiacciato, dall'altra parte conduce una politica degli enti locali, che si ispira ad un'assoluta preferenza per il Partito comunista, contribuendo in questo modo ad allargare il potere dei comunisti, e favorisce quindi il compromesso storico.

Nel momento in cui il PCI dovesse diventare indispensabile sostegno del governo non sarà difficile, per quel partito, entrare a far parte del governo. In questo caso la situazione italiana cambierà radicalmente. I dirigenti comunisti aspettano pazientemente che arrivi questo momento.

In questo clima di confusione mi pare di poter individuare un fatto positivo e cioè che i due partiti socialisti, PSI e PSDI, pur operando su linee politiche diverse, hanno trovato un punto comune di non trascurabile importanza e cioè si sono trovati d'accordo nel respingere l'ipotesi del compromesso storico. Recentemente si sono trovati d'accordo sul problema dell'aborto. Non sono fatti da sottovalutare, in quanto non è fuori dei tempi la proposta che noi abbiamo fatto di instaurare nuovi rapporti con i socialisti, senza pensare naturalmente ad una nuova unificazione che già gravi ed irreparabili danni ha portato all'Italia. E' vero che molto spesso in questi giorni (vedi caso Olanda, di cui parleremo dopo) i socialisti ci hanno trattato malissimo e tendono ad emarginarci il più possibile, ma la gravità della situazione non ci consente di polemizzare come abbiamo fatto in altri tempi, senza con questo rinunciare alla nostra dignità ed alla nostra ragione d'essere.

Io mi rendo conto che certi traumi del passato non possono essere superati così agevolmente, anche se la scissione del 1969 incomincia ad essere lontana. Indubbiamente quegli eventi hanno suscitato nel partito socialista una aspra ed irritata polemica nei nostri confronti. Sono stati commessi degli errori da parte di tutti e certamente

gravi, ma gli errori degli altri non giustificano certamente i nostri.

E' in atto nei partiti della DC, del PSI e del PSDI un importante ed interessante momento di chiarificazione, di ristrutturazione e di rinnovamento.

Sono fermamente convinto, l'ho detto l'anno scorso e lo ribadisco ora, che coloro che hanno commesso errori di valutazione e di conduzione politica, in buona fede, debbono essere sostituiti, e sono certo che i congressi del tardo inverno, porteranno qualche cosa di nuovo e di più preciso e di più impegnato e di più concreto nella politica del mio partito e mi auguro anche in quello degli altri.

La necessità di superare le correnti è condivisa e dichiarata da tutti, rimane in me solo il sospetto che qualcuno che dice a parole di voler superare le correnti non abbia in cuor suo l'aspirazione o la volontà di creare una nuova corrente che sia la corrente che vuol superare le correnti. Sarebbe un'operazione di potere che porterebbe alla rovina definitiva i partiti democratici a vantaggio unico e solo del PCI. Ecco perchè con il PSI dobbiamo cercare il colloquio e dobbiamo cercare accordi su cose concrete, pur rendendomi conto che in sede locale il discorso è oggi impossibile, dati gli atteggiamenti e le posizioni massimalisti che del PSI.

Il PCI il 15 giugno ha raccolto

to molti voti di protesta; io non credo che gli elettori, che hanno mutato parere vogliano una società più vicina al modello comunista, credo che il voto per i comunisti ha voluto rappresentare un "no" al cosiddetto malgoverno ed alla inefficienza dei partiti democratici italiani, anche se il mito e la perfezione dei comunisti ha avuto in queste ultime settimane delle chiare e precise smentite. La verità è che i partiti ad esclusione del partito comunista godono oggi, in Italia, di scarso credito. E' necessario risalire la corrente con coraggio e con determinazione.

All'indomani del 15 giugno abbiamo assistito ad uno spettacolo desolante e sconsolante. Alcuni nostri compagni hanno ritenuto opportuno abbandonare partito ed elettori per correre sul carro del presunto vincitore.

I codardi ed i vili si conoscono nei momenti di pericolo. Tali individui non meritano che il pubblico disprezzo. Ho accennato prima al fatto d'Olanda che ha avuto uneco enorme nel Consiglio provinciale di Trento, in questo Consiglio e nell'opinione pubblica.

Il Tribunale di Trento ha fatto giustizia in maniera netta ed inequivocabile. Rimane tuttavia un fatto incredibile e sconcertante per il modo con cui questo fatto è stato gonfiato, in maniera incoerente e sotto

molti aspetti disumano da parte del PSI, del PCI e del giornale "Alto Adige".

Forse in questo caso sarebbe o più giusto personalizzare l'azione dei due partiti e dare ad essa il nome di Virgili e Iginio Lorenzi. Il fatto ha avuto tutta via anche dei riflessi positivi in Consiglio provinciale, dove il PSI ed il PCI sono rimasti isolati, in quanto tutti gli altri partiti hanno ritenuto opportuno respingere, per un verso o per l'altro, quell'assurda mozione presentata dalle sinistre. Ringrazio quei colleghi che in un momento così difficile e doloroso hanno espresso concretamente la loro solidarietà. Un ringraziamento particolare lo debbo esprimere pubblicamente al Presidente Kessler, che con competenza e generosità ha difeso i componenti della Giunta regionale del 1968.

Lorenzi e Virgili non hanno ritenuto opportuno manifestare la loro solidarietà e per oltre due mesi siamo stati oggetto di una vera e propria persecuzione, che non trova giustificazione alcuna, nè sul piano umano, nè sul piano collegiale. Dopo tanti anni di lavoro in comune ci si poteva attendere ragionevolmente un atteggiamento meno ostile, dato anche il fatto che proprio Virgili il giorno in cui è giunta la notizia del rinvio a giudizio mi aveva personalmente manifestato la sua intenzione di lasciarci tranquillamente arrivare al giudizio del Tribunale. Ma l'etica del potere ha evidentemente prevalso sull'

etica della collegialità, dell'amicizia e della solidarietà, tanto da portare ad una macroscopica incoerenza da parte dei due partiti, i quali si sono ben guardati dal presentare una mozione analoga in Consiglio regionale, sede naturale del dibattito ed in Consiglio provinciale di Bolzano. Sarebbe interessante conoscere i motivi per cui i comunisti e socialisti non hanno sollevato la questione in Consiglio provinciale di Bolzano, dove ci sono pure casi analoghi, ed in Consiglio regionale, dove addirittura il Presidente era implicato nella vicenda dell'Olanda. Nemmeno dopo l'assoluzione con la formula più ampia ci si è dati pace e si è fatta un'autocritica; Virgili addirittura ha cercato di riformare la sentenza, ha detto che bisognava assolverci "per amnistia"....., almeno queste sono le dichiarazioni pubblicate dalla stampa, e da parte di certa stampa si è già ipotizzato il ricorso in sede di appello, con la speranza di continuare così la persecuzione. Ci si è riempiti qui la bocca soprattutto da parte di Virgili e di Lorenzi, di etica, il dizionario filosofico di Abbagnano, a pag. 352, dice che l'etica è in generale la scienza della condotta dell'uomo, ma precisa subito che esistono due concezioni fondamentali di questa scienza e cioè:

- 1) quella che la considera come la condotta degli uomini de-

ve essere indirizzata e dei mezzi per raggiungere tale fine;

- 2) quella che la considera come la scienza del movente della condotta umana e cerca di determinare tale movente in vista di dirigere e disciplinare la condotta stessa.

La prima parla dell'ideale a cui l'uomo è indirizzato dalla sua natura, la seconda parla dei motivi o delle cause della condotta umana o delle forze che la determinano e pretende di attenersi ad riconoscimento dei fatti. La confusione tra questi due punti di vista eterogenei è stata resa possibile dal fatto che entrambi si presentano abitualmente nella forma apparentemente identica di una definizione del bene. Ecco quindi che anche Stalin, Hitler, Franco, avevano una loro etica e da parte di Virgili è sembrato veramente una persecuzione di tipo staliniano. Insisto nel dire atteggiamenti di Virgili e Lorenzi in quanto ho la certezza che il loro atteggiamento non è stato condiviso dai loro compagni di gruppo, anche se ritengo che Virgili sia stato trascinato in questa vicenda da Lorenzi. E' prevalsa comunque in lui l'etica del potere che calpesta l'individuo e non tiene conto alcuno delle sue esigenze umane, il desiderio di conquistare detto potere che egli spesso, per un complesso freudiano, attribuisce ad altri e in particolare al sottoscritto. Sono ancora vivi in tutti noi i metodi staliniani,

cui in questo caso Virgili sembra essersi richiamato. Effettivamente ho notato in lui dopo il 15 giugno atteggiamento prepotenti, arroganti e qualche volta sprezzanti e violenti e mi pare di poter dire che questo è un piccolo, ma significativo segno di come si comporterebbero questi uomini se dovessero veramente conquistare il potere. L'opinione pubblica ne ha preso atto e ha valutato i fatti nella loro giusta dimensione.

Per Lorenzi invece il discorso è diverso. Sembra egli aver abbracciato l'etica della scopa; perfino sui manifesti, affissi in città, ha detto che è necessario "spazzare via" la Giunta centrista. Egli sembra essersi ispirato a Ghedafi il quale non ha esitato, senza ragione alcuna, a spazzare via dalla Libia gli italiani vivi e morti. Il suo massimalismo lo porta a considerare con disprezzo di centro o di destra, quelli che non la pensano come lui, per cui il colloquio diventa difficile, se non impossibile. Nulla va bene per lui nemmeno la legge sull'edilizia, preso com'è dall'avversione, direi fisica, nei confronti dei componenti della Giunta provinciale di Trento. Io mi auguro una cosa, che la base del suo partito riesca a spazzare via lei dalla carica che ricopre, in quanto già troppo danno lei ha portato al socialismo trentino ed alla popolazione trentina. Siamo stati

insieme qualche tempo nel partito unificato, uomini della sua corrente già allora si erano accaniti contro di me, nel mandarmi lettere anonime con lo scopo di escludermi dalla lista nelle elezioni regionali del 1968. L'unico risultato è stato quello di collocarmi all'ultimo posto della lista stessa. L'elettore poi ha fatto il resto. Ricordo gli atteggiamenti scandalosi e lo dico a lei che abusa di questo vocabolo nei confronti dell'attuale Giunta provinciale, sul piano umano e sul piano politico. Era quello il periodo d'oro delle strade e delle autostrade degli investimenti e non vado oltre per carità di Patria. E' troppo facile quindi fare pulizia e scopare in casa altrui e non dare un'occhiata critica in casa propria. Non è escluso che un giorno non abbia anch'io qualche cosa da dire, di molto grave e di molto pesante. Altro che viaggi in Olanda da me mai fatti peraltro. Lei ha ritenuto di dover condannare in Consiglio provinciale, con parole di fuoco, colleghi e uomini del suo stesso partito che unanimemente avevano dichiarato di non aver commesso il fatto, fino a prova contraria lei aveva il dovere di credere a quegli uomini. La Magistratura ha detto addirittura che il fatto non sussiste, ma anche di fronte a questa realtà la sua superbia e la sua arroganza non si sono arrese. Il giornale "Alto Adige" ha favorito ed in certi

casi condotto, per mesi, la campagna denigratoria e persecutoria nei confronti della Giunta del 1968, nel confronto di uomini che si erano dichiarati e sono stati riconosciuti innocenti; di un fatto peraltro di scarso rilievo; nè il PCI, nè il PSI, nè il giornale "Alto Adige" hanno fatto una buona figura. Hanno perso un'occasione per dimostrare maggiore coerenza e maggiore umanità. Il nostro caso è stato paragonato al Wat americano. Luigino Mattei ha scritto parole infamanti nei nostri confronti, affermando addirittura che noi avremo perduto perfino il pudore e la dignità, cose incredibili. Io non credo che ci sia fra di noi un novello Giulio Cesare che scriva il De Bello Tridentino, ma può darsi che ci sia qualcuno che più modestamente scriva "de Battaglia per duta".

Signori consiglieri, non voglio tediarvi oltre se non per dire che considero questo episodio chiuso e per quanto mi riguarda dimenticato. E' stato un episodio triste e doloroso e non auguro a nessuno, nemmeno al peggior nemico, di essere portato sui banchi degli imputati ed essere innocenti, e peggio ancora di comparirvi con pesanti ombre ingiustamente sollevate in sede politica.

Formulo quindi l'augurio sincero e cordiale che il collega Raffaelli venga assolto in sede d'appello in modo che di questa

vicenda scompaia anche il ricordo.

Vorrei ora fare alcune considerazioni sulla precisa e dettagliata relazione del Presidente Kessler, che anche quest'anno ha dimostrato la volontà, la preparazione e l'intelligenza di portare avanti un discorso difficile, ma necessario a livello regionale.

Ci sono temi importanti che devono essere trattati e risolti al più presto, se vogliamo che la nostra convivenza democratica e civile non subisca incrinature od involuzioni che già tanti lutti hanno portato in passato.

La necessità di consolidare la pacifica convivenza dei gruppi etnici, sancita dal Pacchetto, è sentita da tutti. Il mio gruppo è impegnato realisticamente e con convinzione a portarla avanti. A definire le questioni ancora in sospeso e che sono di rilevante importanza per raggiungere lo scopo. La misura 111 dovrà essere attuata con sollecitudine in quanto le elezioni nazionali sono ormai vicine. Nei primi mesi del 1977 saremo chiamati a rinnovare il parlamento nazionale. Nel disegno di legge relativo alla revisione delle circoscrizioni dei collegi della regione Trentino-Alto Adige per la elezione del senato della repubblica si prospetta la soluzione di diminuire da 4 a 3 i collegi senatoriali della provincia di Trento e di aumentare da 2 a 3 quello della provincia di Bolzano, corrispondendo in modo tale anche alla più squilibrata consistenza delle rispet-

tive popolazioni rispetto al 1948.

Noi siamo d'accordo su questa proposta, abbiamo tuttavia espresso, ed esprimiamo qui, le nostre riserve sui comuni che compongono le circoscrizioni in quanto riteniamo che la composizione proposta dei collegi corrisponda agli interessi politici del mio partito, ma sia fatta nell'esclusivo interesse del partito della maggioranza.

Abbiamo già avuto modo di fare presente le nostre proposte a livello nazionale.

L'anno 1976 sarà certamente un anno decisivo per l'attuazione delle norme di attuazione ed in particolare della misura 111. Da voci ormai correnti anche il nostro consiglio subirà delle modificazioni in quanto sembra ormai certo che alcuni personaggi, nostri colleghi, tenteranno di raggiungere il traguardo del parlamento nazionale. E' con particolare soddisfazione che prendiamo atto delle dichiarazioni del Presidente della Giunta regionale a pag. 5 della relazione a proposito delle minoranze linguistiche del Trentino.

Un problema che mi sembra di grande importanza e di cui in questo Consiglio se ne è parlato ad ogni legislatura è quello che riguarda la disciplina delle cause di incompatibilità a consiglio regionale. Ci sono degli esempi macroscopici in questo Consiglio, che penso non possano più oltre essere tollerati dall'opi-

nione pubblica in quanto rischiano di diventare scandalosi. Dai doppi stipendi, alle doppie o triple professioni che per lo meno impediscono al consigliere od all'assessore di svolgere completamente il suo mandato che, fra il resto, è anche ben retribuito. Le cifre sono state pubblicate in questi ultimi tempi dai giornali, non sempre con obiettività. I casi singoli sono stati richiamati e quindi si impone per un'etica professionale quella di finire realisticamente, ma con giustizia le cause di incompatibilità.

Confido quindi che sia la volta buona. Il mio partito si dichiara disponibile per trovare una soluzione rapida e qualificante.

Sull'attuazione della misura 118 del Pacchetto non posso che associarmi a quanto affermato dal Presidente della Giunta regionale. E' da auspicarsi che la soluzione della stessa avvenga in tempi brevi dando così un contenuto alle varie istanze e pronunce già espresse e che sono la logica espressione di rivendicazioni autonomistiche delle quali si deve tenere il massimo conto.

Per quanto attiene alle norme di attuazione nel settore del credito, credo che si debba attendere che in sede competente venga una sollecita e positiva soluzione dei problemi delle norme medesime in materia di credito. E' auspicabile peraltro, che tali norme possano chiarire definitivamente il contenuto delle competenze regionali in materia di

ordinamento, sia innovando, consentitemi fra l'altro, quell'azione coordinata fra Regione e Province, azione che si è resa tecnicamente indispensabile dopo il frazionamento delle competenze nel settore del credito fra gli enti medesimi. Sull'istituzione del T.A.R. nei tempi brevi, non possono più esserci remore. E' uno strumento che il cittadino attende con giustificata premura stante il disagio nel quale si trova.

Anche se riconosciamo le difficoltà di approvazione delle norme di attuazione, difficoltà obiettive, tuttavia non possiamo non tenere conto di una realtà che è carente e che va a ciltipire il cittadino in un suo diritto certo e che giustamente reclama. A conclusione della prima parte della relazione del Presidente della Giunta regionale che attiene alla situazione delle norme di attuazione, non posso che compiacermi dei risultati fino ad oggi raggiunti, che hanno colmato numerosi settori di intervento e, nel contempo, debbo sollecitare la totale definizione delle norme ancora insolute affinché si possa compiutamente procedere nel campo legislativo nel pieno rispetto delle competenze proprie della Regione e delle Province nell'interesse superiore della certezza giuridica.

Per quanto riguarda il programma legislativo contenuto nella relazione mi corre l'obbligo

di fare presente quanto segue.

Positivo è il giudizio che si deve dare al tentativo costante di ricerca di uno spazio operativo, peraltro, mai si pone ai limiti delle competenze riconosciute o in conflitto con lo Stato. E' uno sforzo continuo di intervento in settori che la legislazione statale lascia scoperti e che giustamente devono essere integrati ed affinati dell'azione legislativa regionale, anche là dove gli interventi danno adito a possibili reazioni negative, è da ricordare, in particolare, il caso del provvedimento legislativo sull'imposta di soggiorno. Certo può essere comprensibile ed anche giustificata una reazione negativa da parte di soggetti od associazioni che operano nel turismo, ma non bisogna trascurare lo spirito del provvedimento che vuole dare una certezza finanziaria agli enti pubblici e privati che sono preposti all'organizzazione periferica turistica. Una certezza finanziaria mai avuta o quanto meno talmente limitata da non consentire razionali interventi che, peraltro, finiscono per riversarsi anche nell'interesse individuale degli operatori turistici privati.

Per quanto attiene una diversa disciplina legislativa in materia di enti locali è senz'altro da ritenersi che la medesima possa emergere alla luce delle indicazioni che sortiranno dalla Conferenza prevista nel prossimo 1976.

Nel settore previdenziale credo che l'azione della Regione abbia

esaurito una possibilità di manovra.

Premesso che la copertura previdenziale a livello nazionale è una delle migliori rispetto ad altri Paesi, c'è da tenere conto che l'azione legislativa integrativa della Regione ha maggiormente qualificato tale copertura facendo sì, pertanto, che le categorie lavorative e non, della regione si trovino indubbiamente in una posizione di estremo favore.

Non dimentichiamoci che eventuali altri interventi, a fianco di quelli già in atto, potrebbero avere un peso finanziario troppo elevato.

Interessante è l'istituzione dell'"istituto"..... Anche a questo proposito c'è da fare presente l'estremo disagio finanziario in cui si trovano gli attuali Istituti previdenziali nazionali e quindi non c'è dubbio che tale aspetto negativo deve essere tenuto in considerazione anche a livello regionale con la creazione degli istituti di cui ho detto sopra.

A me sembra, ad ogni modo, che sarebbe estremamente interessante che la Regione provvedesse alla elaborazione di un testo unificato delle varie leggi e disposizioni in atto nel territorio, per quanto attiene alla materia delle assicurazioni sociali.

Il testo servirebbe, nella consultazione quotidiana, ai vari responsabili di Enti ed

Associazioni di categoria che operano nel settore considerato.

Non c'è dubbio che è necessario avvicinare l'ente locale e, all'ente regione ed alle province autonome, creando un nuovo rapporto di collaborazione e di intesa al fine di favorire un avvicinamento delle esigenze tipiche della periferia.

Il discorso inoltre va visto in ottica più ampliata che tenga conto della realtà dei comprensori e delle possibilità che si medesimo si potranno dare nel settore operativo ed anche di coordinamento. Nella materia della previdenza e delle assicurazioni sociali è da prendere atto con soddisfazione dell'intendimento prospettato, certo è necessario che la regione in virtù della sua competenza integrativa nel settore possa intervenire nel coprire eventuali spazi bianchi lasciati dalla legislazione statale recependo le legittime attese di categorie di persone che si trovano nella necessità di essere protette. Interessante è senz'altro l'istituzione di un apposito istituto regionale destinato a derogare prestazioni previdenziali in favore di dipendenti di enti pubblici locali; è però certo che si dovrà tenere conto di realtà oggi operanti ed in queste inserirsi con obiettivi di carattere generale.

Il settore della cooperazione è indubbiamente un settore di primaria importanza che richiede la

massima attenzione dell'ente pubblico sotto diversi aspetti che attengono al potenziamento del medesimo, agli studi e ricerche che consentano lo sviluppo del mondo cooperativo e nel contempo favorire suggerimenti qualificanti e razionali.

E' evidente che eventuali risultati positivi che potranno scaturire dalle indagini, ricerche, studi, potranno essere messi a disposizione anche delle province autonome per la parte di competenza che alle medesime comportano sotto tutti i determinati settori del mondo cooperativo, quale è quello della distribuzione con tutte le sue complicazioni a livello di struttura ed anche di coordinamento.

Un discorso importante è quello che riguarda la vertenza dell'art. 10 dello statuto del 1948 e quindi con l'ENEL. Al momento c'è da augurarsi che questa annosa vicenda trovi positiva conclusione con l'introito alla Regione delle somme ad essa dovute dall'ENEL stesso.

Definita la questione occorrerà vedere in concreto come utilizzare l'eventuale stanziamento che la regione introiterà.

Il futuro dell'Accordo preferenziale è strettamente legato all'Accordo particolare fra la C.E.E. e l'Austria, che attraverso riduzioni progressive, prevede nel 1977 l'abbattimento totale dei dazi doganali fra le

parti contraenti.

Da tale prospettiva rimangono esclusi i prodotti agricoli ed i prodotti industriali "sensibili".

Lo strumento che per decenni è stato protagonista non solo di scambi commerciali, tra i quattro Länder interessati, ma anche di prolifici incontri tra i loro rappresentanti, rischia ora di vedere notevolmente diminuita la sua importanza, qualora non si intervenga con chiarezza di idee e decisione di intenti.

La futura rilevanza e quindi la futura validità ai fini economici dell'Accordino è concentrata sui prodotti agricoli: il loro passaggio dalla lista A) alla lista B) contribuirebbe in maniera sostanziale a rivitalizzarlo, aprendo nuove interessanti possibilità agli scambi dei prodotti agricoli, favorendo le esportazioni di vini e frutta regionale.

Un'altra osservazione riguardante la vita dell'Accordino. Sembra ormai opportuno, anche per affrontare con maggiore incisività e - perchè no - forza i grossi problemi incombenti, integrare la Commissione regionale con rappresentanti delle due Province autonome di Trento e di Bolzano.

Il passaggio a questi due Enti di tutte le competenze che si ritrovano nelle voci merceologiche delle liste A e B (industria, agricoltura, artigianato-) nonchè di quelle riguardanti la loro commercializzazione (commercio) giustifica, in aggiunta all'osservazione dianzi espressa, tale aspirazione.

Lo stesso art. 3 dell'Accordo tra il Governo italiano ed il Governo Federale Austriaco per il regolamento dello scambio facilitato da merci tra la Regione Trentino-Alto Adige ed i Bundesländer Tirolo e Vorarlberg, non esclude l'eventualità prospettata.

E' detto, infatti, al secondo comma del richiamato articolo che la Commissione è da costituirsi presso il Governo regionale e di essa faranno parte "anche" i rappresentanti delle due Camere di Commercio di Trento e di Bolzano. Quell'"anche" sottende un'ampia facoltà discrezionale nella composizione della Commissione.

Signori consiglieri, ho voluto fare alcune considerazioni su questo bilancio preventivo che, nonostante le scarse competenze della Regione, è un bilancio qualificante in cui si ravvisa lo sforzo della Giunta e del Suo Presidente per dare sempre maggiore contenuto, nell'ambito delle leggi, all'ente regione, che è valido strumento per eliminare come dice il Presidente, sospetti e diffidenze che il passato ci aveva fatto accumulare.

Vorrei concludere nel formulare un impegno da parte del

mio gruppo e che è condiviso da tutti nei confronti del mondo del lavoro e particolarmente nei confronti delle categorie meno abbienti e di quei lavoratori che vivono in questo inverno il dramma della perdita del posto di lavoro o del pericolo di doverlo perdere. E' il dramma di molte famiglie della nostra regione ed io credo che sia la cosa peggiore per un uomo, pensare all'indigenza della sua famiglia. E' in questa direzione che la Giunta regionale vuole operare, coadiuvata in questo da tutte le forze sociali ed economiche, che sono le componenti fondamentali ed insostituibili della nostra società.

PRESIDENTE: La parola al cons. Grigolli.

GRIGOLLI (D.C.):

Egregi colleghi,

uno dei motivi di validità di questa assemblea è nel potersi costituire, con intenti costruttivi, anche a sede di confronto e verifica di due situazioni provinciali al di fuori da rigidi schemi competenziali, come fatto importante e non puramente potenziale di risonanza e di dialogo. Ritengo infatti possibili ed anzi necessarie espressioni di giudizio su problemi di comunità regionale, inquadranti realtà di vita, prospettive politiche, ben oltre la stretta lettura statutaria.

Dico questo anche se ciò portasse a confermare o a scoprire diversità, non puramente di tipo olandese, che pare non sono sfuggite e che non siamo autorizzati a dimenticare, che del resto sono la ragione della esistenza e dell'operatività propria delle Province.

Non è una novità che in campo di strutture sociali ed economiche queste diversità esistevano ed esistono. Mi chiedo se l'ingresso di una situazione economica recessiva e la volontà di contrastarla abbia costituito una lezione valida in parallelo per i due ambiti territoriali. In una serie di raffronti, anche dal compendio statistico allegato alle dichiarazioni del presidente della Giunta, ricavo l'impressione che nell'economico le differenze ci impegnino più delle uguaglianze.

Negare tale dualismo, secondo un'ipotetica concezione di continuum storico-istituzionale, non rende un servizio nè all'una nè all'altra delle province, nè a questa sede che le riassume.

Prendiamo per esempio le forze di lavoro in Al

to Adige.

A Bolzano l'agricoltura rimane attestata su valori molto alti, che sono quelli del censimento del 1971 (31.000 addetti).

A Trento vi è una decrescenza di addetti (19 mila).

E' un dato stabile, quello di Bolzano, che trova la propria giustificazione da un lato in una certa redditività maggiore, se il reddito prodotto è 1,5 volte quello di Trento, dall'altro, nella particolare legislazione delle proprietà, troppo nota perchè la si ripeta.

Si spiega forse così per Bolzano un'occupazione tutto sommato stabile.

In dieci anni lo scostamento è stato neanche tremila unità. Tra il 1974 e il 1975 le cose non sono cambiate e rimangono sostanzialmente quelle in atto alla data di censimento, con una popolazione attiva percentualmente più alta che nel Trentino.

La congiuntura sfavorevole a Bolzano agisce sull'industria come a Trento, ma la diversa ripartizione economica sembra assorbire con minore difficoltà gli effetti della crisi economica generale.

Direi che più proprio per il territorio trentino può essere un tentativo di parallelismo con i connotati specifici di Bolzano città, e dà ragione ad osservatori ai quali dai dati dell'ultima indagine campione ISTAT, condotta tra l'ottobre 1974 e l'ottobre 1975, è parso dover ricavare questa conclusione: il potenziale di crescita che, nonostante la crisi, continua a manifestare il settore terziario; l'evidenza di una tendenza che fa apparire sempre più problematico un forte assorbimento di manodopera nel settore industriale - dati oltretutto i

tempi non brevi che impone il processo di riconversione industriale, la conferma di una caduta di posti di lavoro che è intrinseca al processo di rammodernamento della agricoltura. Dal che occorre trarre le dovute conclusioni. Ma perchè il "terziario" (e in prospettiva il "quaternario") possano crescere e svilupparsi, è indispensabile che il sistema tiri. E per farlo tirare, si sa, occorre comunque puntare sulla forza trainante della industria. Ciò che per Trento rappresenta una componente essenziale di linea. L'espansione dei servizi cammina di pari passo con la crescita globale del sistema, ne è il frutto più maturo, e sofisticato.

Più utilmente, mi è parso di ricavare per Trento e Bolzano ipotesi di parallela strategia su una tematica che certamente tutti coinvolge ed è quella della finanza locale. Mi pare che possa sostanziare in modo rilevante il ruolo di proposta e di ordinamento della Regione la preannunciata conferenza delle autonomie locali. E' una proposta da accettare e da approfondire. Non solo come fatto di finanza locale, ma come dibattito intorno alle modalità delle articolazioni civili e democratiche della comunità, nuove o da consolidare.

Il concetto di "finanza locale", pure informato a problematiche locali spesso fra loro differenziate, è istituzionalmente inscindibile dal principio di sviluppo economico - sociale equilibrato del Paese.

La realtà ha però dimostrato come, di fatto, la gestione non programmata e diversificata della finanza locale abbia creato notevoli squilibri derivanti, soprattutto in questi ultimi anni, da due metodi diversi di affrontare i problemi a livello locale e che potremmo identificare e per un verso individuare nel:

metodo "di spesa minima con minimi servizi", dall'altro nel metodo "di generalizzazione dei servizi" anche a prezzo di forti deficit di bilancio.

Sono recenti e tutt'altro che infondate anche polemiche in proposito. C'è davanti a noi un miraggio che è quello - a livello nazionale - di vedere svanire per qualche miracolo da attribuire al padre Stato il carico di 25 mila miliardi di debiti che gli enti locali hanno finora accumulato e che potrebbero diventare oltre 40 mila nel 1976. Cifra da capogiro, pari alla metà di tutti i depositi bancari esistenti in Italia.

Nel gran mare dei debiti, gli assessori al bilancio, riuniti in una consulta nazionale vanno cercando soluzioni. Il fatto, per esempio, che l'amministrazione di Bologna tenga puntigliosamente a distinguere la qualità del suo deficit da quello del Comune di Roma non impedisce ai due Comuni di invocare in armonia una politica finanziaria che permetta agli enti locali di evitare il naufragio. La tempesta minaccia tutti e quindi si è ricreata tra gli amministratori locali una solidarietà che era venuta a mancare al momento della riforma tributaria, quando i comuni poveri rinunciarono volentieri e i comuni ricchi malvolentieri, alla potestà di riscuotere certe imposte.

E' un fatto incontestabile tuttavia che i comuni del Piemonte, della Lombardia e del Trentino-Alto Adige sono in media assai meno indebitati che quelli dell'Emilia Romagna o della Toscana. Altrettanto incontestabile è che l'indebitamento dei comuni tosco-emiliani non è assimilabile a quello dei comuni meridionali: i due terzi dei 7 mila 882 dipendenti comunali di Bologna lavorano nei servizi sociali, ossia in attività costose, giudicate

utili alla comunità, mentre molti degli 8000 dipendenti di Palermo producono non molto di più che il puro reddito per se stessi.

Ma per restare a fasce di territorio abbastanza omogenee, credo che un discorso sulla "qualità" della spesa si vada imponendo. Quando, in un recente confronto a stampa tra i bilanci di Bergamo e di Reggio Emilia, città confrontabili correttamente, leggo che Bergamo spende quel che incassa e quindi chiude in pareggio, Reggio Emilia ha invece preventivato un deficit di 13 miliardi, che si sommerà agli altri 32 miliardi di debiti accumulati negli anni scorsi, che il Comune di Bergamo spende per il personale meno della metà delle entrate e Reggio Emilia una somma quasi pari al complesso delle entrate, che il costo del personale pro-capite è lo stesso, ma Reggio Emilia ha il 50% di personale in più, che tutto questo a Reggio Emilia si vuole avvenga per una visione sociale, che porta ad esempio ad offrire ai 1.700 bambini che frequentano le scuole materne comunali al prezzo di 3.000.= lire al mese una refezione che al comune ne costa 20 mila, mi domando se non si sia davvero di fronte a divariazioni obiettivamente troppo pressanti di criteri.

Devo concludere che - a parte una chiara forzatura di colore politico - vi sono anche mentalità di governo da porre a confronto.

Quanto alla nostra situazione di regione, mentre a livello nazionale la spesa corrente è aumentata di 3,4 volte e quella in conto capitale di ben 5,8 volte, in Trentino spese correnti e in conto capitale sono cresciute omogeneamente e a livelli decisamente inferiori, soprattutto per la parte in conto capitale, rispetto a quelli relativi al territorio nazionale.